



Auf die Arbeitsagenturen und Jobcenter kommt wieder einmal eine Reform zu: Mit der nun geplanten neuen Grundsicherung ändern sich Regeln für Sanktionen, Arbeitsvermittlung aber auch die Ahndung von Sozialbetrug, zum Beispiel durch Schwarzarbeit.

© picture alliance/imageBROKER/Jan Tepass

# Mehr als ein neuer Name

Der Bundestag berät erstmals die Reform des Bürgergeldes, das künftig Grundsicherung heißen soll. Der AfD geht sie nicht weit genug, Grüne und Linke sprechen von »Tabubruch«

Diese Debatte war und ist vor allem für die SPD ein Spagat. Nach Monaten des zum Teil erbitterten Streits zwischen Union und SPD sind die geplanten Änderungen beim Bürgergeld, zu denen auch ein neuer Name („Grundsicherungsgeld“) gehört, am Donnerstag im Bundestag erstmals beraten worden: Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (21/3541) zu umfangreichen Änderungen im SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch), der de facto das Bürgergeld in einigen zentralen Punkten schleift. Und ein zweiter Regierungsentwurf (21/3539), mit dem für ukrainische Geflüchtete wieder, wie für alle anderen Flüchtlinge, das Asylbewerberleistungsgesetz und nicht mehr das SGB II gelten soll. Dass die SPD vor allem mit der Bürgergeld-Demontage große Bauchschmerzen hat, konnten und wollten ihre Redner in der Debatte mal mehr und mal weniger deutlich verstecken. Die Union hingegen kann sich sagen: Nach drei Jahren Bürgergeld, gegen das sie von Beginn an Sturm lief, hat sie ihr Ziel weitgehend erreicht. Die drei Oppositionsfractionen wiederum brachten jeweils eigene Anträge ein, um ihre Unzufriedenheit mit den Reformen, deren Kern deutlich härtere Sanktionen, die Wiederein-

führung des Vermittlungsvorrangs und die konsequentere Verfolgung von Sozialbetrug sind, zu untermauern (Kasten). Grüne und Linke kritisieren vor allem die Sanktionen, die AfD fordert mehr Bedingungen für den Bezug von Grundsicherung. Alle Vorlagen wurden am Ende der Debatte zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

## Ministerin Bas betont die Rolle eines verlässlichen Sozialstaats

Allen voran hatte Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) die schwierige Aufgabe, ein Projekt zu verteidigen, das in ihrer Partei auf derart heftigen Widerstand stößt, dass Ende Dezember sogar ein Mitgliederbegehren dagegen initiiert worden ist. Auch ihre Rede war deshalb ein Spagat: Zwischen dem Bekenntnis zu härteren Sanktionen auf der einen Seite, auch wenn dieses Wort kaum fiel und sie stattdessen von „Eigenverantwortung und Mitwirkung“ sprach, die gestärkt würden. Auf der anderen Seite stellte sie klar: „Gute Arbeitsbedingungen und ein verlässlicher Sozialstaat“ hätten in diesen stürmischen Zeiten „absolute Priorität“ für sie. Arbeitssuchende müssten wieder mehr Chancen bekommen, weshalb die Regierung zusätzlich vier

Milliarden Euro in die Qualifizierung und die Betreuung von Jugendlichen stecke. Carsten Linnemann (CDU), in den vergangenen Monaten einer der lautesten Bürgergeld-Kritiker der Union, bekräftigte unter der Reichstagskuppel noch einmal seine Position: „Im Kern geht es darum, dass wir ein gerechtes System bekommen. Für jene, die es mit ihren Steuergeldern finanzieren und für jene, die alles dafür tun, um wieder in Arbeit zu kommen.“ Man kehre zum System des „Förderns und Forderns“ zurück. Die



Die Androhung von Obdachlosigkeit hat nichts mit Arbeitsvermittlung zu tun.

TIMON DZIENUS (GRÜNE)

Rückkehr zum Vermittlungsvorrang solle verhindern, dass Arbeitslose jahrelang in Maßnahmen festhängen und sie schnell in Arbeit vermitteln. Genauso wichtig sei es aber, Jugendliche durch eine nachhaltige Förderung besonders zu unterstützen, betonte Linnemann. Annika Klose (SPD) klang eher nach Opposition, als sie ihre Rede mit dem Bekenntnis startete: „Ich ertrage diese Debatte einfach nicht mehr, dass immer wieder jenseits der Fakten auf dem Bürgergeld und, noch schlimmer, auf den Bürgergeld-Beziehenden rumgehackt wird.“ Studien würden zeigen, dass die Menschen arbeiten wollen, Statistiken zeigten, dass zwei Drittel der Menschen im Bürgergeld keinen Berufsabschluss hätten. Diese Fakten ignoriere die Debatte geflissentlich, kritisierte sie. Das Bürgergeld sei ein gutes Gesetz mit dem Fokus auf Weiterbildung gewesen. „Ich bin Bärbel Bas dankbar, dass sie Schlimmeres verhindert hat.“ Wenn es nach der AfD geht, hätte Bas dagegen ruhig noch eine Schippe drauflegen können. Gerrit Huy (AfD)

attestierten den Vorlagen zwar „einige vernünftige“ Neuerungen, diese gingen jedoch nicht weit genug. Es fehle das „klare Signal, dass dieser Staat sich nicht ausbeuten lässt“, sagte sie. Für „Saboteure“ sollten die Regelsätze auch komplett gestrichen werden können (das sieht das Gesetz in letzter Konsequenz jedoch auch vor). Während aus den Koalitionsfraktionen die Frage der möglichen Einsparungen durch die Gesetze nicht groß thematisiert wurde, da es dafür kaum Potenzial gibt, und man in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit derlei Berechnungen gemacht hatte, zeigte sich Huy überzeugt, es ließen sich zwölf Milliarden Euro einsparen, wenn man Iraker, Syrer und Afghanen im Bürgergeld-Bezug in großem Umfang in ihre Heimatländer zurückschicken würde.

## Grüne und Linke kritisieren ein »Treten nach unten«

Timon Dzienus (Grüne) ging die Regierung scharf an. Monatelang habe man eine „zutiefst schäbige“ Debatte der Union um das Bürgergeld erlebt, in der von angeblichen Einsparungen in Milliardenhöhe die Rede gewesen sei. „Sie haben monatelang gelogen!“ Die neue Grundsicherung sei ein „sozialpolitischer Tabubruch“. Die Androhung von Obdachlosigkeit hat nichts mit Arbeitsvermittlung zu tun“, sagte er. Das Gesetz habe aber noch einen anderen Zweck: „Es soll Druck auf die Beschäftigten ausüben, jede noch so schlechte Arbeit anzunehmen oder zu behalten.“ Heidi Reichinnek (Die Linke) schloss sich dieser Grundsatzkritik an. „Das ist ein Startschuss für den größten Angriff auf den Sozialstaat, den es je gegeben hat“, vorbereitet durch eine „faktenfreie Hetzkampagne“. Statt Einsparungen entstünden neue Kosten. Es gebe im Bürgergeldbezug allein 1,8 Millionen Kinder und rund 800.000 Aufstocker, aber die Koalition konzentriere sich in der Debatte lieber auf die rund 16.000 „Totalverweigerer“, kritisierte sie. Claudia Heine ■

## KOPF DER WOCHE

### Auf einmal Weltpolitik

Vivian Motzfeldt ist gefragt wie nie. Als Außenministerin der von Trump so begehrten Insel Grönland war die 53-Jährige am Mittwoch mit ihrem dänischen



© picture-alliance/newscom

Amtskollegen im Weißen Haus, um den US-Präsidenten von seinen Annexionsplänen abzubringen. „Wir stehen nicht zum Verkauf“, stellte die Sozialdemokratin mit sauerländischen Urahnen im Vordergrund klar, doch erwartungsgemäß änderte das nichts an Trumps Plänen. Im Interview mit dem grönländischen Fernsehen kämpfte die frühere Grundschullehrerin nach dem Termin mit den Tränen. „Die vergangenen Tage waren hart.“ Ihre Regierung kämpfe „mit aller Kraft dafür, dass wir in Grönland sicher leben können“. Vor ihr liegen weitere schwere Wochen: Grönland gehört als selbstverwalteter Bestandteil bisher zu Dänemark. Motzfeldt muss verhindern, dass Dänen und Amerikaner über ihren Kopf hinweg verhandeln. joh ■

## ZAHL DER WOCHE

15

Bundeswehrsoldaten sind seit gestern als Teil eines internationalen Teams auf Erkundungsmission in Grönland.

## ZITAT DER WOCHE

»Alleingänge gefährden den Fortbestand der Nato.«

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in einem Gastbeitrag für die „Zeit“ zu den Gefahren einer US-Annexion Grönlands

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
34123 Kassel



## DIE NEUE GRUNDSICHERUNG

**> Klare Ziele** Wer arbeiten kann, muss seine Arbeitskraft im maximal zumutbarem Umfang einsetzen, sodass keinerlei staatliche Unterstützung mehr nötig ist. Insbesondere Alleinerziehende sollen verpflichtet werden, Vollzeit zu arbeiten, wenn das zumutbar ist, heißt es im Entwurf. Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Jugendliche sollen gezielter unterstützt werden.

**> Sanktionen** Die Sanktionen bei Terminversäumnissen und Arbeitsverweigerung verschärfen sich. Das kann im Extremfall auch den kompletten Entzug der Leistungen bedeuten. Die einjährige Karenzzeit beim Vermögen soll wegfallen, die Höhe des Schonvermögens ans Lebensalter gekoppelt werden.

**> Vermittlung** Erst wenn keine umgehende Vermittlung in Arbeit möglich ist, soll auf Qualifizierung und Weiterbildung gesetzt werden.



INTERVIEW MIT ANNIKA KLOSE

# »Das Bürgergeld war richtig«

Egal, mit welchen Sanktionen man um die Ecke kommt – die Einspareffekte, die in der Debatte über die Grundsicherung lange diskutiert wurden, waren und sind niemals realistisch, sagt die Sprecherin der Arbeitsgruppe »Arbeit und Soziales« der SPD-Fraktion

**Frau Klose, die nach zähem Ringen von der Koalition vereinbarte neue Grundsicherung soll gleich mehrere Ziele erreichen: mehr Beschäftigung statt Langzeitarbeitslosigkeit, weniger Missbrauch, sinkende Kosten für die Sozialkassen. Ist diese Erwartung an die Reform realistisch?**  
Das A und O, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen, ist, dass die Wirtschaft läuft, damit es mehr Arbeitsplätze gibt, in die die Menschen vermittelt werden können. Wenn die Wirtschaft weiter schwächelt, können wir das beste Gesetz auf den Weg bringen, aber es wird nicht mehr Jobs geben. Die Arbeitsmarktpolitik allein kann nicht unsere ökonomischen Probleme lösen. Wir hatten schon in der letzten Legislaturperiode mit dem Bürgergeld ein gutes Gesetz, und die Rhetorik, dass das jetzt abgeschafft gehört, weil das ein Fehler war, teile ich nicht.

**Der Spareffekt durch diese Reform wurde von der Union im Wahlkampf zunächst auf 30, dann auf 20, zehn und zuletzt auf allenfalls fünf Milliarden Euro beziffert. Womit rechnen Sie?**  
Wir haben der Union von Anfang an gesagt, dass diese Zahlen absurd sind. Egal, mit welchen Sanktionsregimen man um die Ecke kommt – diese Einspareffekte waren und sind niemals realistisch. Dazu gibt das Grundgesetz auch viel zu enge Grenzen vor. Wir als SPD halten nichts davon, Menschen aufgrund von Spardruck zu sanktionieren. Ich glaube an ein Sparpotenzial von einem vielleicht zweistelligen, maximal dreistelligen Millionenbetrag. Aber das auch nur unter der Voraussetzung, dass die Konjunktur wieder anspringt, der Arbeitsmarkt aufnahmefähiger wird und wir die Mieten regulieren, denn ein wesentlicher Treiber in der Grundsicherung sind die immer weiter steigenden Mieten.

**Kommen Sie mit den neuen Vorschriften denn allen Formen von Betrug und Missbrauch auf die Spur?**  
Bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit ist der Datenaustausch zwischen den Behörden ein wichtiger Schritt. Ich finde auch gut, dass eine

Arbeitgeberhaftung eingeführt wird. Arbeitgeber, die Schwarzarbeit anbieten, sollen zur Kasse gebeten werden, denn es gibt ja immer beide Seiten der Medaille: Diejenigen, die Schwarzarbeit anbieten, und diejenigen, die sie annehmen. Beides ist kein Kavaliersdelikt und schadet unserem Sozialstaat. Unsolidarisches Verhalten gegenüber der Gesellschaft muss durch stärkere Kontrollen aufgedeckt und geahndet werden.

**Vor allem die SPD verspricht sich von dem Etikett „Bürgergeld“, jetzt „Grundsicherung“, die Überwindung des Hartz-IV-Traumas aus der Zeit der Agenda 2010. Davon ist bisher aber nicht viel zu spüren. Oder?**  
Das Bürgergeld war ein richtiger Schritt und ein gutes Gesetz – nicht nur zur Traumabewältigung der SPD, weil die vormalige Rechtslage dem Arbeitsmarkt und der Situation in den Jobcentern nicht mehr gerecht wurde. Für Betroffene von Langzeitarbeitslosigkeit sind Coaching, aufsuchende Beratung und eine individuelle Förderung zentral. Dass wir das jetzt aufgrund der Erfahrung mit dem Bürgergeld noch einmal ausweiten, ist richtig, um den Menschen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem erhalten die Jobcenter die Möglichkeit, gesundheitliche Probleme von Langzeitarbeitslosen, etwa bei psychische Erkrankungen, früher und besser zu erkennen, um notwendige Rehamassnahmen anbieten zu können.

**Für Flüchtlinge aus der Ukraine soll es fortan die geringeren Asylbewerberleistungen statt wie bisher Bürgergeld geben. Lässt sich das angesichts des andauernden Krieges rechtfertigen?**  
Ukrainische Geflüchtete werden jetzt genauso behandelt wie andere Geflüchtete auch. Wichtig ist, dass diese Menschen in Arbeit kommen und nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. Da haben wir mit dem Job-Turbo gute Erfahrungen gemacht. Gerade vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine stellte sich die Frage, warum die einen Geflüchteten anders behandelt



© Annika Klose

werden als die anderen, umso drängender. Wir haben 2022 entschieden, dass die Ukraine-Flüchtlinge Bürgergeld bekommen, weil die Kommunen durch den starken Zustrom überfordert waren, während die Jobcenter Kapazitäten hatten. Der Zustrom aus der Ukraine ist aber nicht mehr so stark wie damals, sodass die Änderung vertretbar ist.

**Bisher richtete sich der Fokus der Jobcenter zuerst auf Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitssuchenden. Nun wird der Vermittlung in Beschäftigung Vorrang eingeräumt. Welchen Effekt versprechen Sie sich davon?**

Mit dem Bürgergeld hatten wir den Vermittlungsvorrang abgeschafft, Weiterbildung und Qualifizierung gleichrangig daneben gestellt. Das neue Gesetz sieht vor, dass Qualifizierung und Weiterbildung dort, wo es als erfolgversprechender angesehen wird, weiterhin Vorrang haben soll. Der Vorrang für Weiterbildung und Qualifizierung ist also nicht abgeschafft, aber der Vermittlung wird mehr Gewicht als bisher eingeräumt. Wichtig ist, dass die Jobcenter eine Milliarde Euro mehr Mittel erhalten, denn sie können nur qualifizieren und fortbilden, wenn sie auch das nötige Geld dafür haben.

**Sind Sie sicher, dass die mit der Reform verbundenen Sanktionen und Leistungskürzungen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht haben, das in seinem Urteil von 2019 strenge Regeln zum Existenzminimum aufgestellt hat?**  
Der Gesetzentwurf der Bundesregierung operiert an der Grenze zur Verfassungsmäßigkeit. Wir werden uns das im parlamentarischen Verfahren sehr genau anschauen müssen, inwiefern die Vorgaben des Gerichts eingehalten werden.

**Die Koalition hat sich für das Jahr 2026 weitere Sozialreformen vorgenommen – Rente, Kranken- und Pflegeversicherung. Hier liegen die Positionen von Union und SPD zum Teil noch sehr weit auseinander. Glauben Sie dennoch an einen Konsens, insbesondere im Schatten wichtiger Landtagswahlen?**  
Ich darf in zwei der Reformkommissionen mitarbeiten und bin sehr positiv gestimmt, was die Arbeit der Kommissionen angeht. Sie sind von einem konstruktiven Geist geprägt und vom Willen, etwas zum Besseren zu verändern. Wenn man auf beide Seiten blickt, die Finanzierung des Sozialsystems und die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, gibt es massiven Druck bei Bund, Ländern und Kommunen. Es ist zum Beispiel ein Unding, dass man verschiedene Anträge auf Leistungen von mehreren Behörden prüfen lassen muss. Wir haben Reformbedarf, und weil der Druck auf alle Beteiligten inzwischen so hoch ist, muss es eine große Reformbereitschaft geben, die ich auch sehe, auf allen Seiten. Am Ende wird es ein Ergebnis geben, das weder 100 Prozent SPD noch 100 Prozent Union sein wird. Ich hoffe aber, dass sich der konstruktive Geist aus den Kommissionen auch auf die Regierungsarbeit überträgt.

*Das Interview führte Gunther Hartwig. ▮*

*Annika Klose (SPD) ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ ihrer Fraktion. Sie ist unter anderem Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Außerdem arbeitet sie in der Sozialstaats- und der Rentenkommission der Bundesregierung mit.*

PARLAMENTARISCHES PROFIL

## Die Ernsthafte: Cansin Köktürk

Wer ein Bundestagsmandat anstrebt, begründet das oft mit dem Willen, Verantwortung zu übernehmen, mitzumachen und irgendwie auch kreativ zu sein. Bei Cansin Köktürk ist das etwas anders. „Für mich war die Wahl in das Bundesparlament 2025 kein Karriereschritt, sondern weil es notwendig war, aufgrund meiner Praxiserfahrung.“ Köktürk schaut ernst, denn sie über ihre Arbeit spricht. Manchmal nur huscht ein Lächeln entlang ihrer Wangen und deutet an, dass für Köktürk (32), Abgeordnete der Linken aus Bochum, die Tätigkeit in der Legislative der Republik einem Spaßbadbesuch kaum nahekommt. Denn ihre Arbeit davor knüpfte dort an, wo, wie sie sagt, Politik versagt. „Ich habe in den vergangenen zehn Jahren viel mit Menschen gearbeitet, die Bürgergeld beziehen“, erklärt sie. „In der Zeit bin ich niemandem begegnet, der meinte: ‚Ich lebe gern davon.‘“ Köktürk hat Soziale Arbeit studiert, arbeitete in einer Wohngruppe für minderjährige Geflüchtete und leitete schließlich eine Unterkunft. „Es war eine Flüchtlingsunterkunft, die sich auch zur Notunterkunft entwickelte – wo ich sowohl Obdachlose als auch psychisch- und suchtkranke Menschen betreut habe.“ Und weil sie dort viel Ungerechtigkeit sah, ist sie nun in Berlin und versucht, die Politik zu verändern. Im Zentrum ihrer Arbeit in dieser Woche: die erste Lesung zur Reform des Bürgergeldes, das bald Grundsicherung heißen soll. „Da ist im Bundestag vieles verlogen“, bilanziert sie hart. Ständig werde von

Sozialbetrug gesprochen. „Ich habe die Bundesregierung um Zahlen gebeten – als Antwort erhielt ich, dass es diese nicht gebe. Aber ständig so reden kann man offensichtlich.“ Ihrer Einschätzung nach geht die aktuelle Debatte an den Realitäten vorbei. „Man müsste stattdessen viel mehr investieren, und zwar in Arbeitsvermittlung und in soziale Arbeit.“ Immer werde von Politikern suggeriert, da würden massenhaft Sozialgelder an Arbeitsunwillige verschwendet. „Es macht den Menschen aber keinen Spaß, die seitenlangen Anträge auszufüllen, stundenlang in Behördenfluren zu warten und dann die Erniedrigung zu spüren.“ Bundesweit 15.000 Totalverweigerer, sagt sie, würden dieses Narrativ nicht rechtfertigen. „Es ist komplett an der Realität vorbei!“



Man müsste viel mehr investieren, und zwar in Arbeitsvermittlung und in soziale Arbeit.

CANSIN KÖKTÜRK (DIE LINKE)



© dpa/picture-alliance/Geisler-Fotopress/Bartilla

Früh bemerkte sie durch ihre Familiengeschichte die Hürden dieser Gesellschaft. Die Großeltern kamen als sogenannte Gastarbeiter ins Land. Ihre Eltern machten noch in der Türkei ihr Abitur und zogen nach. Köktürk erlebte Rassismus im Alltag und erfuhr als pflegende Angehörige, wie rasch Menschen in Armut fallen können: „Als ich 20 war, erlitt meine Mutter eine Hirnblutung. Mein Vater und ich pflegten sie, konnten uns das durch unsere Jobs gut aufteilen. Andere Menschen in anderen Lagen sind dann gleich aufgeschmissen.“ Damals lernte Köktürk Krankenhäuser und Rehazentren kennen, den Personalnotstand und die schlechte Bezahlung dort. „Hätten wir sie nicht gepflegt, wäre sie verstorben.“ In ihrer Jugend trat Köktürk der Linkspartei bei, verließ sie aber wegen der Politik Sahra Wagenknechts. Wechselte zu den Grünen, störte sich dann am Kompromiss zur Reform der EU-Außengrenzen und am Ja zur Braunkohleräumung des Dorfes Lützerath. „Die Grünen denken nicht sozial genug“, sagt sie. „Bei den Linken machen wir auch Klimaschutz – aber sozial gerecht.“ Wagenknecht war weg, der Kreisverband am Boden und Köktürk trat wieder bei den Linken ein. Dann kam der Endsprint im Wahlkampf und das starke Ergebnis. Seitdem hat sie die Sozialarbeit gegen ein Berliner Büro eingetauscht. „Ich mache aber noch ehrenamtlich Sozialberatung im Wahlkreis.“ Eine Mitarbeiterin öffnet die Tür, rollt mit den Augen, Köktürk muss ins Plenum, sie hat eine Anfrage zu Kinderarmut gestellt.

Jan Rübel ▮



Reform des Bürgergeldes drei Jahre nach der Einführung

# Mut machen und dranbleiben

Zwei Jobcenter-Mitarbeiterinnen und ein Arbeitssuchender aus Berlin berichten von ihren Erfahrungen, Wünschen und Zielen

Jacqueline Gür: Ohne Empathie könnte ich hier nicht arbeiten

Ich zahle das Bürgergeld aus, bin also Leistungssachbearbeiterin im Jobcenter Berlin Mitte. Dazu braucht man neben dem Zahlenverständnis vor allem: Empathie. Zu mir kommen



Jacqueline Gür arbeitet im Jobcenter Berlin Mitte.

© Rübel

Leute, wenn sie Sorgen haben. Solch ein Gang fällt manchen schwer. Es geht ja um Grundbedürfnisse ihres Lebens, die sie allein oft nicht erfüllen können. Ich begegne ihnen auf gleicher Augenhöhe, versuche anfangs die Situation vielleicht mit einem Witz aufzulockern. Denn ich liebe meinen Beruf, weil ich anderen Menschen helfen kann. Ich bin gelernte Bürokauffrau, und als ich erfuhr, dass die Agentur für Arbeit Stellen ausschreibt, habe ich mich sofort beworben, denn wir sind hier für Menschen in Notsituationen da. Die Menschen kommen zu mir, wenn zum Beispiel Geld nicht ausgezahlt

» Die Menschen müssen qualifiziert werden. Das geht nicht zum Nulltarif.

JACQUELINE GÜR

wurde, wenn sie Mietschulden haben oder eine andere Wohnung brauchen. Gerade bei letzterem kann ich ihnen leider kaum Hoffnung machen, der Wohnungsmarkt in Berlin ist sehr angespannt. Ich gehe dann mit den Kunden ihre Akten durch und kontrolliere, ob sie vielleicht Mitwirkungspflichten verletzt haben und deshalb kein Geld an sie ging. Meine Erfahrung ist: Wenn man sich mit den Menschen hinsetzt, die Probleme anspricht und gemeinsam mit ihnen strukturiert vorgeht, sind sie sehr dankbar und kooperationsbereit. Es geht darum, gemeinsam mit ihnen den Blick nach vorn zu richten. Zum Beispiel bespreche ich oft die Möglichkeit einer Schuldnerberatung. Zuweilen wundert mich, wie in Deutschland über Arbeitslosigkeit gesprochen wird. Da heißt es dann, der Staat sei zu großzügig, und die Bürgergeldempfänger müsse man härter rannehmen – von wegen soziale Hängematte. Aber: Was ich in meinem Alltag sehe, ist etwas anderes. Bei den allermeisten Bürgergeldempfängern ist es nicht so, dass sie nicht arbeiten wollen. Im Gegenteil. Aber viele sind in die Situation reingeschlittert und finden den Weg nicht mehr heraus. So etwas kann auch krank machen oder Erkrankungen verstärken. Denn wenn man erstmal

in solch einem Trott drin ist, steigt der Druck auf einen selbst. Und der Frust. Es geht also mehr ums Können und nicht ums Wollen. Mein Beruf besteht darin, die Menschen zu begleiten und in ihren Möglichkeiten zu bestärken, einen Job zu finden. Oft bemerke ich auf den zweiten Blick psychische Probleme. Nur weil man gesundheitlich fit aussieht, muss man es nicht sein. Aber das sind Tabuthemen, über die viel zu wenig gesprochen wird; dabei wirken sich psychische Erkrankungen auf die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitssuche aus. Ich finde auch, dass 563 Euro im Monat nicht wirklich viel Geld sind. Ich hätte große Schwierigkeiten, damit auszukommen! Klar, wir sollen kein Leben in Saus und Braus ermöglichen, sondern wir sind eine Stütze. Aber oft höre ich von Außenstehenden, dass die Arbeitslosen so viel Geld kriegen würden. Ich

kann zum Beispiel Politiker nur dazu einladen, einmal einen Monat von 563 Euro zu leben. Oder sie können hier einen Tag bei mir Praktikum machen – dann sehen sie die Menschen und ihre Schicksale, über die sie sprechen. Und sie sehen den bürokratischen Aufwand, den wir betreiben müssen. Ich denke, da ließe sich einiges vereinfachen. Für eine Sache muss ich zuweilen drei Bescheide erlassen; das müsste nicht sein. Eine Aufgabe sehe ich darin, das Selbstwertgefühl der Menschen zu stärken. Oft brauchen sie jemanden, bei dem sie ihre Gedanken um ihre Not ausschütten können. Die Gespräche, die ich mit meinen Kunden führe, sind oft sehr emotional. Und nicht selten weinen sie auch. Daher leuchtet mir auch nicht ein, wo da jetzt so viel eingespart werden soll. Die Leute müssen doch qualifiziert werden, und das geht nicht zum Nulltarif. Bei den Regelleistungen sehe ich auch kaum Spielraum. Ich finde eher, sie sollten leicht nach oben angepasst werden – denn allein die Inflation lässt Menschen mit wenig Geld besonders leiden; sie geben überdurchschnittlich viel ihres Einkommens für Lebensmittel aus, deren Preise besonders gestiegen sind.

Eric Steinmann: Ich suche eine Arbeit mit Perspektive

Seit zwei Jahren bin ich arbeitslos und suche intensiv einen Job, um meine Familie zu ernähren. Meine Erfahrung ist, dass die allermeisten Leute, denen ich auf den Fluren im Jobcenter und anderen Behörden begegne, arbeiten wollen – sie wollen weg vom Bürgergeld, suchen einen Weg nach vorn. Der ist nur oft schwieriger, als das von außen aussieht. Ich habe immer gearbeitet, in der DDR war ich Facharbeiter der Elektromechanik, habe dann in verschiedenen Berufen gearbeitet, darunter ein paar Jahre als Türsteher einer Diskothek. Dann bin ich in die Sicherheitsbranche gewechselt und habe 22 Jahre lang dort gearbeitet, mich hochgedient vom Sicherheitsmitarbeiter zum Qualitätsmanager, dann zum Personalchef, Teamleiter und Bereichsleiter. Unser Spe-

zialgebiet war die Sicherung von Großveranstaltungen. Es kam zum Bruch, als mir eine 22-Jährige als Diensthöhere vorgesetzt wurde; es klappte nicht zwischen uns, da zog ich mich zurück und gab Aufgaben ab. Vor zwei Jahren war ich 54 und habe mir grundsätzlich Gedanken über meine berufliche Zukunft gemacht. Denn der Sicherheitsjob wird risikoreicher. Ich habe zwei kleine Kinder, und ich merke, dass die Aggressivität stark zunimmt, dass neben Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern auch Sicherheitsmitarbeiter immer öfter attackiert werden. Ich bin nun aber nicht mehr der Jüngste. Zeit also, dass ich mich umorientiere. Auch ist die Bezahlung nicht großartig. Meine Frau arbeitet als Verkäuferin im Supermarkt und verdient mehr – und dies bei geregelten Arbeitszeiten, was in der Security kaum der Fall ist. Immer muss man auf Abruf sein. Im Jobcenter Berlin Pankow habe ich mich von Beginn an ernst genommen gefühlt. Die Sachbearbeiterin überhäufte mich mit Angeboten in der Elektronik – aber da habe ich seit 1990 nicht mehr gearbeitet, bin nicht qualifiziert genug. Im Sicherheitsbereich könnte ich jederzeit anfangen, arbeite auch noch im Minijob. Aber ich weiß, dass ich da raus muss. Gerade den Bereich der Haustechnik

» Meine Sachbearbeiterin kniet sich rein. Es ist ein Umgang auf Augenhöhe.

ERIC STEINMANN

kann ich mir gut vorstellen. Bei meinen Bewerbungen musste ich aber feststellen, dass viele Jobs so schlecht bezahlt werden, dass ich als Aufstocker im Bürgergeld bleiben würde: Das ist nicht, was ich mir vorstelle. Ich will ja weg von der Unterstützung. Ich verstehe nicht, warum der Staat es zugelassen hat, dass es so viele prekäre Beschäftigung gibt, bei der der Staat auch noch draufzahlt. Es ist auch eine Frage der Würde. Bei anderen Bewerbungen kam ich zu spät, bei einer Stelle wurde mir gesagt, es sei eigentlich nur Treppenreinigen. Ich nehme mir aber das Recht zu sagen: Das will ich nicht, ich möchte eine Arbeit, die mich persönlich halbwegs ausfüllt. Wenn Politiker dann sagen, wer arbeitslos sei, solle auf jeden Fall irgendwas machen, plappern sie unerfahren daher. Würden sie so etwas tun? Man muss ja auch schauen, dass eine Beschäftigung eine Perspektive hat. Aktuell habe ich Aussicht auf eine Arbeit im Krankentransport. Das würde ich sofort machen, wir sind uns auch



Eric Steinmann wird vom Jobcenter in Pankow betreut.

© Rübel

schon enig. Nur warte ich noch auf die Erstellung des Personenbeförderungsscheins, den ich dafür brauche. Abends kann ich manchmal nicht einschlafen aus Sorge, denn vor 20 Jahren wurde mir einmal der Führerschein abgenommen. Daran war ich schuld, und das wurmt mich. Ich hoffe, dass mir diese Chance jetzt nicht vermasselt wird. Den Umgang mit meiner Sachbearbeiterin finde ich würdevoll, sie kniet sich rein und begegnet mir auf Augenhöhe; dadurch fühle ich mich nicht als Bürger zweiter Klasse. Grundsätzlich habe ich den Eindruck, dass Arbeitslose als Sündenböcke gehalten. All diese Debatten, dass das Bürgergeld zusammengestrichen werden soll – darüber kann ich nur bitter lächeln. Natürlich muss bei den Leuten in der „sozialen Hängematte“ genauer hingeschaut werden. Aber es wird so getan, als könne der Staat da so viel Geld einsparen. Das stimmt schlicht nicht, bei uns gibt es kaum etwas zu holen. Daher wünsche ich mir mehr Respekt.

Janine Proll: Ich habe den Quereinstieg nie bereut

Seit 2013 arbeite ich als Arbeitsvermittlerin im Jobcenter Berlin Neukölln, und eine Sache sage ich meinen Kunden immer wieder: Bewerbt euch weiter, gebt nicht auf – es wird der Tag X kommen, da wird am anderen Ende des Tisches jemand sitzen und sagen, „Ich nehme Sie“. Denn meine Erfahrung aus diesen Jahren sagt mir, dass es so ist. Ich liebe meinen Beruf. Ich arbeite mit Menschen, kommuniziere gern, und mein Job ist gespickt mit kleinen Erfolgserlebnissen. Denn im Gegensatz zu manchen Vorstellungen von außen ist meine Arbeit nicht grau oder kalt, nicht bürokratisch und frustrierend. Dass jemand bei der Arbeitsvermittlung wirklich nicht will, habe ich persönlich noch nicht erlebt. Es wird diese Menschen geben, aber es ist nach meinem Gefühl eine geringe Anzahl. Daher verstehe ich kaum, warum in der Öffentlichkeit so viel über sie geredet wird. Ich vermute, man sucht Sündenböcke. Aber wirklich lösungsorientiert finde ich das nicht. Ja, es kommt vor, dass Kunden eine bestimmte Arbeit nicht aufnehmen können: Wenn die Gesundheit oder die Wohnsituation es nicht zulassen, wenn familiäre Probleme bestehen oder eine Suchtproblematik. Bei den Terminen denke ich mich in die Arbeitslosen hinein, mache mit ihnen eine Stärkenanalyse und erarbeite Ziele. Das geht mal ganz fix, und mal dauert es eben etwas länger. Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit habe ich auch selbst gemacht. Ich habe Pädagogik studiert und bei den Staatlichen Museen in Berlin gearbeitet. Allerdings war der Vertrag befristet. Ich war gerade mit meinem zweiten Kind schwanger und habe nach einer Arbeit gesucht, in die ich mein Studium einbringen kann. Schon an der Uni gefiel mir besonders die Lebenslaufforschung. Also bewarb ich mich als Quereinsteigerin. Mein Mann ging dann in Elternzeit. Es war ein Sprung

ins kalte Wasser. Bereut habe ich ihn nicht, im Gegenteil. Ein bisschen Psychologie ist auch Teil meines Jobs. Denn oft erhalten meine Kunden auf ihre Bewerbungen nicht einmal eine Antwort. Das müssen sie aushalten. Ich finde, dass Arbeitgeber in Deutschland zu wenig mit den Bewerbern reden. Es läuft vieles über Pa-

» Ich denke mich in die Arbeitslosen hinein und analysiere Stärken und Ziele.

JANINE PROLL

pier, man ist auf Zertifikate fokussiert. In einem direkten Gespräch aber könnten sie vielleicht herausfinden, dass die Person doch geeignet ist und gut passt. Ich sage den Menschen, die eine Arbeit suchen, auch: Setzt euch eine Zeitschiene. Wenn es mit einem bestimmten Beruf nicht klappt, braucht es einen Plan B. Seit 2024 arbeite ich in einem Team, das sich speziell um ukrainische Geflüchtete kümmert und um Geflüchtete aus acht anderen Herkunftsländern. Auch hier ist meine Erfahrung: Der Großteil ist hochmotiviert und will sich eine Perspektive in Deutschland aufbauen. Sie wollen nicht in der Unterkunft herumsitzen und nichts tun – das belastet ja auch mental. Sie wol-



Janine Proll arbeitet im Jobcenter Berlin-Neukölln.

© Rübel

len raus, richtig wohnen und richtig arbeiten. Manche haben ihre eigenen Vorstellungen, wo wir dann sagen müssen, dass sie sich erstmal umorientieren müssen. Zum Beispiel kann ein Jurist aus der Ukraine nicht einfach als Jurist hier anfangen, denn das ist ein Beruf mit einem besonderen Anerkennungsverfahren. Ähnlich ist es auch in Gesundheitsberufen. Ich hatte neulich eine Physiotherapeutin aus der Ukraine, die gern sofort in ihrem Beruf hier eingestiegen wäre. Es gibt auch den Bedarf nach Fachkräften. Nur müsste sie nochmal ganz von vorn anfangen und ihre Ausbildung im Grunde wiederholen. In diesem Fall verstehe ich das nicht, da sollte meiner Meinung nach konkreter auf die jeweilige Qualifizierung geschaut werden. Die Frau hat dann als Assistenz in einem Therapiezentrum begonnen. Also nicht direkt in ihrem ursprünglichen Beruf, aber so kriegt sie einen Fuß in den deutschen Arbeitsmarkt. Meine Aufgabe besteht letztendlich zum Großteil darin, all meinen Kunden immer wieder Mut zuzusprechen und sie auf den Tag X hinzuweisen, der früher oder später kommen wird.

Porträts aufgezeichnet von Jan Rübel. ▮





Wo jetzt einkaufen für's Wochenende? Menschen stehen am ersten Tag des Stromausfalls – einem Samstag – vor einem geschlossenen Supermarkt in Berlin-Zehlendorf.

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Brandanschlag auf Berliner Stromversorgung

# Dobrindt will »aufrüsten«

Der Bundesinnenminister kündigt einen verschärften Kampf gegen den Linksextremismus an. Derweil streiten die Fraktionen über das Krisenmanagement in Berlin

Eine Woche nach dem längsten Stromausfall in Berlin seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Bundestag gleich mehrfach mit dem mutmaßlich linksextremistischen Brandanschlag auf eine Kabelbrücke befasst, der am Morgen des 3. Januar im Südwesten der Hauptstadt rund 100.000 Menschen in 45.000 Haushalten und mehr als 2.000 Gewerbebetrieben Licht und Heizung vielfach für mehrere Tage abdrehete. Erst am 7. Januar war die Stromversorgung wieder für alle gesichert. Sieben Tage danach beherrschten der Anschlag und das darauf folgende Krisenmanagement in Berlin am Mittwoch die erste Sitzung des Parlaments nach dem Jahreswechsel: Gleich zu Beginn ging es bei der Regierungsbefragung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) um den Umgang mit dem Blackout und die Bekämpfung des Linksextremismus; wenig später stritten die Fraktionen darüber in einer von der AfD beantragten Aktuellen Stunde. Am Vormittag hatte bereits der Innenausschuss das Thema erörtert; dabei informierten unter anderem die Präsidenten des Bundeskriminalamts und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Holger Münch und Sinan Selen, die Abgeordneten über den Stand der Ermittlungen.

» Beim Kampf gegen den Linksextremismus müssen wir deutlich aufrüsten.

ALEXANDER DOBRINDT (CSU), INNENMINISTER

Dobrindt bekräftigte bei der Regierungsbefragung bereits in seinem Eingangsstatement, dass der Kampf gegen den Linksextremismus „deutlich ausgeweitet“ werden müsse; die notwendigen Entscheidungen dafür habe er schon in der Vorwoche getroffen. Dabei gehe es in erster Linie

um geheimdienstliche Arbeit, weshalb die Kräfte dort deutlich verstärkt würden, fügte der Minister hinzu. Zum anderen werde man auch im Bereich der digitalen Ermittlungsmethoden „aufrüsten, um uns im Kampf gegen diesen Linksterrorismus besser zur Wehr setzen zu können“. Ermittlungserfolge „gehen nur mit Ermittlungsbefugnissen“, sagte Dobrindt, und deswegen brauche man dringend die IP-Adressen-Speicherung, den biometrischen Datenabgleich und die KI-gestützte Datenanalyse. Als zuständiger Bundesminister auf den Schutz kritischer Infrastruktur angesprochen, versicherte der Ressortchef, „sehr schnell“ das in der parlamentarischen Beratung befindliche Kritis-Dachgesetz umzusetzen, das die für diesen Schutz notwendigen Maßnahmen beinhalte.

AfD spricht von »eklatantem Staatsversagen«

In der Aktuellen Stunde kam es wenig später zu einem Schlagabtausch über das Krisenmanagement nach dem Anschlag. Gottfried Curio (AfD) sprach von „eklatantem Staatsversagen“ und bescheinigte der Regierung ein „Kommunikations- und Organisationsdesaster“. Wer seinen Schutzauftrag „so eklatant vernachlässigt“, sei unfähig, das Amt zu führen. Ferat Koçak (Linke) sah einen „Totalausfall des Berliner Senats beim Krisenmanagement“. Während die Menschen frierend in ihren Wohnungen ausgeharrt hätten, habe Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) auf dem Tennisplatz gestanden. Dies sei „abgehobene Politik“, die den Bezug zu den Menschen verloren habe, kritisierte er. Marcel Emmerich (Grüne) attestierte seiner Partei, sie habe im Gegensatz zur Union schon vor „vielen Jahren erkannt, dass der Schutz kritischer Infrastruktur ein sehr großes Sicherheitsthema ist“. Notwendig sei ein Kritis-Dachgesetz, das seinen Namen verdiene. Es brauche eine Verzahnung zwischen digitaler und analoger

Welt, klare Mindeststandards und verbindliche Zuständigkeiten. Jan-Marco Luczak (CDU) wies Kritik am Krisenmanagement zurück. 22 Stunden nach dem Anschlag seien die ersten 7.000 Haushalte wieder am Netz gewesen, und am 7. Januar sei der Strom anderthalb Tage früher als prognostiziert insgesamt wieder hochgefahren worden. Daher finde er das „Berlin-Bashing“ der letzten Tage „undankbar“. Mit Blick auf die Unterstützung von Bundespolizei und Bundeswehr fügte Luczak hinzu, dass der Regierende Bürgermeister Wegner sich gekümmert und persönlich darum nachgesucht habe, „dass diese Hilfe schnell kommt“. Helge Lindh (SPD) mahnte, die Debatte sei nicht dazu geeignet, sich „in Schuldzuweisungen zu aalen“. Angesichts des „schrecklichen terroristischen Ereignisses“ müssten sich vielmehr alle fragen, wo man sich verbessern könne und wo „strukturelle Elemente“ seien, „die unter Umständen dazu beigetragen haben, dass so etwas möglich wurde“. Dies sei eine „gemeinsame Verantwortung jenseits der wechselseitigen Instrumentalisierung des Ganzen“.

Oppositionsanträge von AfD und Grünen beraten

Am Donnerstag debattierten die Abgeordneten erstmals über einen AfD-Antrag zur Stärkung des Katastrophenschutzes (21/3596). Danach soll die Bundesregierung unter anderem die Vorsorge für großflächige und langanhaltende Stromausfälle verbessern. Einen weiteren AfD-Antrag zur Bekämpfung des Linksterrorismus und Umsetzung von „Antifa-Verboten“ (21/2221) lehnte der Bundestag am Donnerstagabend mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. Bereits am Mittwochvormittag hatte der Innenausschuss mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit und der AfD gegen einen Grünen-Antrag „für einen ganzheitlichen Schutz kritischer Infrastruktur“ (21/2725) votiert.

Helmut Stoltenberg ■

Soziales Mietrecht

# Nicht überzeugt

Linken-Antrag zum Mietrecht stößt auf breite Kritik

Die Linke wirft der Bundesregierung beim Thema Mietrecht vor, nicht wie versprochen geliefert zu haben. In einem Antrag (21/3607), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde, erinnert sie daran, dass Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) eigentlich bis Ende vergangenen Jahres eine erste Mietrechtsnovelle vorlegen wollte – und beispielsweise Kurzzeitvermietung und möbliertes Wohnen schärfer regulieren wollte. Doch bis jetzt gelte Fehlanzeige, sagte Caren Lay (Die Linke) am Donnerstag. Die Ministerin habe sich nur in einem Interview kurz vor Weihnachten zum sozialen Mietrecht geäußert, kritisierte sie: „Von warmen Worten kann niemand seine Miete bezahlen, und eine Presseerklärung schützt nicht vor Kündigung.“ Was sich Die Linke unter einer Mietrechtsnovelle vorstellt, um den „Mietennotstand“ in den deutschen Städten zu beenden, macht sie in ihrem Antrag deutlich: Kurzzeitvermietung und möbliertes Wohnen sollen deutlich schärfer reguliert und genehmigungspflichtig werden. Wer eine Wohnung möbliert vermietet, soll den dafür fälligen Zuschlag gesondert ausweisen und nach bestimmten Kriterien berechnen. Indexmieten, die an die Inflation gebunden sind, sollen künftig verboten und bestehende Indexmietverträge unter die Kappungsgrenzen fallen. Auch die Anmeldung von Eigenbedarf will die Fraktion einschränken und bei Mietern über 70 Jahren gänzlich ausschließen. Wer Eigenbedarf vortäuscht, soll zudem härter bestraft werden. Der Kündigungsschutz von Mietern soll ferner gestärkt und eine Zwangsräumung in die Wohnungs-

und Obdachlosigkeit verboten werden. Überzeugen konnte die Fraktion mit ihrem Antrag im Bundestag aber nicht. Für die SPD unterstrich Hakan Demir zwar, dass in den Bereichen Handlungsbedarf bestehe, zeigte sich aber zuversichtlich, dass die Bundesregierung liefern werde. Jan-Marco Luczak warf der Linken vor, dieses wichtige Thema populistisch auszuschlachten, statt sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen. Benötigt werde Regulierung mit „Maß und Mitte“, aber vor allem auch Neubau, so der Christdemokrat. Der AfD-Abgeordnete Thomas Fetsch nannte die Vorschläge der Linken – und auch die Pläne der Koalition – „freiheitsfeindlich“. Im Ergebnis würden weniger neue Mietwohnungen entstehen und der Bestand sich verschlechtern. „Das konnte man in der DDR zu Genüge sehen, und das wollen wir hier nicht mehr“, sagte Fetsch.

Grüne: Vorschläge sind »irre bürokratisch«

Harte Kritik an den Linken-Forderungen gab es aber auch von den Grünen, die sich grundsätzlich eine schärfere Regulierung vorstellen können. „Was die Linke hier vorschlägt, das ist lebensfremd, irre bürokratisch und am Ende sogar unsozial“, sagte Till Steffen. Er monierte etwa den Aufwand, der mit der Genehmigung einer möblierten Wohnung einhergehen würde; es müsste wie vorgeschlagen für jedes Möbelstück ein Abschlag berechnet und geprüft werden: „Das ist kein wirksamer Mieterschutz, weil solche Regelungen nicht umsetzbar sind.“

scr ■

Wahleinsprüche abgelehnt

# Ein Erbe der Ampel

Die Union will das Wahlrecht wieder ändern

Die Union dringt weiter auf eine Reform des Wahlrechts. Das wurde am Donnerstag anlässlich der Debatte zu 30 Einsprüchen gegen die Bundestagswahl vom Februar 2025 erneut deutlich. Die Abgeordneten von CDU/CSU, AfD, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linken folgten dabei einstimmig der Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses (21/3300), die Eingaben als unbegründet abzulehnen. Zu den Beschwerdeführern gehörten indes mehrere Wahlkreisandidaten der Union, die dort zwar die meisten Stimmen erhalten hatten, aber mangels Zweitstimmendeckung nicht in den Bundestag eingezogen waren. Die Zweitstimmendeckung – das Kernstück der Wahlrechtsreform von SPD, Grünen und FDP aus der vergangenen Wahlperiode – gibt vor, dass eine Partei in einem Bundesland nur so viele Abgeordnete in den Bundestag entsendet, wie ihr nach dem Zweitstimmenanteil zu stehen. Gewinnt sie in einem Land mehr Wahlkreise, gehen die Kandidaten mit den vergleichsweise schwächsten Ergebnissen leer aus. Die Union hatte die Reform seinerzeit entschieden abgelehnt.

Union: Wahlkreissieger dürfen keine Verlierer sein

Einen Wahlfehler oder einen Verstoß gegen Wahlgrundsätze vermochte der Ausschuss in der Anwendung dieser Regelung nicht sehen; zumal die verfassungsrechtliche Prüfung dem Bundesverfassungsgericht obliegt, das die Zweitstimmendeckung bereits abgesegnet hatte. Politisch richtig sei das Wahlrecht deswegen aber nicht, machte Hendrik Hoppenstedt in der Debatte

deutlich. Es werde als ungerecht und gar als undemokratisch empfunden, Wahlkreisgewinner dürften keine Verlierer sein. Daher müsse das Recht geändert werden, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart sei, forderte der Christdemokrat. In den Verhandlungen, die Union und SPD aktuell unter sich ausmachen, gibt es offenbar schon Fortschritte. Johannes Fechner (SPD) sprach davon, dass man in „guten Gesprächen“ sei. Dass das Parlament durch die Reform deutlich verkleinert wurde, sei ein „ganz großer Erfolg der Ampel“. Wichtig sei der SPD, an der Orientierung am Zweitstimmenergebnis festzuhalten; zudem dürfe der Bundestag nicht deutlich größer werden und der Frauenanteil müsse erhöht werden. Den Erfolg der Wahlrechtsreform der Vorgängerregierung stellte auch Linda Heitmann für die Grünen heraus. Sie warf der Union vor, die Debatte über Wahleinsprüche zum Rummörgeln zu nutzen, anstatt die Arbeit des Ausschusses zu würdigen. Fabian Jacobi (AfD) und Sören Pellmann (Die Linke) hoben ebenfalls hervor, dass es nicht Aufgabe des Wahlprüfungsausschusses sei, die Verfassungsmäßigkeit des Wahlrechts zu prüfen. Jacobi führte zudem aus, warum seine Fraktion dieses Mal Einsprüche, die sich auf das Ergebnis des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bezogen, ablehne. Diese seien nur rudimentär begründet worden. Dies unterscheide sie von den Einsprüchen, über die der Bundestag bereits in der vorvergangenen Sitzungswoche entschieden habe. Seinerzeit hatte die AfD gegen die Empfehlung des Ausschusses gestimmt, die BSW-Beschwerden abzulehnen.

scr ■





Kinobesucher stehen im Hamburger Zeise Kino an der Kasse. © picture alliance/ dpa/Markus Scholz

Produzenten klagen über Einbrüche bei Aufträgen

# Sorge um den deutschen Film

Grüne und Linke fordern eine Investitionsverpflichtung für Streaminganbieter und ein steuerliches Anreizmodell

Der deutsche Filmstandort schwächelt. Seit Jahren klagen Produktionsfirmen über Einbrüche bei den Aufträgen und gleichzeitig steigende Personalkosten. Rund zwei Drittel der Produktionsfirmen schätzen laut einer aktuellen Umfrage der Allianz Deutscher Produzenten ihre wirtschaftliche Lage für 2025 als schlecht oder sehr schlecht ein. Zumindest in der Einschätzung über die angespannte Situation gibt im Bundestag kaum einen Dissens. Doch die Oppositionsfractionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken drängen nun in zwei Anträgen (21/2808, 21/3608), über die der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet, auf die gesetzliche Einführung einer Investitionsverpflichtung für Streamingdienste und steuerliche Anreize für die Filmwirtschaft in Deutschland. In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD ursprünglich selbst darauf geeinigt, die Streamingdienste wie Netflix, Amazon Prime oder Disney+ zu verpflichten, einen Teil ihrer in Deutschland erzielten Umsätze, in der deutschen Filmwirtschaft zu reinvestieren. Doch aktuell setzt Kulturstatsminister Wolfram Weimer auf eine freiwillige Einigung

mit den Streaminganbietern, die ein entsprechendes Gesetz verhindern wollen. Die internationalen Anbieter hätten ihm Investitionen von mindestens 1,83 Milliarden Euro in den kommenden fünf Jahren zugesichert, verkündete Weimer Anfang Dezember vergangenen Jahres.

» Dass Sie erst die Backen aufblasen, aber dann einknicken, schadet der Filmbranche in Deutschland. SVEN LEHMANN (GRÜNE)

Grünen und Linken reichen diese Zusage jedoch nicht. Und auch die SPD präferiert die Investitionsverpflichtung. Sven Lehmann (Grüne) hielt Weimer vor, das Versprechen des Koalitionsvertrages zur Einführung einer Investitionsverpflichtung und eines Steueranreizmodells gebrochen zu haben. „Dass Sie erst die Backen aufblasen, aber dann einknicken, schadet der Filmbranche in Deutschland.“ Die von Weimer angestrebten „Deals“ für eine freiwillige Selbstverpflichtung der Streaminganbieter

brächten keine „kein wirkliches Plus an Investitionen“ und „keine Planungssicherheit für die Branche“. In diesem Sinne argumentierte auch der Linken-Abgeordnete David Schliesing. Das Argument, einer Investitionsverpflichtung stünden europarechtliche Probleme entgegen, sei nur vorgeschoben. Frankreich verpflichtete seit längerem US-Streamingkonzerne gesetzlich dazu, 20 Prozent ihrer Gewinne in lokale Produktionen zu investieren. Und auch in Italien gelte eine gesetzliche Verpflichtung von 16 Prozent. Beide EU-Länder hätten offensichtlich „weniger Schiss“ vor US-Präsident Donald Trump und seiner Zollpolitik. Allein mit einer 20-Prozent-Investitionsverpflichtung, wie sie seine Fraktion fordere, würden „jährlich etwa fünf Milliarden Euro in den deutschen Film fließen“, rechnete Schliesing vor.

In der Koalition herrscht Dissens über die Investitionsverpflichtung

Mit ihrer Forderung haben Grüne und Linke auch die SPD an ihrer Seite. Martin Rabanus machte denn auch keinen Hehl daraus, dass darüber in der Koalition ein „Dissens“ bestehe. „Ich glaube, wir brauchen die gesetzliche Grundlage, um die nötige

Transparenz und Verlässlichkeit zu schaffen, um dann auch wirklich einen Impuls zu setzen“, erklärte der Sozialdemokrat. Für die Unionsfraktion verteidigte Melanie Bernstein (CDU) den Versuch von Kulturstatsminister Weimer, sich mit den Streamingdiensten auf eine freiwillige Selbstverpflichtung für Investitionen in Deutschland zu einigen. Der Vorteil der Freiwilligkeit sei es, dass man keine „neuen bürokratischen gesetzlichen Regelungen und Hürden“ aufbauen müsse. Dadurch „kämen wir schnell ins Handeln“. Bernstein räumte allerdings ein, dass eine Selbstverpflichtung „überprüft“ werden müsse. „Wenn die Ziele nicht erreicht werden, dann können wir mit einem Gesetz nachsteuern“, beteuerte sie. Eine klare Absage an eine Investitionsverpflichtung erteilte die AfD. Diese „linksradikale Wunderwaffe“ habe nichts zu tun mit freier Marktwirtschaft, urteilte Ronald Gläser. Die Forderung nach einem Steueranreizmodell hingegen unterstützt auch die AfD. Der Steuervorteil müsse an die Investoren weitergegeben werden, führte Gläser aus. „Dann werden sie Schlange stehen, und in unserem Land wird viel vor Ort produziert werden.“ Alexander Weinlein

KURZ NOTIERT

AfD fordert Erleichterungen für Eltern in Selbstständigkeit

Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag (21/3593) Maßnahmen, um Elternschaft und Existenzgründung besser miteinander vereinen zu können. Das Mutterschutzgesetz gelte für Arbeitnehmerinnen, Auszubildende und Studentinnen, nicht aber für Selbstständige, von Ausnahmen abgesehen. Das auf abhängig Beschäftigte zugeschnittene Elterngeld berücksichtige die Lage Selbstständiger unzureichend, kritisieren die Abgeordneten. Der Antrag wurde am Mittwoch an die Ausschüsse überwiesen. che

Linke fordert humanitäres Bleiberecht für Jesiden

Die Linke dringt auf ein humanitäres Bleiberecht für jesidische Geflüchtete. In einem Antrag (21/3601), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand, fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, sich bei den Bundesländern für eine bundesweite Abschiebestoppregelung in Bezug auf ausreisepflichtige jesidische Geflüchtete aus dem Irak und Syrien einzusetzen. Zur Begründung verweist sie auf die „große politische und humanitäre Verantwortung gegenüber den Überlebenden des Genozids“ an den Jesiden durch den „Islamischen Staat“ von 2014. sto

Linke gegen »Militarisierung des Gesundheitswesens«

Die Linksfraktion wendet sich gegen eine „Militarisierung des Gesundheitswesens“. Seit geraumer Zeit rückten zivile Krankenhäuser sowie das Gesundheitssystem insgesamt in den Blickpunkt von Militärstrategen, heißt es in einem Antrag (21/3611) der Fraktion, der am Donnerstagabend erstmals beraten wurde. Die Abgeordneten fordern, dass das Gesundheitswesen zivil bleibt. pk

Informationsaustausch bei Strafverfolgungsbehörden

Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Staaten (21/2996) in der Ausschussfassung (21/3634) verabschiedet. Die Vorlage umfasst Regelungen zur Umsetzung einer EU-Richtlinie, die Vorgaben zum Informationsaustausch mit EU- und Schengen-assoziierten Staaten zur Verhütung oder Untersuchung von Straftaten trifft. sto

Massenhafte Bestellung von Cannabisblüten

# Drogengesetz auf dem Prüfstand

Experten befürworten Änderungen am Medizinal-Cannabisgesetz, um Missbrauch zu verhindern, fordern aber Nachbesserungen am Entwurf

Die Regelungen im Medizinal-Cannabisgesetz (MedCanG) werden nach Einschätzung der Bundesregierung von Menschen unterlaufen, die Cannabis nicht zu Therapiezwecken benötigen, sondern für den privaten Konsum. Als Indiz gilt der starke Zuwachs beim Import von Cannabisblüten, obwohl die Verordnungen zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nur geringfügig gestiegen sind. Die hohen Importzahlen seien offenbar auf einen zunehmenden Anteil von Selbstzahlern mit Privatrezepten zurückzuführen, heißt es in dem Gesetzentwurf (21/3061) der Bundesregierung, der darauf zielt, den Verordnungsmissbrauch zu verhindern. Künftig ist daher neben einem Versandhandelsverbot für Medizinalcannabis

nabis ein verpflichtender persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt vorgesehen. Bei den Fachverbänden, die sich am Mittwoch in einer Anhörung mit dem Gesetzentwurf befassten, stößt die Intention auf Zustimmung. Allerdings halten einige Experten weitergehende Regelungen für erforderlich, andere befürchten eine Überregulierung zu Lasten der Patienten.

Keine Evidenz für die Verordnung von Cannabisblüten

Die Bundesärztekammer (BÄK) wies darauf hin, dass es für die Verordnung von Cannabisblüten zu medizinischen Zwecken keine wissenschaftliche Evidenz gebe. Daher sei von einer Verordnungsbarkeit der Blüten grundsätzlich abzuraten. Stattdessen

sollte auf Fertig- oder Rezepturarzneimittel zurückgegriffen werden. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) sprach sich dafür aus, für alle Medikamente mit Abhängigkeitspotenzial einen persönlichen Arztkontakt bei der Erstverschreibung verpflichtend zu machen. Dies sei bei Medizinalcannabis genauso erforderlich wie bei der Verschreibung von Schlaf- und Beruhigungsmitteln oder Schmerzmitteln mit einem Abhängigkeitspotenzial. Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stehen die Neueregulungen im Spannungsfeld zur Legalisierung von Cannabis und könnten zu Unklarheiten führen. Durch die Verschärfung der medizinischen Zugangsbedingungen in der Praxis könne die Motivation, den Weg über eine

ärztliche Verschreibung zu gehen, sinken. Die GdP wies darauf hin, dass die Praxis des Cannabiskonsums derzeit schwer kontrollierbar sei. Ein Gewerkschaftsvertreter sprach in der Anhörung von einer ambivalenten Lage und betonte: „Die Rauschgiftkriminalität boomt.“ Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) warnte vor möglichen neuen Schlupflöchern und regte an, die Regelungen nicht nur auf Cannabisblüten, sondern auch auf Extrakte zu erstrecken. Der Branchenverband Cannabiswirtschaft (BvCW) lehnt die Novelle ab. Die geplanten Sonderregelungen verstießen gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Grundgesetzes, da eine Ungleichbehandlung von medizinischem Cannabis gegenüber

anderen verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ohne sachliche Rechtfertigung geplant sei. Die Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin (ACM) wandte sich gegen eine Überregulierung. Die Neuregelung könne zu unangemessenen Benachteiligungen von Cannabispatienten führen. Telemedizinische Angebote würden nicht nur von Freizeitkonsumenten, sondern auch von Patienten genutzt. In der Anhörung machten Sachverständige deutlich, dass die teils offensive Werbung für Cannabis auf Internetplattformen ein Problem ist. Ein Sprecher vom Bund Deutscher Cannabis-Patienten (BDCan) forderte, die Werbevorschriften zu verschärfen und betonte: „Die Werbung ist das Hauptproblem.“ Claus Peter Kosfeld



Zwei Politiker, die gut miteinander können: Ministerpräsident Woidke (links) und Finanzminister Crumbach, hier in Potsdam bei der Verkündung des Scheiterns der Koalition von SPD und BSW.

© picture alliance/  
REUTERS/LiesiaJohannssen



Was als bundesweit beachtetes Experiment begann, endete nach gut einem Jahr im offenen Bruch: Brandenburgs rot-lila Koalition aus SPD und BSW ist Geschichte. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) kündigte die Zusammenarbeit auf und strebt nun ein Bündnis mit der CDU an – mit Auswirkungen über das Land hinaus, denn in den Nachbarländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin stehen in diesem Jahr Wahlen an.

In Brandenburg zerlegte sich die erst im Mai 2024 gegründete Partei, die vier Monate später bei der Landtagswahl 13,5 Prozent holte, in kurzer Zeit selbst. „Verantwortlich für das Ende der Koalition ist allein die Instabilität des BSW“, sagte Woidke.

Bereits im November traten die Konflikte in der BSW-Fraktion offen zutage. Vier Abgeordnete verließen die Partei im Streit über die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und kritisierten „autoritäre Tendenzen“ in der Parteiführung. Die Initialzündung für das Ende der Koalition gab Vize-Regierungschef und Finanzminister Robert Crumbach. Der Arbeitsrichter, zuvor 41 Jahre lang SPD-Mitglied, war BSW-Spitzenkandidat und einer der Architekten von Rot-Lila. Am Montag vor der Koalitionsauflösung verließ er überraschend das BSW und wechselte als Parteiloser in die SPD-Fraktion.

#### Die Machtverhältnisse haben sich verschoben

Damit haben sich die Machtverhältnisse verschoben. SPD und CDU verfügen nun über eine Mehrheit im Vier-Parteien-Landtag, die sich mit weiteren BSW-Überläufern festigte. Ohne Crumbach als Stabilitätsgarant

#### Koalition in Brandenburg zerbrochen

# Woidke schwenkt um

Die bundesweit einzige Koalition mit dem BSW ist nach einem Jahr am Ende. Brandenburgs Ministerpräsident Woidke löste das Bündnis nach Querelen im BSW auf. Nun ist eine Zusammenarbeit mit der CDU wahrscheinlich



bio De Masi sprach von Täuschung und behauptete, „den Putsch von Potsdam“ hätten Crumbach und andere „seit Wochen eingefädelt“. Brandenburgs BSW-Landeschefin Friederike Benda nannte die ausgetretenen Mitglieder „Verräter“ – die sich nun teils in einer Gruppe im Landtag zusammenfinden wollen, die eine neue Koalition unterstützt. Parteigründerin Sahra Wagenknecht beschuldigte Woidke, die Wähler betrogen und den Bruch lange vorbereitet zu haben. Der Widerspruch: „Das ist ein Märchen.“

#### Politologe hält Vorwurf des Wahlbetrugs für »schizophren«

Vielmehr, so sieht es der Potsdamer Politikwissenschaftler Jan Philipp Thomeczek, der an der Universität Potsdam zum BSW forsch, sei die Partei nach dem Rückzug Wagenknechts offenbar zu dem Schluss gekommen, dass die Regierungsbeteiligung in Brandenburg der Bundespartei strategisch schade. Den Vorwurf des „Wahlbetrugs“ hält er angesichts der Abspaltung des BSW von der Linken im Bundestag für „schizophren“. Von Beginn an habe es im Brandenburger BSW Vorbehalte gegen Regierungsverantwortung gegeben, sagte Thomeczek.

Die Reibungen in Koalition und Fraktion seien entstanden, weil das BSW auch nach der Wahl für das kämpfte, wofür es gewählt wurde, erklärte hingegen die Wagenknecht-Vertraute Benda. Um dann Themen wie die Aufarbeitung der Corona-Pandemie, die elektronische Patientenakte und „Militarisierung des Gesundheitswesens“ zu nennen – die in Branden-

burg nicht zu lösen sind. Das BSW wolle „Weltpolitik“ machen, beklagte Woidke. Dabei gibt es in Brandenburg selbst drängende Probleme: die schwächelnde Wirtschaft etwa, den akuten Lehrermangel und drohende Klinikschließungen.

Neuwahlen wird es in Brandenburg anders als nach dem Ampel-Aus im Bund nicht geben. Das sei nicht undemokratisch, meint Politikwissenschaftler Thomeczek. Der Landtag sei auf fünf Jahre gewählt, Koalitionsverschiebungen seien im parlamentarischen System nicht unüblich.

Bei einer Sondersitzung des Landtags unlängst fand ein Antrag der AfD zur Selbstauflösung des Parlaments nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. SPD und CDU stimmten dagegen. Das dezimierte BSW stimmte geschlossen mit der AfD. „Wir wollen uns nicht hinter einer Brandmauer verschanzen“, erklärte der parlamen-

tarische Geschäftsführer der BSW-Fraktion, Falk Peschel, im Nachgang. Vielmehr nehme man jetzt die Rolle „einer schlagfertigen Opposition“ ein. Woidke, seit 2013 Ministerpräsident, sondiert bereits mit der CDU, mit der es „ein gemeinsames Wertefundament“ gebe. Bis zur Bildung einer neuen Koalition, die bis März stehen soll, führt er eine Minderheitsregierung. Große Konflikte sind in der Übergangsphase nicht zu erwarten. Der Haushalt für 2026 ist verabschiedet, zentrale Gesetze stehen in den nächsten Wochen nicht an.

„Brandenburg braucht jetzt Stabilität und Verlässlichkeit“, meint CDU-Partei- und -Fraktionschef Jan Redmann. Eine rot-schwarze Koalition gab es in Brandenburg bereits von 1999 bis 2009. Zudem regierten SPD und CDU von 2019 bis 2024 mit den Grünen. Für die Union bedeutet der Schritt eine überraschend mögliche Rückkehr

in die Regierung – trotz ihres historisch schlechten Abschneidens bei der Wahl. Was dem einstigen Spitzenkandidaten bewusst ist: „Die Hälfte der Brandenburger hat nicht SPD oder CDU gewählt. Deren Vertrauen müssen wir zurückgewinnen“, sagte Redmann.

Denn würde auch dieses Bündnis scheitern, könnte Brandenburg vor einer schwierigen politischen Zukunft stehen: Die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte AfD liegt in Umfragen deutlich vorn und könnte bei der nächsten Wahl einen erdrutschartigen Sieg einfahren. Man erarbeite gerade Listen, was und in welcher Reihenfolge eine AfD-Regierung ändern würde, erklärte AfD-Fraktionschef Hans-Christoph Berndt. Marion Kaufmann ■

Die Autorin ist stellvertretende Chefredakteurin der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“.

#### Wechsel an der Regierungsspitze

# Haseloff will zurücktreten

In Sachsen-Anhalt soll CDU-Chef Sven Schulze neuer Ministerpräsident werden



Wechsel an der Spitze: Haseloff geht, Schulze (rechts) kommt.

© picture-alliance/dpa/Gabbert

In Sachsen-Anhalt steht Ende Januar ein Wechsel an der Regierungsspitze an. Der langjährige CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff (71) will am 27. Januar zurücktreten. Einen Tag später soll CDU-Landeschef Sven Schulze (46) im Landtag zu dessen Nachfolger gewählt werden. Die CDU

verspricht sich davon Kontinuität. „Das Land ist in guten Händen, bleibt in guten Händen“, sagte Haseloff, der seit 2011 im Amt ist und damit der dienstälteste Ministerpräsident. Zur Landtagswahl am 6. September tritt Haseloff nicht mehr an. Die Landes-CDU hatte daher ihren Vorsitzenden Schulze bereits im November 2025 zum Spitzenkandidaten gewählt.

Die Landesvorstände der Koalitionsparteien CDU, SPD und FDP stimmten der Staffelstabübergabe zu. Der Wechsel an der Regierungsspitze soll dem weniger bekannten Schulze die Möglichkeit geben, vor der Landtagswahl die Regierung zu führen und damit vom Amtsbonus zu profitieren.

„Deutschland steht vor einer der größten politischen Herausforderungen, was die Akzeptanz des Systems und die Stabilität des Systems angeht“, sagte Haseloff. Er halte den vorzeitigen Wechsel für richtig und notwendig. Zudem empfiehlt er eine

Fortsetzung der jetzigen Koalition über die Wahl hinaus. Der amtierende Wirtschaftsminister Schulze fügte hinzu, die schwarz-rot-gelbe Koalition arbeite vertrauensvoll zusammen und wolle das Land gemeinsam weiterentwickeln.

In einer repräsentativen Umfrage des Instituts Infratest Dimap von September 2025 gaben 34 Prozent der Befragten an, mit der Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden zu sein, 62 Prozent erklärten, sie seien weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden. Jedoch gaben 59 Prozent der Befragten an, mit Haseloff zufrieden zu sein.

In der Umfrage kommt die AfD auf 39 Prozent und ist damit klar stärkste politische Kraft. Die CDU folgt mit 27 Prozent. Die Linke erreicht 13 Prozent, gefolgt von der SPD mit sieben und dem BSW mit sechs Prozent. Die Grünen liegen bei drei Prozent, die FDP ist nicht aufgeführt. pk mit dpa ■

» Verantwortlich für das Ende der Koalition ist allein die Instabilität des BSW.

MINISTERPRÄSIDENT WOIDKE (SPD)

ten hätte es Rot-Lila nie gegeben, machte Woidke deutlich. Zunächst lief es auch solide. Die drei Kabinettsmitglieder des BSW – neben Crumbach Gesundheitsministerin Britta Müller und Verkehrsminister Detlef Tabbert – leisteten aus Sicht Woidkes gute Arbeit. Sie sollen vorerst im Amt bleiben. „Erst das Land, dann die Partei, dieser Konsens eint uns. Das haben sie mit ihrer Entscheidung, das BSW zu verlassen, auch deutlich gemacht“, sagte Woidke. Denn auch Müller und Tabbert, die keine Landtagsmandate haben, verließen inzwischen die Partei.

Die BSW-Spitze reagierte mit scharfen Vorwürfen. Bundesparteichef Fa-



Baden-Württemberg vor der Landtagswahl

# Nachfolger für Kretschmann gesucht

Im Südwesten wird am 8. März gewählt: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) tritt nach 15 Jahren ab. Welche Auswirkungen das neue Zwei-Stimmen-Wahlrecht haben wird, ist noch offen. Erstmals dürfen auch Jugendliche ab 16 Jahren den Landtag wählen

Baden-Württemberg steht vor einer Zäsur, nicht nur weil mit Winfried Kretschmann (77, Bündnis 90/Die Grünen) der am längsten amtierende Ministerpräsident des Landes nach der Wahl am 8. März abtreten will. Bei der Landtagswahl kommt auch erstmals das neue Zwei-Stimmen-Wahlrecht zum Tragen, und erstmals entscheiden auch 16- und 17-Jährige mit über die Zusammensetzung des neuen Parlaments. CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel (37), der den populären Grünen-Politiker, der seit rund 15 Jahren im Amt ist, ablösen will, hat seine Ansprüche früh angemeldet: Kretschmanns Erbe sei „bei der CDU in den besten Händen“. Sein Generalsekretär Tobias Vogt legte dieser Tage die Latte noch höher und gab als Ziel aus, dass in den 70 Wahlkreisen alle CDU-Kandidaten und -Kandidatinnen jeweils die

relative Mehrheit der Stimmen erlangen sollten. Das jedoch ist seiner Partei nicht einmal in den 1960er und 1970er Jahren mit absoluten Mehrheiten gelungen. Die amtierende Parlamentspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) beispielsweise kam 2021 in der Landeshauptstadt Stuttgart auf fast 45 Prozent der Stimmen. Noch nie zuvor hat ein Politiker oder eine Politikerin mit alevitischen Wurzeln, geboren in Ostanatolien, ein derart hohes Amt in einem Bundesland erlangt. Und weil die Grünen dank ihrer frühen Öffnung für die Idee der Integration durch politisches Engagement so stark vertreten sind, ist der Landtag mit gekennzeichnet von einem republikweit ungewöhnlichen Anteil von Abgeordneten mit nichtdeutschen Wurzeln, die sich im Wahlkreis alle gegen die jeweilige CDU-Alternative durchsetzen konnten. Einer möchte

in der 18. Wahlperiode all das noch toppen: Cem Özdemir (60), der Grünen-Spitzenkandidat, ist geboren und aufgewachsen in Bad Urach am Rande der Schwäbischen Alb, wäre aber der erste Ministerpräsident aus der so großen Gruppe der „Gastarbeiterkinder“ in der alten Bundesrepublik. Auch für Özdemir liegt die Latte hoch, denn 2021, als das Grünen-Kernthema Klimapolitik noch deutlich größeres Interesse erfuhr als derzeit, gewann er sein Bundestagsmandat ebenfalls in Stuttgart mit fast 40 Prozent. Jetzt will er die nächste Landesregierung führen und an Kretschmanns Erfolge anknüpfen.

Personalisierter Wahlkampf: Özdemir deutlich vor Hagel

Zu schaffen macht den Grünen und der CDU in Baden-Württemberg der



fehlende Rückenwind aus Berlin. Özdemir kämpft zudem mit der geringen Wahrnehmung der Klima- und Umweltpolitik. Die Meinungsforscher von Infratest dimap haben im Oktober zu seinen Gunsten im schon da stark personalisierten Vorwahlkampf allerdings festgestellt, dass sich bei einem fiktiven Urnengang nur 17 Prozent für Hagel als Ministerpräsident entscheiden würden, aber 41 Prozent für Özdemir. Selbst in der CDU-Anhängerschaft hat der ehemalige Landwirtschaftsminister der Umfrage zufolge mit 49 Prozent die Nase vorn gegenüber dem CDU-Fraktionsvorsitzenden (42 Prozent). Auch deshalb versucht Hagel zunehmend thematisch, in der Wirtschafts-, Verkehrs-, Energie- oder Schulpolitik mit möglichst großem Abstand von bisherigen grün-schwarzen Koalitionsentscheidungen zu punkten, um sich als Erneuerer zu positionieren. Und dies unabhängig davon, ob die CDU das jeweilige Ressort – Wirtschaft seit 2016 – hält oder nicht. Der Vater von drei Kindern sitzt nicht im Kabinett, ist auch Landesvorsitzender seiner Partei und will diese Art von „Beinfreiheit“ nutzen.

SPD und FDP stehen in Umfragen sehr schwach da

Auf die Frage nach seiner Koalitionspräferenz lässt Hagel erkennen, dass er am liebsten allein mit der FDP, geführt von Hans-Ulrich Rülke, regieren würde – was nach den Umfragen vom Herbst unmöglich ist. Oder dass er zur Not die SPD mit ins Boot nähme. Die Liberalen müssen jedoch um den Wiedereinzug in das Parlament bangen, obwohl sie zwischen 1952 und 1953 sogar einmal mit Reinhold Maier den Ministerpräsidenten gestellt haben. Die Sozialdemokraten dümpeln bei zehn oder elf Prozent vor sich hin,

woran auch Spitzenkandidat Andreas Stoch, Kretschmanns Kultusminister während der grün-roten Landesregierung von 2011 bis 2016, bisher nichts ändern konnte. Ein Teil der Wahlkreise dürfte, ebenfalls nach allen bisherigen Umfragen, an die AfD gehen. Schon 2016 konnte die Partei zwei Wahlkreise gewinnen. Rechtsnationalisten sind traditionell relativ stark im Südwesten, selbst unabhängig von wirtschaftlichen oder ausländerpolitischen Entwicklungen. Den rechten Republikanern gelang einst in den 1990er Jahren für zwei Wahlperioden der Sprung in den Landtag. AfD-Spitzenkandidat Markus Frohnmaier will einen Sitz im Landtag verschmähen und nur im Fall seiner Wahl zum Ministerpräsidenten aus dem Bundestag nach Baden-Württemberg wechseln. Jedoch haben alle Parteien eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen, trotz manch einer Hoffnung im heimischen Mittelstand, die sogenannte Brandmauer zur AfD zu schleifen. Die Linke könnte vor ihrem ersten Einzug in den Stuttgarter Landtag stehen. Sie tritt mit einem „Spitzentrio“ dreier Frauen an: Kim Sophie Bohnen, Amelie Vollmer und Merseleh Ghazaei.

Viele Überhang- und Ausgleichsmandate erwartet

Das neue Landtagswahlrecht ermöglicht ein Stimmensplitting: die erste Stimme für einen Kandidaten der einen, die zweite für die Liste einer anderen Partei. Überhang- und notwendig werdende Ausgleichsmandate könnten das Parlament auf diese Weise aufblähen. Aus diesem Grund wurde auf Bundesebene ein ähnliches Wahlrecht mit der Bundestagswahl 2025 abgeschafft. Allen gemeinsam ist in diesen ersten Wochen des neuen Jahres die große Spannung, mit der die nächste Umfrage erwartet wird. Im Herbst jedenfalls war der Abstand zwischen CDU (29 Prozent) und Grünen (20 Prozent) zwar geschmolzen im Vergleich zu 2024, von einer Trendumkehr war aber keine Spur. Und die AfD ist auf dem Weg nach oben: Bei der Wahl 2021 zog die Partei noch mit 9,7 Prozent in den Landtag ein, gegenwärtig steht sie in Umfragen bei gut 20 Prozent. Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer

Die Autorin ist landespolitische Korrespondentin in Baden-Württemberg.



Die Spitzenkandidaten Cem Özdemir (Grüne, links im Bild) und Manuel Hagel (CDU) bei einer Podiumsdiskussion im November 2025 in Stuttgart. Ihre Parteien regieren derzeit in einer Koalition, die von Winfried Kretschmann (Grüne) geführt wird.

© picture-alliance/dpa/Marijan Murat

NEUES WAHLRECHT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

- > **Wahlalter:** Erstmals bei der Landtagswahl am 8. März dürfen im Südwesten auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Dazu wurde 2022 die Landesverfassung geändert. Bremen war 2009 das erste Bundesland, dass das Wahlalter für die Landtagswahl auf 16 herabsetzte. Es folgten Brandenburg 2011 sowie Hamburg und Schleswig-Holstein 2013, Mecklenburg-Vorpommern dann ebenfalls 2022, Berlin im Jahr 2023 und Nordrhein-Westfalen 2025.
- > **Wahlkreise:** Mindestens 120 Parlamentssitze werden vergeben. 70 gehen an die Gewinnerinnen und Gewinner der Wahlkreise. Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt. Mit diesem Wahlverfahren kann es zu einer unbestimmten Zahl von Überhangs- und Ausgleichsmandaten kommen.
- > **Volksbegehren:** Drei Versuche, das neue Zwei-Stimmen-Wahlrecht zu verhindern, sind gescheitert. Das erste Verfahren, initiiert von der FDP, wurde 2023 vom Innenministerium nicht zugelassen. Zwei weitere erreichten nicht die erforderlichen 770.000 unterstützenden Unterschriften.
- > **Landtagswahl 2021:** Bei der Landtagswahl am 14. März 2021 entfielen auf die Grünen 32,6 Prozent (58 Sitze), die CDU erreichte 24,1 Prozent (42 Sitze), die AfD 9,7 Prozent (17 Sitze), die SPD 11 Prozent (19 Sitze) und die FDP/DVP 10,5 Prozent (18 Sitze). Im Laufe der Wahlperiode wechselte eine Abgeordnete von den Grünen zur CDU, ein Abgeordneter verließ die SPD-Fraktion und ist nun fraktionslos. Dem 17. Landtag von Baden-Württemberg gehören somit 154 Abgeordnete an



GASTKOMMENTARE: MERCOSUR – AUFSCHWUNG DURCH FREIHANDEL?

Signal für Wachstum

Aufschwung für wen?

PRO

Endlich: Nach einem Vierteljahrhundert Verhandlungen soll das Freihandelsabkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten nun kommen. In all den schlechten Wirtschaftsnachrichten dieser Tage – kaum Wachstum, Stellenabbau in der Industrie, Rekord-Insolvenzen – ist dies ein Lichtblick. Hat dieses Abkommen die Wucht, Deutschland aus der Wirtschaftskrise zu ziehen? Nein. Aber es trägt dazu bei, dass sich die Aussichten auf einen Aufschwung zumindest etwas verbessern. Ob Autohersteller, Maschinenbauer oder die Chemieindustrie: Etliche Branchen erhalten Zugang zu einem bislang stark abgeschotteten Markt. Zugleich können die Verbraucher hierzulande auf günstigere Importe hoffen. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt am Export. Viele dieser Arbeitsplätze befinden sich in der Industrie, sind überdurchschnittlich gut bezahlt. Doch sie werden weniger, Monat für Monat. Die protektionistische Handelspolitik der USA und die gesunkene Nachfrage aus China nach Produkten „Made in Germany“ belasten – neben den vielen hausgemachten Problemen – die Unternehmen. Auf Mercosur müssen zügig weitere Freihandelsabkommen folgen. Dass die Ver-



Julia Löhr © FAZ

handlungen mit Indien voranschreiten, ist gut. Wichtig wäre auch ein Abkommen mit den südostasiatischen Asean-Staaten, denen im politisch erwünschten „De-Risking“ von China eine Schlüsselrolle zukommt. Begleitet werden muss die Freihandelsoffensive von einem beherzten Abbau der Handelsbarrieren innerhalb der EU. Mit dem Mercosur-Abkommen entsteht die größte Freihandelszone der Welt. Das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch ein Signal. In einer zunehmend feindseligen Welt ist es gut, möglichst viele Freunde zu haben.

Julia Löhr

Die Autorin ist Wirtschaftskorrespondentin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Berlin.

CONTRA

Das Mercosur-Abkommen bringt viele Verlierer hervor – und die Gewinner können auch nicht unbedingt überzeugen. Zum Beispiel die schwächelnde Autoindustrie hierzulande, die durch sinkende Zölle mehr Autos verkaufen kann. Verbrenner zum Beispiel, auf die sie sich viel zu lange fixiert hatte. Auch die europäische Chemieindustrie wird profitieren, sie kann mehr Pestizide absetzen – zum Beispiel solche, die in Europa verboten sind. Beides zum Schaden der Umwelt. In Südamerika stehen die Großagrарrier und alle, die Rohstoffe abbauen, als Gewinner da. Beide sind nicht unbedingt dafür bekannt, dass sie hohe Umweltstandards einhalten. Wenn die Exportquote für südamerikanisches Rindfleisch erhöht wird, ist das eher ein zusätzlicher Anreiz, Regenwald für Weideflächen zu opfern. Das Klima wird zum Verlierer. Wenn die Monopolisten in der Landwirtschaft gewinnen, verlieren die Kleinbauern. Die Liste der Verlierer ist lang. Denn wenn Europa hochentwickelte Industriegüter ausführt, entwickelt sich in den Mercosur-Staaten keine eigene Struktur. Die Länder bleiben auf ihre Rolle als Lieferanten für Rohstoffe und Nahrungsgüter festgelegt. Damit schreibt das Abkommen ein Gefälle aus der Zeit des Kolonialismus fort. Zwar wird die europäische Land-



Uwe Jahn © Tanja Schnitzler

wirtschaft mutmaßlich weniger unter der preisgünstigeren Konkurrenz der Mercosur-Länder leiden als zunächst angenommen. Trotzdem steht sie schon jetzt unter Druck. Da dürfte es künftig schwer werden, auf die Einhaltung hoher Umwelt- und Tierschutzstandards zu pochen. Fazit: Die Europäische Union darf sich nicht darauf ausruhen, dass es ihr gelungen ist, einen Freihandelspakt unabhängig von den USA, Russland und China zu schmieden. Sie muss nun dafür sorgen, dass vor allem diejenigen gewinnen, die europäischen Werte und Standards hochhalten.

Uwe Jahn

Die Autor arbeitet als MDR-Korrespondent im ARD-Hauptstadtbüro in Berlin.

**DAS PARLAMENT**

Herausgeber: Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Leserservice/Abonnement:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: [fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

**Anschrift der Redaktion** (außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (030) 227-305 15

**Internet:** <http://www.das-parlament.de>  
**E-Mail:** [redaktion@das-parlament.de](mailto:redaktion@das-parlament.de)

**Chefredakteur:** Frank Bergmann (fb) V.i.S.d.P.  
**Stellvertretender Chefredakteur:** Alexander Heinrich (ah)

**Redaktion:** Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

**Fotos:** Stephan Roters

**Redaktionsschluss:** 16. Januar 2026

**Layout:** DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

**Druck:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: [fazit-com-anzeigen@cover-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@cover-services.de)

**Abonnement:**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich!) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

**GOGREEN PLUS**

Wir vermeiden CO<sub>2</sub>, durch den Versand mit der Deutschen Post

LESERPOST

**Zur Ausgabe 52-3 vom 20. Dezember 2025, »Krieg aus Europa verbannen«, Interview mit Norbert Röttgen (CDU) auf Seite 2:**  
Wer sich Sorgen um die Sicherheit Europas bzw. Deutschlands macht, liest über mehr oder weniger gut belegte Vermutungen, dass die Staaten Europas die nächsten Ziele des Kremls seien. Angesichts einer wenig präzisierten Rede von „Zeitenwende“ – mit dem Ziel massiver Aufrüstung – hört man von nicht regierungsnahen Militärexperten, dass es nicht um Masse an Material bzw. Soldaten geht, sondern um digitale Qualifizierung und Umrüstung. Ein Ende des Krieges wie

auch ein kostenintensives Wettrüsten lassen sich in diesem Stadium nur durch intensive Verhandlungsdiplomatie erreichen. Hier ist der US-Präsident weiter.  
**Klaus D. Lubjuhn, Aachen**  
**Zur selben Ausgabe, »Das BSW kann nun in Karlsruhe klagen« auf Seite 11:**  
Union, SPD, Grüne und Linke fürchten um ihre Pfründe, deshalb geht da nichts mit einer Neuauszählung, auch wenn es noch so offensichtlich erscheint, dass hier etwas nicht stimmen kann! Neuauszählung der Stimmen: „Nein, danke!“

Vermutlich muss jetzt das Bundesverfassungsgericht entscheiden; aber bis diese Entscheidung fallen wird, da dürften wir längst vorgezogene Wahlen haben!  
**Riggi Schwarz, Büchenbach**  
**Zur selben Ausgabe, »Er war ein ganz großer Häuptling« auf Seite 18:**  
Einen Politiker, wie es ein Konrad Adenauer war, den bräuchte Deutschland jetzt dringlicher denn je; denn ein Friedrich Merz wird ihm nie und nimmer das Wasser reichen können.  
**Klaus P. Jaworek, Büchenbach**

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

**Teile und herrsche**  
Müssen niedersächsische Eltern demnächst mit dem Schlimmsten rechnen, weil ihre Kinder nicht mehr richtig rechnen können? In den vergangenen Tagen schlug eine Meldung über Änderungen im Mathematik-Lehrplan für Grundschulen hohe Wellen. Demnach sollen die Kleinen künftig nicht mehr lernen, wie man schriftlich dividiert. Dies soll erst auf den weiterführenden Schulen geschehen. Begründet wird dies damit, dass zunächst ein grundlegendes Verständnis für Zahlen, Operationen und Stellenwerte aufgebaut werden muss, bevor komplexere und fehleranfällige Rechenverfahren erlernt werden. Kritiker bangen hingegen um Bildungsstandards: Während die Künstliche Intelligenz inzwischen selbstständig Aufgaben der Mathe-Olympiade lösen kann, befürchten manche besorgte Eltern, dass ihre Kinder bald nur noch Malen nach Zahlen beherrschen werden. Nun verlangen Eltern aber in der Regel mehr von ihren Kindern, als sie selbst können. Denn Hand aufs Herz: Können Sie noch schriftlich dividieren? Was ist denn die Lösung von 339.025.501:29? (Handschriftliche Lösungen mit Rechenweg nehmen wir, gerne entgegen, zu gewinnen gibt es nichts, der Einsatz von Taschenrechnern, KI und Kindern der gymnasialen Unter- und Mittelstufe ist verboten). Es reicht schon der Blick in eine durchschnittliche Zeitungsredaktion, um Adam Ries zum Rotieren im eigenen Grabe zu bringen: Der Dreisatz ist vergessen, die Prozentrechnung ein Graus, in dunklen Zahlenräumen werden Milliarden und Millionen eins. Und in der Politik sieht es nicht besser aus. Angesichts riesiger Schulden erfordert die Haushaltspolitik dieser Tage kein Verständnis von Grundrechenarten mehr, sondern politische Schönrechnerei (Pi mal Daumen), viel Fantasie und imaginäre Zahlen. Wie der Zufall es will, stammt Finanzminister Lars Klingbeil aus Niedersachsen. Am Ende bleibt nur eine Gewissheit, die wir alle seit Grundschultagen kennen: „2 x 3 macht 4 / Widdewiddewitt und Drei macht Neune! / Ich mach’ mir die Welt / Widdewidde / wie sie mir gefällt.“ scr





Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU, rechts) und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU), bei der Eröffnung der Grünen Woche, die ihr 100-jähriges Jubiläum feiert.

© picture-alliance/dpa/Sebastian Gollnow

100 Jahre Grüne Woche

Wo geht’s hier zur Zukunft?

Höfesterben, sinkende Erlöse, steigende Kosten – die Zeiten für Landwirte und den Weinbau sind hart. Die Politik ringt um den richtigen Weg

Seit Freitag feiert die mit 1.600 Ausstellern aus mehr als 50 Ländern weltgrößte Agrar- und Lebensmittelschau, die Grüne Woche, ihr hundertjähriges Jubiläum in Berlin. Für den Bundestag ist die Messe traditionell Anlass, sich vorab intensiv mit Landwirtschaftsthemen zu befassen.

Aktuelle Stunde zur Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland

So debattierte das Parlament am Donnerstag auf Verlangen der Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD im Rahmen einer Aktuellen Stunde über das Thema „Zukunftsperspektiven für Landwirtschaft und Weinbau in Deutschland schaffen – Attraktivität und Kulturgut ländlicher Räume erhalten.“ Zu Beginn der Debatte stellte der Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, Alois Rainer (CSU) fest: „Was wir heute in der Theorie besprechen, nämlich die Landwirtschaft mit Zukunft, ist auf der Grünen Woche bereits an vielen Stellen gelebte Praxis. Beeindruckende Landmaschinen, moderne Tierhaltung, autonome Roboter und vieles mehr“. Zugleich machte Rainer eindringlich klar, dass es für ihn mit Blick auf die Weltlage „längst überfällig“ sei, „die Landwirtschaft als kritische Infrastruktur zu etablieren und unsere Krisenvorsorge zu modernisieren.“ Stephan Protschka (AfD) nutzte seine Redezeit, um dem Minister vorzuhalten, welche „Kernprobleme die Bauernfamilien“ tagtäglich belasteten: Bürokratie und Überregulierung seien ein erdrückender Albtraum. Jeder Hof ertrinke in Formularen, Genehmigungen und Auflagen von der Europäischen Union hin bis zur nationalen Ebene. Hinzu käme: „Die Kosten für Energie, Dünger und Maschinen explodieren, aber die Preise für Erzeugnisse sinken“ kritisierte der AfD-Abgeordnete. Carsten Schneider (SPD), Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, nannte die Grüne Woche eine Gelegenheit,

„den vielen Landwirtinnen und Landwirten Danke zu sagen für die Arbeit, die heimische Produktion, die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln. Als Umweltschutzminister bedanke ich mich insbesondere aber auch für die Pflege und den Erhalt unserer Kulturlandschaften.“ Die Landwirtschaft trage mit ihrer Wirtschaftskraft und ihren Arbeitsplätzen dazu bei, dass sich die Regionen entwickelten und weiterhin Heimat für viele Menschen sein könnten. „Landwirtschaft und Umweltpolitik gehören zusammen.“ Julia Verlinden (Bündnis90/Die Grünen) äußerte Zweifel an dieser Einmütigkeit. Jeden Januar nähmen Menschen, Verbände und Landwirte die Grüne Woche auch zum Anlass, um deutlich zu machen, was sie sich wünschen. Jedes Mal gehe es den Befragten dabei um „gutes Essen, faire Tierhaltung, eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur“. Weil sie aber immer wieder enttäuscht würden, gingen diese Menschen auch in diesem Jahr unter dem Motto „Wir haben es satt!“ auf die Straße.

Marktkonzentration der Supermarktketten

Linken-Politiker Marcel Bauer hatte eine Frage an die Bundesregierung: „Wessen Interessen vertreten Sie eigentlich?“ Unentwegt stelle sich die Regierung als Interessenvertretung der Landwirte und Verbraucherinnen dar, dabei bewiese ihre Politik das Gegenteil: Die Monopolkommission habe gerade wieder bestätigt, dass die Marktkonzentration von Edeka, Rewe, Aldi und der Schwarz-Gruppe auf über 80 Prozent angestiegen sei, so Bauer. Persönlicher gehalten war die Einlassung der SPD-Politikerin Isabel Mackensen-Geis: „Für mich als Abgeordnete aus Bad Dürkheim an der Weinstraße mitten aus der Pfalz ist es immer ein Stück Heimkommen, wenn ich über den Weinbau sprechen darf, denn Wein ist bei uns eben nicht nur ein Produkt“, erklärte sie. Wein sei Kulturlandschaft, Wirtschaftskraft, ein Lebensgefühl für viele Familien. Famili-

en, deren Existenz unter Druck stehe, weil ein Überangebot massiv auf den Preisen laste. Dazu kämen Exportprobleme, vor allem durch die US-Zölle. „Das ist keine Momentaufnahme, das ist eine strukturelle Krise, die den gesamten Sektor betrifft.“ Sie warb für „mehr Entscheidungen für regionale Qualität statt billiger Importware“. Am Mittwoch beriet der Bundestag, zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag mit dem Titel „Landwirtschaft und Ernährung zukunftsfähig gestalten“ (21/3602), wurde im Anschluss an die Aussprache in den federführenden Landwirtschaftsausschuss überwiesen. Die Vorlage „Weltbodentag – Weiterentwicklung des Bodenschutzes

» Es geht um bewusste Entscheidungen für regionale Qualität statt billiger Importe.

ISABEL MACKENSEN-GEIS (SPD)

zu einem Bundesbodengesundheitsgesetz“ (21/3049) hingegen wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Grünen und Linken abgelehnt. Am Donnerstag stimmte das Parlament dann über mehrere Vorlagen zum Bürokratieabbau und zur Deregulierung in der Landwirtschaft ab. Die AfD legte dem Plenum Anträge zur Entlastung der Landwirtschaft durch Bürokratieabbau und Deregulierung (21/2548), zur bedarfsgerechten Düngung nach guter fachlicher Praxis (21/2547), zum Pflanzenschutz (21/2546) und zur Marktstellung der Landwirte (21/2549) vor. Die Anträge wurden jeweils mit den Stimmen der übrigen Fraktionen zurückgewiesen. Den Abstimmungen lagen Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat zugrunde (21/2824, 21/2826, 21/2827, 21/2825).

Michael Schmidt ■

EU-Mercosur-Abkommen

Wirtschaft frohlockt

Der Freihandelsdeal liegt nun im Europa-Parlament

Freude in der deutschen Wirtschaft: Europas Staats- und Regierungschefs haben den Weg freigemacht für das neue Freihandelsabkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Die neue Freihandelszone werde „einen Markt von mehr als 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern schaffen, eine der größten Handelszonen weltweit“, zeigt sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erfreut und erklärte: „Mit dem Freihandelsabkommen kann die EU die Globalisierung aktiv nach eigenen Vorstellungen mitgestalten.“ Gerade in Krisenzeiten bringe das Abkommen wertvolle Impulse für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Doch bevor es in Kraft treten kann, sind die Parlamentarier gefragt. Das EU-Parlament muss zunächst grünes Licht für das sogenannte Interimsabkommen geben. Mit diesem sollen die Zölle zwischen den beiden Kontinenten sinken und der Zugang von Unternehmen zum jeweils anderen Markt leichter werden. Es bleibt in Kraft, bis Teil zwei der neuen Freihandelszone in Kraft ist, das umfassendere Partnerschaftsabkommen. Dieses muss aber nicht nur vom Europäischen Parlament, sondern auch von den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Aus Sicht des BDI „müssen die Mitgliedsstaaten alles daransetzen, dass die Ratifizierung zügig gelingt“. Denn: „Ohne offene Märkte im Ausland kann die deutsche Wirtschaft nicht bestehen. Wie in kaum einem anderen Land ist der Wohlstand in Deutschland vom regelbasierten Handel abhängig.“

Auch die Wissenschaft unterstützt das Abkommen überwiegend. Achim Wambach, Präsident des ZEW - Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, erklärte, es könne „Europas Unternehmen neue Absatzchancen eröffnen, Lieferketten breiter aufstellen und Europas wirtschaftliches Gewicht in einer geopolitisch fragmentierten Welt erhöhen“. Europa bewiese sich damit als ein verlässlicher Handelspartner: „Anderers als in den USA oder China, wo handelspolitische Maßnahmen auch aus politischen Motiven kurzfristig verhängt werden können, sind willkürliche Eingriffe in der EU kaum möglich. Rechtsstaatlichkeit und regelgebundene Verfahren sorgen für Berechenbarkeit für Unternehmen und Partnerländer.“

Bauern protestieren gegen das Abkommen

Allerdings unterstützt nicht die gesamte Wirtschaft das Abkommen. In der Landwirtschaft, die für 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in der EU steht, gibt es große Widerstände. Unter anderem in Frankreich und Irland protestierten in der vergangenen Woche Bauern gegen den EU-Mercosur-Vertrag. Vonseiten des deutschen Bauernverbandes hieß es: „Dieses Abkommen hat zweifellos Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, geht aber in dieser Form zu Lasten der Landwirtschaft. Damit würden wir zukünftig Lebensmittel importieren, die mit deutlich niedrigeren Tierwohl-, Umwelt- und Sozialstandards erzeugt wurden.“ Diese seien in Deutschland längst überholt.

Stephan Balling ■

Tierhaltung

Koalition braucht Zeit

Haltungskennzeichnung wird verschoben

Das Gesetz zur Tierhaltungskennzeichnung ist im August 2023 in Kraft getreten. Die Kennzeichnung soll für Transparenz und Klarheit in Bezug auf die Haltungsform von Tieren sorgen und Verbrauchern eine bewusste Kaufentscheidung ermöglichen. Zunächst gilt dies nur für frisches Schweinefleisch, das in Deutschland produziert wurde. Am Donnerstag hat der Bundestag allerdings beschlossen, diese Pflicht um zehn Monate nach hinten auf den 1. Januar 2027 zu verschieben. Begründet wird die Verschiebung damit, dass Union und SPD im Koalitionsvertrag eine grundsätzliche Reform des Gesetzes vereinbart haben. Dafür brauche es ausreichend Zeit. In der Debatte erklärte Christoph Frauenpreiß (CDU/CSU), „es geht nicht darum, etwas auf die lange Bank zu schieben, sondern darum, dieses Gesetz so auszugestalten, dass es für die Betriebe in unserem Land auch funktioniert. Für uns geht Qualität vor Schnelligkeit.“ Die wirtschaftlichen Familienbetriebe erlebten derzeit eine Zeit großer Umbrüche. „Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die verlässlich und praxistauglich sind“, Frauenpreiß. Danny Meiners (AfD) entgegnete, „lassen Sie uns ehrlich sein, das ist kein Plan, sondern ein weiterer Aufschub“. Das Gesetz sei schlicht nicht praxistauglich. Wirklicher Tierschutz entstehe zudem nicht durch Papierkram, sondern durch faire Wettbewerbsbedingungen. Seine SPD wolle weder Stillstand noch Rückabwicklung, entgegnete Jens Behrens. Entscheidend sei, „was wir mit der gewonnenen Zeit tun“. Da habe man sich in der Koalition

bereits auf einiges verständigt, bereichtete der Sozialdemokrat. Zoe Mayer (Bündnis 90/Die Grünen) sagte: „Es gibt unzählige Verpackungen billigster Fleischprodukte, auf denen sind Bilder von Tieren zu sehen, die gar nicht fassen können, wie gut es ihnen geht.“ Das sei Verbrauchertäuschung. Und damit ein Problem, „denn die Menschen müssen doch wissen, was sie da eigentlich kaufen“. Ina Latendorf (Die Linke) machte das Thema „Sichtbarkeit“ der Kennzeichnung zum Thema: „1,2 Millimeter – so klein solle die Schrift werden. Mit Sicht- und Lesbarkeit hat das nichts zu tun“, sagte die Linkenpolitikerin und forderte: „Ändern Sie das!“

Gesetzesentwurf unverändert angenommen

Nach halbstündiger Aussprache nahm der Bundestag den Entwurf der Koalitionsfractionen von CDU/CSU und SPD für ein zweites Gesetz zur Änderung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes (21/3292) in unveränderter Fassung an. Dafür stimmten CDU/CSU, SPD und die Linksfraktion, dagegen votierten Bündnis 90/Die Grünen. Die AfD-Fraktion enthielt sich. Der Abstimmung lag eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zugrunde (21/3632). Abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (21/3633) in dem die Grünen ein Bekenntnis der Bundesregierung zum Umbau der Tierhaltung verlangen. Nur die Linksfraktion stimmte mit den Grünen dafür, die übrigen Fraktionen lehnten ihn ab.

mis ■



KURZ NOTIERT

Digitale Führerscheine und Fahrzeugpapiere

Die Bundesregierung will Rechtsgrundlagen im Straßenverkehrsrecht schaffen, um die Digitalisierung der fahrer- und fahrzeugbezogenen Papiere, die digitale Parkraumkontrolle sowie den digitalen Datenaustausch in der Verwaltung zu ermöglichen. Den entsprechenden Gesetzentwurf (21/3505) überwies der Bundestag am Freitag nach erster Lesung. Laut Regierung dient er auch dem Bürokratieabbau durch die Vereinfachung von Abläufen und Regeln sowie durch die Schaffung zeitgemäßer digitaler Leistungen und den Zugang zu Daten in der Verwaltung. *hau* ■

Entlastung für Unternehmen angekündigt

Die Bundesregierung will mit einer Änderung des „Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetzes“ (LkSG) für eine Entlastung der Unternehmen durch eine „anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung“ sorgen. Dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (21/2474) zufolge soll die Berichtspflicht über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten entfallen. Die im LkSG geregelten Sorgfaltspflichten selbst sollen fortgelten, allerdings sollen nur schwere Verstöße gegen diese Pflichten sanktioniert werden. Der Entwurf sollte nach erster Lesung am Freitag (nach Redaktionsschluss) überwiesen werden. *sto* ■

F-Gase: Chemikaliengesetz soll angepasst werden

Die Bundesregierung will das Chemikaliengesetz an die europäische Verordnung über fluoridierte Treibhausgase, kurz F-Gase, anpassen. Einen Entwurf für ein „Fünftes Gesetz zur Änderung des Chemikaliengesetzes“ (21/3511) hat der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten und an den federführenden Unterausschuss überwiesen. Vorgesehen ist unter anderem, Bereitstellung und Inverkehrbringen bestimmter klimaschädlicher F-Gas-haltiger Produkte und Anlagen ohne Quotenregelung zu untersagen. *sas* ■

Neue Regeln für den Investmentfondsmarkt

Die Bundesregierung will finanzpolitische Vorgaben der EU zum Investmentfondsmarkt umsetzen. Mit dem am Donnerstag nach erster Lesung überwiesenen Gesetzentwurf (21/3510) sollen unter anderem die Änderungen der europäischen Investmentfondsrichtlinien im Hinblick auf Übertragungsvereinbarungen, Liquiditätsrisikomanagement, die aufsichtliche Berichterstattung, die Erbringung von Verwahr- und Hinterlegungsdienstleistungen und die Kreditvergabe durch alternative Investmentfonds „eins zu eins“ in nationales Recht umgesetzt werden. *bal* ■

Maßnahmen gegen Schrottimmobilien gefordert

Die Kommunen sollen Vorkaufsrechte erhalten, um besser gegen die Probleme mit Schrottimmobilien vorgehen zu können. Die Fraktion Die Linke verlangt in einem am Freitag nach Redaktionsschluss beratenen Antrag (21/3615) außerdem die Möglichkeit der Enteignung, wenn verwahrloste Immobilien langfristig leerstehen. Den oft überschuldeten Kommunen soll Geld zum Beispiel über einen Bundesfonds zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Ankaufs- oder Vorkaufsrechte wahrnehmen können. Weitgehend gleiche Maßnahmen schlagen auch die Grünen in einem Antrag (21/3614) vor. *hle* ■



145 UN-Mitgliedstaaten haben das Abkommen unterzeichnet und 81 davon bereits ratifiziert. Am 17. Januar tritt es in Kraft. Es ermöglicht die Einrichtung von Schutzgebieten um den Lebensraum zum Beispiel von Hammerhaien wie hier im Pazifik zu bewahren. © picture-alliance/FrancoBanfi/WaterFrame

UN-Hochseeschutzabkommen

# Hoffnung für die Hohe See

Bundesregierung will dem Abkommen für Meeresschutz beitreten, vor Borkum in der Nordsee aber Gas fördern

Es sei ein „historischer Durchbruch“ für den Meeresschutz, darin waren sich Umweltschützer nach dem Beschluss des UN-Hochseeschutzabkommens im Juni 2023 einig. Nach mehr als zwei Jahrzehnten zäher Verhandlungen hatte sich die internationale Staatengemeinschaft erstmals auf gemeinsame Schutzregeln für die Meeresgebiete geeinigt, die jenseits nationaler Zuständigkeiten liegen und etwa 40 Prozent der Erdoberfläche umfassen. Bislang gelten nur für einen Bruchteil der Hohen See (siehe Kasten) Schutzregeln unterschiedlichen Grades.

145 Staaten haben das Abkommen inzwischen unterzeichnet, 81 Staaten davon ratifiziert. Dass das Übereinkommen am Samstag in Kraft treten kann, nannte Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) „einen der größten internationalen Erfolge für den Umweltschutz“. Deutschland, das zu den Erstunterzeichnern gehört, ist allerdings noch mitten im Ratifizierungsprozess. Die Entwürfe der Bundesregierung für ein Vertragsgesetz (21/3542) sowie das Hochseeschutzgesetz (21/3543) zur Umset-

zung in nationales Recht hat der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten. Schneider zeigte sich zuversichtlich, dass die Ratifizierung bis zur Sommerpause abgeschlossen werde und Deutschland an der ersten Vertragsstaatenkonferenz im Herbst teilnehmen könne.

Unverträglichkeitsprüfungen und Schutzzonen sind vorgesehen

Das Abkommen ermögliche erstmals die Einrichtung von Schutzzonen in der Hochsee, erklärte Schneider im Plenum. Das werde helfen, das international vereinbarte Ziel zu erreichen, 30 Prozent der weltweiten Meeresflächen bis 2030 unter Schutz zu stellen. Eine neue Chance zum Beispiel für das antarktischen Weddellmeer, dessen Schutz in der Vergangenheit immer wieder gescheitert ist. Daneben sieht das Abkommen verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle menschlichen Aktivitäten vor, die Auswirkungen auf die Meeresumwelt haben könnten, sowie Regeln für die Nutzung mariner genetischer Ressourcen etwa für Medizin und Kosmetik.

Zustimmung kam von allen Fraktionen im Parlament – nur Michael Bloss sprach für die AfD von „Symbolpolitik“. Das Abkommen sei ein „weiterer Schritt hin zu globaler Steuerung ohne nationale Kontrolle“, kritisierte er. Das schade deutschen Interessen. Während sich der ökologische Nutzen kaum überprüfen lasse, würden Forschung, Innovation und Wirtschaft „administrativ erdröselt“. Einen „wichtigen Schritt für den globalen Klima- und Biodiversitätsschutz“ nannte dagegen Leif Erik Bodin (CDU) das Abkommen. Bei der

Umsetzung mahnte aber auch er zu „Augenmaß“. Die heimische Fischerei dürfe nicht mit Prüfpflichten überfrachtet werden, Mareike Hermeier (Linke) signalisierte Unterstützung, forderte die Bundesregierung aber auf, die für die Umsetzung des Abkommens nötigen „personellen und monetären Mittel“ im zuständigen Bundesamt für Naturschutz aufzustocken.

Grüne: Gasbohrungen sind »Schlag ins Gesicht der Meeresschützer«

Steffi Lemke, die für die Bundesrepublik als frühere Umweltministerin das Abkommen mitverhandelt hatte, betonte dessen Bedeutung für den „wunderbaren blauen Teil unseren Planeten“ sowie für den gegenwärtig angeschlagenen Multilateralismus. Dass die Bundesregierung aber ausgerechnet zeitgleich mit einem Gesetzentwurf für ein Gasförder-Abkommen mit den Niederlanden (21/3491) Bohrungen unweit des Weltnaturerbes Wattenmeer erlauben wolle, kritisierte Lemke scharf: „Das ist ein heftiger Schlag ins Gesicht der Meeresschützer“. *Sandra Schmid* ■

HOHE SEE

Die Hohe See ist nach dem **Seerechtsübereinkommen von 1982** der Teil der Meere, der außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer bis zwölf Seemeilen und außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone bis 200 Seemeilen liegt. Die Hochsee ist damit frei von staatlicher Hoheitsgewalt und wird als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ bezeichnet.

Änderungen im Bundesjagdgesetz

# Zum Abschuss freigeben

Die Bundesregierung will den Wolf zu den jagbaren Tieren hinzufügen. Die Grünen monieren einen EU-Rechtsverstoß

Rund 4.300 Nutztiere sind 2024 von Wölfen verletzt oder gerissen worden. Nachdem der Wolf in Deutschland bis Anfang des 21. Jahrhunderts als ausgerottet galt, konnten sich die Bestände in den vergangenen Jahren erholen. Schätzungen zufolge gab es 2024/2025 hierzulande rund 219 Wolfsrudel. Aufgrund der zunehmenden Vorfälle mit Weidetieren fordern Tierhalter immer wieder einen besseren Schutz für ihre Herden. Dieser Forderung will die Bundesregierung mit Änderungen des Bundesjagdgesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes (21/3546) nachkommen und den Wolf zur jagbaren Art machen. Das Gesetz schaffe eine pragmatische Lösung für Natur und Mensch, betonte Bundeslandwirtschaftsminister

Alois Rainer (CSU) bei der ersten Lesung des Entwurfs im Bundestag. „Der Schutz von Weidetieren steht dem Schutz des Wolfes gleichberechtigt gegenüber“, sagte er. Die Gesetzesänderungen sollen es ermöglichen, „Problemwölfe“ abzuschießen. Ist die Wolfspopulation groß genug, könnte durch die erlaubte Jagd auch der Wolfsbestand reguliert werden. Klaus Mack (CDU) dankte den EU-Kollegen, die den Impuls für diese Änderung gesetzt hätten. Tatsächlich ist die Gesetzesänderung nur möglich, weil der Europarat den Schutzstatus des Wolfs in der Berner Konvention von „besonders geschützt“ auf „geschützt“ gesenkt und die EU ihre Richtlinie angepasst hat. Laut dem AfD-Abgeordneten Peter Felser schafft der Entwurf jedoch kei-

ne Klarheit. Es bleibe „weitgehend offen, wie und auf welcher Grundlage die für die Bejagung erforderlichen revierübergreifenden Managementpläne aufgestellt werden sollen“.

Übrige Fraktionen sehen Herdenschutz als zentrales Instrument

Für die Abgeordneten von SPD, Grünen und Linken kann eine effektive Lösung nur in der Verstärkung des Herdenschutzes bestehen. „Zäune, Herdenschutzhunde, Beratung und Förderung sind und bleiben der wirksamste Schutz für Weidetiere“, sagte Isabel Mackensen-Geis (SPD). Dort, wo ein effektiver Herdenschutz nicht möglich sei oder wo Wölfe diesen wiederholt überwinden könnten, dürften sie künftig „schneller, rechts-

sicher und pragmatisch gejagt werden“. Eine generelle Jagderlaubnis würde das ökologische Gleichgewicht der Wälder gefährden, in dem der Wolf eine wichtige Rolle einnimmt, merkte Sascha Wagner (Die Linke) an. Der Grünen-Politiker Harald Ebner sagte, dass es bislang keine Beweise dafür gebe, dass eine „ungezielte Bejagung von Wölfen Risse reduziert“. Zudem sei der Entwurf EU-rechtswidrig. Anstatt eine Regelung auf Bundesebene zu finden, wie von der EU gefordert, wälze die Regierung „die Zuständigkeit für Monitoring und Abschussplanung auf die Länder und Unteren Jagdbehörden“ ab. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen. *des* ■



Mittelstandspolitik und Ausbau der Erneuerbaren

Streit um die Wärmewende

Grüne legen Anträge zu Rahmenbedingungen für Investitionen in den Klimaschutz und für eine nationale Wärmepumpenstrategie vor

Für Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ist „die Wärmepumpe das teuerste Experiment in ganz Europa“, wie er Mitte dieser Woche auf einem Empfang in Sachsen-Anhalt anmerkte und eine „umfassende Reform beim ökologischen Umbau der Heizungen in Wohngebäuden“ ankündigte. Die Bundestagsfraktion der Grünen sieht das komplett anders. Die Wärmepumpe sei im ersten Halbjahr 2025 mit 139.000 Einheiten die am häufigsten verkaufte Heizungsart gewesen, schreibt die Fraktion. Das sei ein Erfolg der Wärmewende, die in der vergangenen Legislaturperiode ins Rollen gebracht wurde. Im Moment herrsche aufgrund der Unklarheit beim Gebäudeenergiegesetz in der schwarz-roten Bundesregierung Unsicherheit. Handwerk, Industrie und Verbraucher forderten Klarheit bei der Wärmewende. Deutsche Wärmepumpenhersteller seien „Weltspitze bei Qualität und Innovation“. Politische Unsicherheit gefährde jedoch Investitionen, Arbeitsplätze und Marktanteile, insbesondere im Wettbewerb mit China.

Wärmepumpenstrategie für Privathaushalte und für Großprojekte

Die Fraktion der Grünen hat deshalb zwei Anträge vorgelegt, die am Donnerstag im Bundestag debattiert und abgestimmt wurden. Zum einen fordert sie bessere Wettbewerbsbedingungen für mittelständische Betriebe (21/3047) und die Förderung des Umbaus einer klimaneutralen Wirtschaft, zum anderen sei eine Wärmepumpenoffensive (21/3317) für Privathaushalte und für Großprojekte notwendig. In ihrem Antrag zum Mittelstand fordern die Grünen den weiteren Umbau der „ökologischen und digitalen Transformation“. Die Stromsteuer solle für alle Betriebe und Haushalte auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden, und Unternehmen



Der Fernwärmeversorger BEW baut in Berlin-Spandau eine Großwärmepumpe.

© picture-alliance/dpa/C. Soeder

sollten beim Umstieg von fossiler Wärme „auf moderne, strombasierte Wärmeproduktion“ gezielt unterstützt werden. Die „Wärmepumpen-Offensive“ sieht eine klare Strategie für die Wiederaufnahme des „Aufbauprogramms Wärmepumpe“ sowie finanzielle Erleichterungen beim Umstieg auf klimafreundliche Heizungen vor. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) dürfe nicht verwässert werden, es müsse dabei bleiben, dass jede neu eingebaute Heizung mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Dafür sollten die Mittel für eine sozial gestaffelte Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) aufgestockt werden, damit mindestens 500.000 Wärmepumpen pro Jahr eingebaut würden. Sandra Stein (Grüne) begründete die Anträge mit Planungssicherheit, die sowohl Unternehmen wie auch Pri-

vathaushalte bräuchten. „Der Mittelstand steht für Stabilität und Innovation“, sagte Stein. Er Sorge für Arbeits- und Ausbildungsplätze, aber er werde „von der Bundesregierung nicht ausreichend gestärkt, trotz Sonntagsreden, trotz Ankündigung“. Ihr Parteikollege Alaa Alhamwi (Grüne) warnte vor der Wiederholung der gleichen Fehler, die in Deutschland bei der Solarindustrie gemacht worden seien und nun bei der E-Autoherstellung zutage träten, statt hierzulande würden diese Techniken nun im Ausland produziert. Bei der Wärmepumpenherstellung dürfe das nicht auch passieren. Dem schloss sich Helmut Bettermann (SPD) an. Die Wärmepumpe sei „längst kein Nischenprodukt mehr, sondern ein eindeutiger Wettbewerbsvorteil“, weil damit dauerhaft niedrige Strompreise erreichbar

würden. Durch die Wärmepumpentechnik seien in der Industrie in den letzten Jahren 75.000 Arbeitsplätze entstanden, mit einem Jahresumsatz von 3,5 Milliarden Euro. Zudem stünden hinter dieser Technologie „Hunderttausende Beschäftigte im Handwerk und bei Energieversorgern“. Diese Wertschöpfung dürfe nicht an internationale Wettbewerber verloren gehen, warnte er.

Warnungen vor Abwanderung der Hersteller ins Ausland

Von Seiten der CDU/CSU-Fraktion wurde zwar anerkannt, dass die Wärmepumpe eine Zukunftstechnologie sei, doch die Forderungen der Grünen läsen sich laut Andreas Lenz (CSU) wie ein „Robert-Habeck-Gedächtnis-Antrag“. Das werde deutlich, weil im Antrag nur die Wärme-

pumpe vorkomme und keine andere Technologie. Dabei seien Pellet-Heizungen, die Holzenergie und die Fernwärme auch entscheidend. Klaus Wiener (CDU) hielt den Grünen vor, in dreieinhalb Jahren Regierung mit einem Vize-Kanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck weder steuerliche Anreize noch Strompreiskompensation für mittelständische Betriebe „hinbekommen zu haben“. Für ihn sei der Antrag deshalb unglaublich. Die aktuelle Bundesregierung „macht nun genau die Mittelstandspolitik, die die Ampel versäumt hat“, sagte Wiener. Die AfD-Fraktion übte harsche Kritik. Enrico Komning nannte den Antrag zum Mittelstand „einen Treppwitz“, seien es doch die Grünen in Regierungsverantwortung gewesen, die „dem Mittelstand mehr geschadet haben, und zwar vorsätzlich“. Der Großteil der in dem Antrag beklagten Bürokratie trage eine klare Handschrift, und „die ist grün“. Nachhaltigkeitsberichte, Taxonomievorgaben, Energieeffizienznachweise und Klimabilanzen „sind das Ergebnis einer Politik, die glaubt, man könne Wirtschaft verordnen“, sagte er. Agnes Conrad (Linke) erinnerte an die Arbeitsbedingungen im Mittelstand. Die Regierung plane die Abwicklung des Acht-Stunden-Arbeitstages, dabei sei vor allem das Handwerk wichtig „für die Wärmewende“. Der Antrag erkenne die Bedeutung zwar an, aber es fehlten Anmerkungen zu Arbeitsbedingungen und zur Ausbildung. „Schlechte Bezahlung und unattraktive Rahmenbedingungen“ führten zu „leeren Bewerberlisten bei vollen Auftragsbüchern“. Der Mittelstands-Antrag der Grünen wurde abgelehnt, die Antragsteller votierten dafür, gegen ihn stimmten CDU/CSU und SPD und die AfD, bei Enthaltung der Linken. Die Forderungen zur Wärmepumpe wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Nina Jeglinski ■

AfD stößt mit Anträgen gegen Erneuerbare auf Widerstand

»Heilige Kühe« und »Tarnkappen«

Union erinnert an die Gefährdung der Inselstaaten durch den Klimawandel

Für die AfD-Fraktion ist der Fall klar: Die Energiewende sei gescheitert und trotz der „behaupteten positiven Auswirkungen der erneuerbaren Energien auf die CO<sub>2</sub>-Reduktion“ lasse sich bislang eine Wirksamkeit der bereits umgesetzten Maßnahmen „weder in Bezug auf die atmosphärische CO<sub>2</sub>-Konzentration noch auf die Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur“ nachweisen. Die daraus gezogenen und in fünf Bundestagsanträgen (21/3147, 21/3146, 21/3597, 21/3598, 21/3599) formulierten Schlussfolgerungen wie die Streichung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, zum Klimaschutzgesetz und zum Stopp des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien stießen am Freitagvormittag im Bundestag jedoch auf entschiedenen Widerstand der anderen Fraktionen. Die Anträge wurden an die Ausschüsse überwiesen. Andreas Bleck (AfD) warf den übrigen Fraktionen in der Debatte vor, die Energiewende als „heilige Kuh“ zu betrachten. Die Umwelt werde auf dem „Altar der Klimareligion geopfert“. Die AfD wolle dagegen, dass der Wald wieder Lebensraum für Tiere und Pflanzen und Erholungsraum für Menschen werde. Die Auswirkungen von Windrädern auf den Insektenbestand müssten erforscht werden. „Wir wol-

len Flächenschonung statt Flächenfraß“, forderte Bleck. Die ohnehin schon bestehenden Flächennutzungskonflikte würden durch erneuerbare Energien verschärft. Zu den Erneuerbaren, die er als Flächenverbrauchsenergien bezeichnete, gebe es eine Alternative: die Kernenergie.

»Wir wollen Flächenschonung statt Flächenfraß«

Klaus Mack (CDU) erinnerte an durch den Klimawandel gefährdete Inselstaaten, deren Küsten im Meer versinken würden. Und dann müsse man sich im Bundestag anhören, den menschengemachten Klimawandel gebe es gar nicht. Das sei pure Realitätsverweigerung und verantwortungslos. Die AfD wolle nur Angst schüren. Mack verteidigte das System der im Jahr 2011 beschlossene Energiewende. Damals sei beschlossen worden, aus der zentralfossilnuklearen Stromversorgung auszusteigen und in eine dezentrales System mit erneuerbaren Energien zu wechseln. Jetzt das Rad wieder zurückdrängen zu wollen, sei auch volkswirtschaftlich der größte Unsinn. Die AfD-Fraktion benutze den Naturschutz als Tarnkappe für eine energiepolitische Wende rückwärts.

Katrin Uhlig (Grüne) sagte, die AfD spiele sich als Umweltschützer auf, obwohl ihr die Umwelt, die Lebensgrundlagen und der Schutz der Schöpfung sonst egal sei. Der Artenschutz diene nur als Vorwand. Die meisten Vögel würden durch Fensterscheiben, Katzen sowie Straßen- und Bahnverkehr getötet und nicht durch Windkraftanlagen. Philipp Rottwilm (SPD) nannte es amüsant, dass sich die AfD über Nacht zur Naturschutzpartei mache. Dabei verteidige die AfD alle negativen Ausflüsse der Industriegesellschaft. So halte sie Verbrennermotoren für ein schützenswertes Kulturgut. Die AfD wolle zurück in eine angeblich heile Welt, die aber schmutziger und ungesünder gewesen sei als die heutige Welt. Er erinnerte daran, dass auch in Ländern wie China zunehmend auf erneuerbare Energien und auf E-Mobilität gesetzt werde. Lorenz Gösta Beutin (Linke) warf der AfD vor, alle Maßnahmen für wirksamen Klimaschutz abschaffen zu wollen. Dafür ignoriere sie den Klimawandel. Was die AfD fordere, sei lebensfeindlich und richte sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Die AfD wolle mit Öl, Gas und Kernkraft Deutschland in die Energieabhängigkeit führen. hle ■

Beschaffung für die Truppe

Tempo bei Ausstattung

Bundestag stimmt für Bundeswehrbeschaffungsgesetz

Aufgrund der Bedrohung aus Russland und der neuen Nato-Vorgaben zur Verteidigung hat der Bundestag am Donnerstagnachmittag das Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr (21/1931) in geänderter Form beschlossen. Für das Vorhaben stimmten die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und AfD. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke votierten dagegen. Das Gesetz gilt künftig für alle öffentlichen Aufträge zur Deckung des Bedarfs der Bundeswehr. Auch für solche, die nicht unmittelbar Rüstungsgüter sind, wie Liefer-, Bau- und Dienstleistungen für die Bundeswehr. Vanessa Zobel (CDU) lobte das Vorhaben. „Mit dem neuen Beschaffungsrecht hat die Bundeswehr nun einen Werkzeugkasten an die Hand bekommen, mit dem sich Prozesse deutlich beschleunigen lassen.“ Mahmut Özdemir (SPD) verdeutlichte die Notwendigkeit des Vorhabens. Das Gesetz Sorge dafür, dass bei der Beschaffung, der Ausrüstung und bei den Bauten der Bundeswehr „nicht alles zur Geduldprobe wird“. Dieses Fachgesetz verändere das deutsche und europäische Vergaberecht grundlegend. Laut Malte Kaufmann (AfD) verfolgt das Gesetz ein Ziel, „das eigentlich

unstrittig sein sollte, nämlich die Einsatz- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr endlich wiederherzustellen“. Wenn Verfahren nun verkürzt, Vergaben erleichtert und Genehmigungen beschleunigt würden, dann sei das ein Schritt in die richtige Richtung.

Fraktionen von Grünen und Linken bemängeln Prioritäten

Julian Joswig (Bündnis 90/Die Grünen) bemängelte, dass ein schnelles Verfahren wenig helfe, wenn am Ende niemand liefere, was die Bundeswehr wirklich brauche. „Die Engpässe liegen nicht primär im Vergaberecht, sie liegen bei Produktionskapazitäten, bei strategischer Planung und vor allem bei der fehlenden europäischen Koordination“, sagte Joswig. Ulrich Thoden (Linke) ging mit seiner Kritik noch weiter. Er halte die Fokussierung auf die Beschleunigung für falsch, damit würden Kontrolle und Transparenz bei der Beschaffung in den Hintergrund gedrängt. „Die Bundesregierung will die Bundeswehr in Rekordzeit zur stärksten konventionellen Armee in Europa aufrüsten. Das ist der Punkt und das lehnen wir ab!“, sagte Thoden. nki ■



Pläne der Bundesregierung zum »Bürokratierückbau«

Mit Führung statt mit Kettensäge

Umsetzen, umsetzen, umsetzen – das nimmt sich die Koalition bei der Staatsmodernisierung vor. Die Opposition bleibt skeptisch

Mit dem Abbau der Bürokratie verhält es sich im politischen Raum ungefähr so wie mit der Förderung des Mittelstandes oder der Entlastung der hart arbeitenden Bevölkerung. Auf Ebene der Allgemeinplätze, Phrasen und Wahlversprechen sind erst einmal alle dafür. Wenn es aber um die Details geht, dann wird es schwieriger. Was die einen für eine überbordende Regulierung halten, ist für den anderen wichtig zum Schutz von Arbeitnehmerrechten oder Umweltstandards. Auch beim Vorgehen gibt es unterschiedliche Akzente. Manche setzen auf die „Kettensäge“, die der libertäre argentinische Präsident Javier Milei zum Symbol seiner Deregulierungspolitik erklärt hat und für die auch Elon Musk als Kurzzeit-Chef-De-regulierer der Trump-Regierung im vergangenen Jahr stand. Philipp Amthor, der im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung für den von der Bundesregierung ausgelobten „Bürokratierückbau“ mit verantwortlich zeichnet, kann mit solchen rabiaten Methoden nichts anfangen, wie er am Donnerstag im Bundestag deutlich machte. An die Adresse der „Kettensägen-Apologeten“ sagte er: „Wir glauben nicht daran, ohne Sinn und Verstand, ohne Kontext, ohne Maß und Mitte gegen den Staat zu agieren. Wer so agiert, der stiftet Chaos.“ Gegenstand der Debatte im Plenum war der Bericht „über Maßnahmen der Bundesregierung für Bürokratierückbau“ (21/2730), den die Regierung im Rahmen des „Entlastungskabinetts“ Anfang November auf den Weg gebracht hatte. Darin listet sie laufende und geplante Schritte zur Entlastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern auf. Der Bürokratierückbau sei ein zentrales Handlungsfeld der Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung und soll laut Bundesregierung insbesondere dazu beitragen, den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung zu unterstützen. In der laufenden Legislaturperiode seien bisher Vorhaben mit einer Entlastungswirkung von insgesamt mehr als



Im modernisierten Staat sollen Aktenordner der Vergangenheit angehören. Die Bundesregierung will sich aber auch der Regulierung und Bürokratie annehmen, um die Notwendigkeit, Akten anzulegen, zu reduzieren.

© picture alliance / Zoonar | Nerijus Liobe

drei Milliarden Euro jährlichem Erfüllungsaufwand beschlossen worden, heißt es in der Unterrichtung.

Amthor: Umsetzungsproblem wird zum Glaubwürdigkeitsproblem

Entsprechend sah Amthor die Bundesregierung auf einem guten Weg. Sie gehe mit „klarem Kompass“ voran. Das über Jahre bestehende Umsetzungsproblem bei dem Thema sei auch zu einem „Glaubwürdigkeitsproblem der Politik geworden“, warnte Amthor, darum müsse es gelöst werden. Zielbild der Bundesregierung sei ein „schnelles, ein digitales, ein handlungsfähiges Deutschland“. Dafür benötige die Regierung auch die Unter-

stützung der Abgeordneten – als Seismographen, als Treiber und als Verbündete, warb Amthor. Zumindest auf die beiden Koalitionsfraktionen wird sich Amthor vorerst verlassen können. Ein modernisierter, handlungsfähiger und bürokratiearmer Staat sei nicht nur die „beste Wirtschaftsförderung“, betonte Ralph Brinkhaus (CDU), sondern auch Voraussetzung etwa für den Kampf gegen den Klimawandel. Darüber hinaus sei er auch wichtig für die „Akzeptanz der Demokratie“. Wie Amthor betonte auch Brinkhaus, es gebe kein Erkenntnisproblem: „Wir müssen drei Dinge machen: Umsetzen, umsetzen, umsetzen.“ Der Christdemokrat nahm dabei Bundeskanzler, Vizekanzler und die Minister in die

Pflicht: „Keine Organisation, keine Behörde, kein Unternehmen modernisiert sich aus sich heraus, wenn es der Chef nicht will und nicht lebt.“ Staatsmodernisierung sei eine Umsetzungs- und Führungsfrage. „Das lässt sich nicht wegdelegieren“, sagte Brinkhaus. Ähnlich argumentierte Parsa Marvi (SPD). Ein nachhaltiger Durchbruch beim Bürokratieabbau sei nötig, gehe es doch um die „Integrität des Staats“. „Das ist eine Führungsaufgabe, und nur so kann es gelingen“, betonte der Sozialdemokrat. Er forderte die Regierung auf, an dem Thema dranzubleiben und das Ambitionsniveau hochzuhalten. Bürokratieabbau sei kein abgeschlossener Prozess und kein Selbstläufer, sondern bleibe eine Daueraufgabe, sagte Marvi.

Die Oppositionsfractionen zeigen hingegen wenig Vertrauen in die Umsetzungskompetenz der Bundesregierung. Die Zielrichtung sei „absolut lobenswert“, beschied Sebastian Maack (AfD), allerdings leide die Strategie unter einem „grundlegenden Konstruktionsfehler“: Es fehle eine übergeordnete Strategie. Somit verzettelte sich die Bundesregierung im „Dickicht des Kleinkleins“, statt einen echten Paradigmenwechsel und Befreiungsschlag zu wagen. Maack forderte, weg von Planwirtschaft zu gehen und zurück zur Marktwirtschaft: „Wir müssen die Fesseln des Sozialismus sprengen.“ Bei den Linken wunderte man sich vermutlich über Maacks Sozialismus-Diagnose. Anne-Mieke Bremer warf der Bundesregierung im Gegenteil vor, mit ihrer Staatsmodernisierung vor allem die „Entfesselung der Marktmächte“ zu meinen und nicht die Bürger im Blick zu haben. In anderen Bereichen habe die Regierung keine Probleme mit Bürokratie. Bremer sah beispielsweise in der geplanten Reform beim Bürgergeld den Ausbau eines „Kontrollapparats gegen Arme“. „Wenn es um die Profite der Unternehmen geht, nennen sie Regelungen Ballast, wenn es aber um die Drangsalierung von Sozialleistungsempfängerinnen geht, ist ihnen kein Verwaltungsaufwand zu hoch“, kritisierte die Abgeordnete.

Grüne wollen schlauen statt schlanken Staat

Mahnende Worte kamen von den Grünen. Entlastung sei wichtig, es dürfe nicht bei den Vorsätzen bleiben. Es fehle aber der „große Wurf“, die Bundesregierung setze vor allem auf Symptombekämpfung, sagte Moritz Heuberger. Statt beispielsweise Berichtspflichten zu streichen und damit bei Umwelt- und Sozialstandards zu kürzen, müssten Verfahren vereinfacht und digitalisiert werden. „Wir wollen keinen schlanken Staat, der unter dem Gewicht seiner Aufgaben einbricht, sondern wir wollen einen schlauen Staat, der den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist“, sagte der Abgeordnete. Sören Christian Reimer ■

PERSONALIA

**GABRIELE IWERSEN**  
**Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD**  
Am 7. Dezember starb Gabriele Iwersen im Alter von 86 Jahren. Die Diplom-Ingenieurin und Architektin aus Wilhelmshaven trat 1971 der SPD bei, war von 1976 bis 1991 dort Stadtverordnete und von 1986 bis 1991 Bürgermeisterin. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Friesland – Wilhelmshaven arbeitete im Bundestag stets im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit. 1995 wurde sie stellv. Vorsitzende der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“. Iwersen gehörte zudem der Baukommission des Ältestenrats an.

7. DEZEMBER 2025

**HERBERT WOLLMANN**  
**Bundestagsabgeordneter 2021-2025, SPD**  
Am 14. Januar wurde Herbert Wollmann 75 Jahre alt. Der Facharzt für Innere Medizin aus Stendal, SPD-Mitglied seit 1996, war von 1994 bis 1999 Stadtrat in Stendal und ist dort wiederum Mitglied seit 2014. Seit 2014 gehört er zugleich dem Kreistag in Stendal an. Wollmann, Direktkandidat des Wahlkreises Altmärk – Jerichower Land, wirkte im Bundestag im Gesundheits- sowie im Sportausschuss mit.

75 JAHRE

**HERBERT CHRIST**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1976, FDP**  
Am 20. Januar vollendet Herbert Christ sein 85. Lebensjahr. Der Verwaltungsbeamte aus Nürnberg schloss sich 1968 der FDP an, war von 1969 bis 1971 Vorsitzender der dortigen Jungdemokraten und trat 1971 an die Spitze seiner Partei in Nürnberg. Im Bundestag beteiligte sich Christ im Familienausschuss.

85 JAHRE

**HARALD KAHL**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU**  
Harald Kahl begeht am 21. Januar seinen 85. Geburtstag. Der promovierte Chemiker aus Ronneburg/Kreis Greiz trat 1973 der CDU in der DDR bei und amtierte 1990 als stellv. Landesvorsitzender Thüringens. Von 1990 bis 1994 war er Präsident der Stadtverordnetenversammlung Ronneburg. Kahl arbeitete im Bundestag im Umwelt- sowie im Gesundheitsausschuss mit.

85 JAHRE

**WOLFGANG FREIHERR VON STETTEN**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU**  
Am 22. Januar vollendet Wolfgang Freiherr von Stetten sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Unternehmer aus Künzelsau/Hohenlohekreis wurde 1958 Mitglied der CDU. Von 1971 bis 1994 war er Stadtrat in Künzelsau und von 1974 bis 1984 sowie von 1988 bis 1992 Kreistagsmitglied. Der Direktkandi-

85JAHRE

dat des Wahlkreises Schwäbisch Hall – Hohenlohe engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Rechtsausschuss. Als Vorsitzender der deutsch-baltischen Parlamentariergruppe erwarb sich von Stetten große Verdienste um das vergessene Schicksal der deutschen Kriegskinder in Litauen. Sein Sohn Christian gehört seit 2002 dem Bundestag an.

**CAJUS JULIUS CAESAR**  
**Bundestagsabgeordneter 1998-2005, 2007-2009, 2011-2017, CDU**  
Am 22. Januar wird Cajus Julius Caesar 75 Jahre alt. Der Diplom-Forstingenieur aus Kalletal-Westorf/Kreis Lippe schloss sich 1969 der CDU an, war von 1990 bis 2013 Vorsitzender des Kreisverbands Lippe und wurde 1992 in den Vorstand des CDU-Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe gewählt. Von 1980 bis 1999 war er Gemeinderat und von 1984 bis 1999 Mitglied des Kreistags Lippe. Von 1986 bis 1999 gehörte er zudem der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe in Münster an. Caesar wirkte im Bundestag im Umwelt- sowie im Haushaltsausschuss mit. Von 2018 bis 2021 amtierte der forstpolitische Sprecher seiner Fraktion von 2011 bis 2017 als Waldbeauftragter der Bundesregierung.

75 JAHRE

**DOROTHEA SZWED**  
**Bundestagsabgeordnete 1994, CDU**  
Dorothea Szwed wird am 24. Januar 75 Jahre alt. Die Angestellte aus Neuwied wurde 1978 CDU-Mitglied und gehörte von 1989 bis 1999 dem dortigen Kreistag an. Von 1991 bis 1994 stand sie an der Spitze der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Bezirk Koblenz-Montabaur. Szwed rückte im März 1994 für den Abgeordneten Heribert Scharrenbroich in den Bundestag nach.

75 JAHRE

**OLAF SCHWENCKE**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1980, SPD**  
Am 27. Januar vollendet Olaf Schwencke sein 90. Lebensjahr. Der Studienleiter aus Loccum/Kreis Nienburg trat 1960 der SPD bei und war von 1984 bis 1989 dort Unterbezirksvorsitzender. Von 1966 bis 1970 saß er im Kreistag Pinnenberg. Im Bundestag wirkte Schwencke im Städtebau- und im Wissenschaftsausschuss mit. Von 1973 bis 1979 gehörte er der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union sowie von 1979 bis 1984 dem Europäischen Parlament an. Von 1992 bis 1996 war er Präsident der Hochschule der Künste Berlin.

90 JAHRE

**KARL DILLER**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-2009, SPD**  
Karl Diller begeht am 27. Januar seinen 85. Geburtstag. Der Lehrer aus Her-

85 JAHRE

meskeil/Kreis Trier-Saarburg schloss sich 1968 der SPD an. Von 1969 bis 1989 engagierte er sich kommunalpolitisch im Verbandsgemeinderat Hermeskeil und war seit 1973 Kreistagsabgeordneter. Von 1979 bis 1987 gehörte er dem Landtag in Rheinland-Pfalz an. Diller, der im Bundestag im Haushaltsausschuss mitarbeitete, war von 1994 bis 1998 haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von 1998 bis 2009 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

**MARTIN NEUMANN**  
**Bundestagsabgeordneter 2009-2013, 2017-2021, FDP**  
Am 27. Januar wird Martin Neumann 70 Jahre alt. Der promovierte Ingenieur und Hochschullehrer aus Vetschau/Kreis Oberspreewald-Lausitz ist seit 1990 Mitglied der FDP. Von 1990 bis 1994 gehörte er dem ersten Brandenburgischen Landtag an. Im Bundestag betätigte sich der forschungspolitische Sprecher seiner Fraktion im Bildungsausschuss sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Von 2009 bis 2013 war er Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung.

70 JAHRE

**RAINER SPIERING**  
**Bundestagsabgeordneter 2013-2021, SPD**  
Rainer Spiering wird am 27. Januar 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur und Berufsschullehrer aus Bad Rothenfelde/Kreis Osnabrück trat 1976 der SPD bei. Von 1991 bis 2014 war er Ratsherr, gehörte von 1996 bis 2021 dem Kreistag Osnabrück an und stand dort von 2000 bis 2016 an der Spitze seiner Fraktion. Von 2018 bis 2021 war Spiering Sprecher der Ausschussarbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft seiner Bundestagsfraktion. Er betätigte sich im Landwirtschafts- sowie im Bildungsausschuss und war Mitglied der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“.

70 JAHRE

**ALOIS GERIG**  
**Bundestagsabgeordneter 2009-2021, CDU**  
Alois Gerig wird am 30. Januar 70 Jahre alt. Der Landwirtschaftsmeister und Geschäftsführer aus Höpfingen/Neckar-Odenwald-Kreis schloss sich 1997 der CDU an. Seit 1999 ist er Kreistagsabgeordneter. Im Bundestag wirkte Gerig im Landwirtschaftsausschuss mit, an dessen Spitze er von 2015 bis 2021 stand. 2012 wurde er Vorsitzender des Landesfachausschusses „Ländlicher Raum“ der CDU Baden-Württemberg und 2015 Mitglied im Bundesfachausschuss „Landwirtschaft und Ländlicher Raum“ der CDU Deutschland. bmf ■

70 JAHRE





Das Statistische Bundesamt soll zur zentralen Informationsstelle für die Vermittlung von Daten in öffentlicher Hand werden. © picture-alliance/Schoening

Schub für datengetriebene Geschäftsmodelle?

# Blackbox soll sich öffnen

Die Bundesregierung möchte Deutschland zum Vorreiter einer sicheren und innovativen Datenwirtschaft machen – und digitale Schätze heben

Ob beim morgendlichen Joggen mit der Smartwatch, beim Einschalten der Waschmaschine per App oder unterwegs im E-Auto: Immer mehr Geräte produzieren jede Menge Daten. Dass diese ein Rohstoff mit steigendem Wert sind, dürfte im KI-Zeitalter niemanden mehr verwundern. Bislang bleiben die meisten dieser Daten allerdings dort, wo sie entstehen – bei den Herstellern. Für Unternehmen und Verbraucher sind sie oft nicht zugänglich. Dabei ließen sie sich nutzen: für Reparaturen, für Wartung und Analyse, für effizientere Maschinen und höhere Produktivität. Genau darüber hat der Bundestag am Freitag erstmals beraten. Anlass war die erste Lesung von zwei Gesetzentwürfen der Bundesregierung zum Datenzugang und zum Nutzarmachen von Daten für digitale Geschäftsmodelle sowie für Innovation und Forschung. Das betreffe neben Industrie, Mittelstand und Start-ups auch Verbraucher, sagte Digitalminister Karsten Wildberger (CDU). Viel zu oft lägen Daten dort, wo sie entstehen – „hinter einer Wand.“ Genau hier setzten die EU-Verordnungen an, die für mehr Fairness beim Zugriff sorgten und Kooperationen einfacher machten, so der Minister mit Blick auf vernetzte Produkte, Maschinen und die Cloud. Die Gesetzentwürfe übersetzten die europäischen Vorgaben „innovationsfreundlich und ohne Goldplating“, sagte Wildberger und kündigte an, auch die Umsetzung in der Praxis im Auge behalten zu wollen.

Bessere Nutzung von Produkt- und Dienstdaten

Die beiden Gesetzentwürfe dienen der Konkretisierung von EU-Vorgaben im Data Act und im Data Governance Act. Der Data Act der EU enthält Bestimmungen mit dem Ziel, Produktdaten oder Dienstdaten besser nutzen zu können. Das Data Act-Durchführungsgesetz (21/2998) ergänzt die EU-Regeln um nationale Verfahrens-, Zuständigkeits- und Sanktionsregelungen.

Demnach soll die Bundesnetzagentur (BNetzA) als zentrale Anlaufstelle Beschwerden bearbeiten, Ablehnungen von Datenzugangsgesuchen an die EU-Kommission melden, Streitbeilegungsstellen zulassen und die Weitergabe von Daten an Forschungseinrichtungen fördern. Die Aufsicht über datenschutzrechtliche Fragen

» Der Data Act gibt uns Menschen ein Stück Entscheidungsmacht über erzeugte Daten zurück.

JEANNE DILLSCHNEIDER (GRÜNE)

soll bei der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit liegen. Der Data Governance Act verfolgt das Ziel, die Entwicklung eines Datenbinnenmarktes und einer vertrauenswürdigen und sicheren Datengesellschaft und -wirtschaft voranzutreiben. Der Gesetzentwurf für das Daten-Governance-Gesetz (21/3544) soll den nationalen Rahmen für die Weiterverwendung geschützter Daten der öffentlichen Hand, für Datenvermittlungsdienste und für datenaltruistische Organisationen schaffen – also Stellen, die Daten für gemeinwohlorientierte Zwecke spenden. Zuständige Behörden sollen hierfür die Bundesnetzagentur und das Statistische Bundesamt werden. Die Netzagentur soll unter anderem für die Anmeldung und Registrierung sowie die Überwachung zuständig sein. Das Statistische Bundesamt wird zur zentralen Informationsstelle und soll öffentliche Stellen bei der Entscheidung über die Weiterverwendung geschützter Daten unterstützen. Rückendeckung für die Vorlagen kam aus den Reihen der schwarz-roten Koalition: Die Digitalpolitikerin Ronja Kemmer (CDU) sagte, diese verbesserten die Grundlage für eine moderne und souveräne Datenökonomie. Carolin Wagner (SPD) sprach von einem

„guten digitalpolitischen Regelwerk, das Datenschutz, Innovation und Wettbewerb in ein sorgfältiges Gleichgewicht“ bringe. Sie regte an, im parlamentarischen Verfahren sicherzustellen, dass die Bundesnetzagentur während des gesamten Beschwerdeverfahrens Ansprechpartner sei. Kritik kam aus der Opposition: Michael Kaufmann (AfD) kritisierte, dass die EU-Verordnungen längst geltendes Recht seien und nationale Parlamente die Vorlagen nur noch abnickten. Besonders kritisch sehe er, dass der Data Act es Behörden erlaube, den Zugang zu Daten zu erzwingen – etwa bei Notlagen wie Naturkatastrophen oder Pandemien –, führte Kaufmann aus. Zudem schüfen die Regelungen neue Bürokratie, verursachten hohe Kosten und entzögen der Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte.

Grüne sehen Daten als Machtinstrumente

Auf die übergeordnete Ebene des Themas verwies Jeanne Dillschneider (Grüne). Daten seien eine „große geopolitische Machtfrage unserer Zeit“, sagte sie – angefangen von Tiefsee-Datenkabeln über Satelliten bis hin zu medizinischen Geräten im Alltag wie vernetzten Insulinpumpen oder Blutdruckmessern. „Der Data Act gibt uns Menschen ein Stück Entscheidungsmacht über erzeugte Daten zurück“, sagte sie. Mit Blick auf die Gesetzentwürfe kritisierte Dillschneider, dass die Bundesnetzagentur ausreichend Ressourcen brauche. Die bisher veranschlagten Mittel halte sie nicht für ausreichend. Darauf verwies auch Sonja Lemke (Linke). Sie monierte, dass der Data Act rein wirtschaftlich gedacht sei und Nutzerinnen und Nutzern nicht das Recht gebe, vollständig über diese Daten zu verfügen. „So bleiben die meisten IoT-Geräte kleine Spione im Wohnzimmer“, sagte Lemke. Am Data Governance Act bemängelte die Abgeordnete, dass ein Rechtsanspruch auf Bereitstellung bestimmter Daten als Open Data fehle.

Lisa Brühlner

Strengere Vorgaben für politische Werbung

# Widerstand gegen Transparenzregeln

AfD spricht von Verzerrung des politischen Wettbewerbs

Die AfD verlangt die Aufhebung der EU-Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung. In ihrem Antrag (21/3609), über den der Bundestag am Donnerstag debattierte, fordert sie die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat für die Aufhebung der Verordnung einzusetzen und die Arbeit am Gesetzentwurf zur nationalen Umsetzung einzustellen. Das Bundeskabinett hat den Entwurf im Dezember beschlossen, er befindet sich jedoch noch nicht im parlamentarischen Verfahren. Mit der Forderung nimmt die AfD nach dem Digital Services Act, der ebenfalls schärfere Vorschriften für Digitalkonzerne vorsieht, nun ein weiteres europäisches Digitalgesetz ins Visier. Die Vorschriften wurden unter anderem als Reaktion auf den Skandal um „Cambridge Analytica“ und Facebook erlassen. Das britische Unternehmen soll durch massenhafte Auswertung von Nutzerdaten des sozialen Netzwerks die US-Präsidentenwahl 2016 und das Brexit-Referendum in Großbritannien beeinflusst haben.

Google und Meta lassen Anzeigen nicht mehr zu

Die Transparenzregeln für kostenpflichtige politische Werbung wurden 2024 beschlossen und gelten seit dem 10. Oktober 2025 in der EU. Laut EU-Kommission sollen Bürgerinnen und Bürger bezahlte politische Werbung – online und offline – besser erkennen und von anderen Inhalten, etwa redaktionellen Inhalten oder politischen Meinungen, unterscheiden können. Gezielte politische Online-Werbung an ausgewählte Adressaten (sogenanntes „Targeting“) unterliegt zudem strengerem Transparenzaufgaben. Personenbezogene Daten dürfen nur dann für politische Werbung verwendet werden, wenn eine ausdrückliche Zustimmung erteilt wurde. Ziel ist es auch, gezielte Einflussnahme aus dem Ausland, etwa auf Wahlprozesse oder Referenden in der EU, zu verhindern. Bereits im Sommer hatten große Plattformen und Werbevermarkter wie etwa die Facebook- und Instagram-Mutter Meta angekündigt, politische Anzeigen und Werbung in der EU nicht mehr zuzulassen. Begründet wurde dieser Schritt mit „nicht praktikablen Anforderungen“ und Rechtsunsicherheiten. Was als „politische Werbung“ gelte, lasse sich kaum verlässlich abschätzen, so der US-Konzern. Auch der Google-Mutterkonzern Alphabet teilte mit, nur noch bestimmte politische Inhalte auf seinen Plattformen, zuzulassen. Diese Kritik greift die AfD auf. Ruben Rupp kritisierte in der Debatte den

„bewusst weit gefassten Begriff der politischen Werbung“ und sprach von der „gezielten Ausschaltung politischer Wettbewerber“. Betroffen seien primär neue Parteien, oppositionelle Kräfte, Kandidaten und Thinktanks, die auf digitale Reichweite angewiesen seien, sodass man von einer Verzerrung des politischen Wettbewerbs sprechen könne, sagte Rupp.

SPD: AfD versucht seit Monaten, die EU zu diskreditieren

Das wiesen alle anderen Fraktionen scharf zurück: Unionspolitiker Konrad Körner (CSU) betonte, dass der Grundgedanke der Verordnung, Transparenz zu verlangen, richtig sei: Plattformen entschieden mit Reichweite über die Wirkung politischer Inhalte. Dennoch sei die Ausgestaltung der Verordnung „in Teilen überbürokratisiert“ und erzeuge Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten, die in der Praxis nicht umsetzbar seien. Der AfD warf Körner Unglaubwürdigkeit vor, da sie im EU-Parlament nicht gegen den Entwurf gestimmt habe. Auch Johannes Schätzl (SPD) sagte, die Verordnung sei mit Sicherheit „kein perfektes Instrument“ und müsse evaluiert und praktikabel ausgestaltet werden. Doch der AfD gehe es nicht um eine Verbesserung: Sie versuche seit Monaten, die EU zu diskreditieren. Er betonte, es brauche Transparenzregeln, denn diese seien eine Antwort auf serielle Probleme, wie etwa verdeckte Einflussnahme ausländischer Mächte oder Microtargeting. Scharfe Kritik kam von Anna Lührmann (Bündnis 90/Die Grünen): Die AfD liefere jeden Tag Gründe dafür, warum es mehr Transparenz bei der politischen Werbung brauche. Die Abgeordnete verwies auf die kürzlich von den USA verhängten Einreisesperren gegen fünf Europäerinnen, darunter die Geschäftsführerinnen der Organisation HateAid, und fragte die AfD: „Haben Sie die deutschen Staatsbürgerinnen Josephine Ballon und Anna-Lena von Hodenberg an die US-Regierung verraten?“ Donata Vogtschmidt (Linke) kritisierte soziale Netzwerke als „Profitmaschinen für wenige Digitalkonzerne“, die mit der Manipulierbarkeit unserer Meinung ungeheure Mengen Geld verdienten. „Gerade vor Wahlen sollten wir uns alle daran erinnern, dass vom Cambridge Analytica-Skandal bis hin zur Bevorzugung der AfD auf der Plattform ‚X‘ eine Gefahr für unsere Demokratie ausgeht“, betonte sie. Die Verordnung nannte sie einen „schwachen Versuch“, die schädlichen Folgen von Online-Werbung zu bremsen. Sie bleibe Symptombekämpfung. lbr



Seit Oktober muss in der EU jede politisch finanzierte Werbung eindeutig als solche gekennzeichnet sein. © picture alliance / photothek.de | Florian Gaertner



US-Kongress und Donald Trump

Aufstand vorerst abgeblasen

Bei den Republikanern im US-Senat flackert Widerspruch gegen den Kurs des Präsidenten in der Außenpolitik auf – allerdings nur kurzzeitig

Es kommt nicht oft vor, dass sich der US-Senat anschickt, einem Präsidenten in Fragen von Krieg und Frieden die Grenzen aufzuzeigen. In dieser Woche drohte Donald Trump für kurze Zeit genau das. Mit einer parteiübergreifenden Initiative zur „War Powers Resolution“ von 1973 wollten Senatoren beider großer Parteien weiteren militärischen Alleingängen Donald Trumps gegen Venezuela – ohne ein vorheriges Mandat des Kongresses – einen Riegel vorschieben. Am Ende scheiterten sie am Mittwochabend knapp mit 51:50-Stimmen. Vize-Präsident JD Vance war als Präsident des Senats das Zünglein an der Waage. Weil ursprünglich fünf Republikaner in einer prozeduralen Verfahrensabstimmung gemeinsame Sache mit den Demokraten gemacht hatten, lag vorübergehend eine Niederlage für Trump in der Luft, der seit Beginn seiner zweiten Amtszeit vor einem Jahr seine präsidentiellen Befugnisse massiv zu Lasten des Parlaments ausgedehnt hat. Er sieht dabei den republikanischen Teil des Kongresses als Abnickmaschine seiner Agenda. Trump reagierte deshalb mit öffentlichen Beschimpfungen und Abwahl-Drohungen darauf, dass die konservativen Parlamentarier Susan Collins (Maine), Lisa Murkowski (Alaska), Rand Paul (Kentucky), Josh Hawley (Missouri) und Todd Young (Indiana) der Linie des demokratischen Initiatoren Tim Kaine gefolgt waren, der feststellte: „Die Verfassung gibt dem Kongress die Macht, Krieg zu erklären, nicht dem Präsidenten allein.“ Über sein digitales Megafon „Truth Social“ ließ Trump wissen: „Die Republikaner sollten sich für die Senatoren schämen, die gerade mit den Demokraten gestimmt haben, um uns unsere Befugnisse zum Kampf und zur Verteidigung der Vereinigten Staaten von Amerika zu nehmen.“ Collins, Murkowski, Paul, Hawley und Young „sollten nie wieder in ein Amt gewählt werden“.



Beamte der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA führen Anfang Januar Nicolás Maduro ab, den durch US-Truppen zuvor gekidnappten Machthaber Venezuelas. Demokratische und einige republikanische Senatoren sehen in dieser Kommandoaktion einen Präzedenzfall und pochen auf Mitsprache des US-Kongresses in Fragen von Krieg und Frieden.

© picture-alliance/dpa/Reuters/Adam Gray

Kaine und die republikanischen Abweichler sprachen hingegen von einem „Präzedenzfall Venezuela“. Wenn ein Präsident ohne Konsultation eine Kommandoaktion anordnet, bei der ein ausländisches Staatsoberhaupt, Nicolás Maduro, und dessen Frau Cilia Flores gekidnappt und in die USA gebracht würden, sei die Schwelle zum Krieg politisch überschritten – auch ohne Marschbefehl für Bodentruppen. Das Parlament wolle nicht noch einmal „hineinschlafwandeln in endlose Konflikte“, sagte der ehemalige Vize-Präsidentschaftskandidat Kaine, der für den Bundesstaat Virginia im Senat sitzt. Er erinnerte daran, dass die „War Powers Resolution“ von 1973 die Antwort auf Vietnam und Richard Nixons geheime Bombardierungen in Kambodscha war. Seither gilt, dass der Präsident den Kongress binnen 48 Stunden über militärische Interventionen informieren muss und ohne dessen Zustimmung nach 60 Tagen keine Truppen im

Auslandseinsatz lassen darf. In der Praxis haben Präsidenten beider Parteien diese Grenzen immer wieder überdehnt. Trump dagegen hält die War Powers Resolution für grundlegend „verfassungswidrig“ und „eine Gefahr für die nationale Sicherheit“. Entscheidungen über Leben und Tod dürften „nicht von Politikern in Washingtoner Hinterzimmern“ getroffen werden, sondern allein vom „Oberbefehlshaber, der das Ganze überblickt“, behauptet er. Für den Kongress geht es um institutionelle Selbstachtung. Damit war der Kern des Konflikts benannt: Für den Kongress ging es vorübergehend um institutionelle Selbstachtung, um das in Artikel I verankerte Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Für Trump geht es um den Anspruch, Sicherheitspolitik als persönliche Domäne zu begreifen. Er hat

mehrfach betont, nur seine eigene „Moralität“ und sein eigenes „Denken“ könnten ihn begrenzen. Verfassungsrechtliche Beschränkungen sind ihm eine störende Last genauso wie das Völkerrecht. Am formalen Kräfteverhältnis hätte eine erfolgreiche Resolution jedoch wenig geändert. Selbst wenn der Senat und später das Repräsentantenhaus sie in identischer Form verabschiedet hätten, wäre Trumps Veto programmiert gewesen – ohne eine realistische Chance auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Kongresses für eine Überstimmung. Der Gesichtsverlust durch eine von den eigenen Leuten herbeigeführte Niederlage blieb Trump am Ende komplett erspart. Zwei der fünf Abweichler – Josh Hawley und Todd Young – gaben dem massiven Druck des Weißen Hauses nach und zogen ihre anfängliche Zustimmung zu einer Trump einhegenden Resolution zurück. Sie begründeten dies im Kern mit Zusicherungen

von Außenminister Marco Rubio. Danach seien zum jetzigen Zeitpunkt keine US-Militärs in Venezuela im Einsatz, was eine Resolution gegenstandslos mache. Zum anderen habe Rubio versichert, dass die Regierung den Kongress vorab informieren werde, sollte Trump dennoch den Einsatz von US-Streitkräften in Venezuela befehlen. Die Demokraten bezweifeln die von der Regierung versprochene Transparenz. Sie werfen Hawley und Young de facto Feigheit vor, während Collins, Murkowski und Paul bei ihrer Linie blieben. Ob sich das Weiße Haus weiter darauf verlassen kann, dass eine kritische Minderheit von Republikanern am Ende weiter in Reih und Glied läuft, ist offen. Demokraten basteln bereits an einer neuen Resolution. Diesmal geht es um etwaige Militär-Aktionen gegen Grönland und den Iran. Dirk Hautkapp ■

Der Autor ist US-Korrespondent für die Funke-Mediengruppe.

Iran-Politik der Bundesregierung

Abgeordnete fordern mehr als Worte

Angesichts der brutalen Niederschlagung der Proteste im Iran wächst im Bundestag der Druck auf die Regierung, entschlossen zu handeln

Drei Wochen dauern die Massenproteste gegen das autoritäre Mullah-Regime im Iran inzwischen an. Mehr als 3.500 Demonstrierende sollen dabei laut Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen von Sicherheitskräften getötet worden sein, mehr als 10.000 verhaftet. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat dieses brutale Vorgehen scharf verurteilt und die Führung in Teheran angefordert, die Gewalt sofort einzustellen. Ihm zufolge will sich die Bundesregierung außerdem für eine Ausweitung der EU-Sanktionen gegen iranische Regierungsvertreter einsetzen. Doch zahlreichen Bundestagabgeordneten reicht das nicht. Gegenüber dieser Zeitung fordern sie die Bundesregierung auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Protestbewegung zu unterstützen und politisch gegen das Mullah-Regime vorzugehen. Humanitäre Visa und sofortiger Abschiebestopp in den Iran „Solidarität darf nicht bei Worten enden, sondern muss sich in entschlossenem Handeln ausdrücken“, betont Adis Ahmetovic (SPD). Er fordert klare politische Konsequenzen – neben

weiteren EU-Sanktionen auch „konkrete Schutzmaßnahmen für die iranische Zivilgesellschaft, wie humanitäre Visa, ein Abschiebestopp und Unterstützung beim Umgehen von Internetsperren“. Zugleich müsse der internationale Druck aufrechterhalten werden, um eine atomare Bewaffnung des Irans zu verhindern. „Jede Solidarisierung mit dem iranischen Volk, die uns nicht ist, muss erbracht werden“, meint auch Norbert Röttgen (CDU). Die Menschen im Iran wollten Freiheit statt Terror. Aus Sicht von Markus Frohnmaier (AfD) sollte die Bundesregierung, „in Deutschland aktive islamistische Netzwerke mit Verbindungen nach Teheran verbieten, ihre Finanzierungswege unterbrechen und zusammen mit Partnern in der Region den politischen Druck auf Teheran erhöhen“. Politische Veränderungen müssten jedoch „aus der iranischen Gesellschaft selbst heraus entstehen“, betont er. Ein Regimewechsel von außen sei nicht Aufgabe deutscher Außenpolitik. Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) hält es für geboten, „sichtbare Solidarität mit iranischen Aktivistinnen und Aktivisten zu zeigen“.

Die Bundesregierung müsse daher Vertreterinnen und Vertreter der iranischen Zivilgesellschaft „dringend einladen“. Außerdem spricht er sich für einen sofortigen Abschiebestopp nach Iran, das Einfrieren der Vermögenswerte von Regimevertretern in Europa und eine gerichts feste Dokumentation der Verbrechen aus. Dafür müsse die Bundesregierung sich für ein verlängertes Mandat der UN-Fact-Finding-Mission einsetzen. Heimliche Straßenaufnahme von Protesten in der Stadt Karadj: Wegen der vom Regime verhängten Internetsperre dringen kaum Informationen nach außen

Einen Abschiebestopp und eine Unterstützung der Fact-Finding-Mission hält auch Cansu Özdemir (Die Linke) für geboten. Ihr zufolge reicht es nicht mehr, Appelle zu formulieren. „Die Bundesregierung muss endlich entschlossen handeln und Druck auf den iranischen Botschafter ausüben.“ Ihre Fraktion hat dazu auch einen Antrag (21/3612) eingebracht, der am Freitag nach erster Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Dass sich Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) und die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas inzwischen nicht nur für neue Sanktionen einsetzen wollen, sondern auch für die in der EU seit Jahren kontrovers diskutierte Listung der Islamischen Revolutionsgarden als Terrororganisation, stößt im Bundestag auf positive Resonanz. „Das ist überfällig“, meint unter anderem Norbert Röttgen. Er fordert, die Namen der EU-Staaten zu veröffentlichen, die das bisher verhindern, „damit sie sich rechtfertigen müssen“. Omid Nouripour lobt den neuen Anlauf. Die Revolutionsgarden seien „das militärische Rückgrat des Regimes“ und unterdrückten die eigene Bevölkerung. Linken-Politikerin Özdemir begrüßt den Schritt auch deshalb, weil damit anders als bei Sanktionen „nicht die Bevölkerung, sondern das Regime die Folgen zu spüren bekommt“. Die Einstufung als Terrororganisation hätte weitreichende Folgen für den Iran. Sie ermöglicht Reiseverbote für Mitglieder, das Einfrieren von Vermögenswerten sowie ein Verbot, den gelisteten Gruppen Gelder zur Verfügung zu stellen. Johanna Metz ■

© picture-alliance/SIPA



Wahlmarathon 2026

# Für Donald Trump geht es um die Wurst

In Ungarn und Israel könnte es für Orbáns und Netanjahus Parteien knapp werden. Auch die republikanische Mehrheit im Kongress ist in ungewiss

In Europa stehen 2026 richtungsweisende Wahlen an: In sechs Ländern, darunter Dänemark, Schweden und Ungarn, wird das nationale Parlament neu bestimmt. Bei den vier größten EU-Mitgliedern Frankreich, Italien, Spanien und nicht zuletzt Deutschland stehen Regional- oder Kommunal- beziehungsweise Landtagswahlen ins Haus. Auch außerhalb Europas sind Weichenstellungen in Sicht: Das gilt für Israels Wahl zur Knesset, für Abstimmungen in Brasilien und Kolumbien und erst recht für die Zwischenwahl in den USA, die über den weiteren Kurs von US-Präsident Donald Trump mitentscheiden wird.

Kopf-an-Kopf-Umfragerennen in Budapest

Mit Spannung blickt man in den EU-Hauptstädten aber zunächst auf die Parlamentswahl in Ungarn, die voraussichtlich im April 2026 stattfindet: Gelingt es dem seit 2010 regierenden Premier Viktor Orbán und seiner recht nationalen Koalition aus Fidesz und der KDNP nochmals, eine Mehrheit und damit ein Mandat für vier Jahre weiteres Regieren zu holen? In Umfragen liefert sich die oppositionelle konservative und proeuropäische Tisza-Partei von Péter Magyar ein Kopf-An-Kopf-Rennen mit Orbáns Partei. Bei der Wahl werden die 199 Abgeordneten der ungarischen Nationalversammlung (Országgyűlés) für eine Legislaturperiode von vier Jahren neu gewählt. Zuletzt gab es Kritik aus der ungarischen Opposition an einem Neuzuschnitt der Wahlkreise, der Orbáns Fidesz-Partei begünstigen würde. Ebenfalls zur Wiederwahl stellt sich in Schweden im September die Koalition von Premierminister Ulf Kristersson und seiner liberal-konservativen Moderaten Sammlungspartei. Kristersson hatte nach der Reichstagswahl 2022 eine Minderheitenregierung mit Christdemokraten und Liberalen gebildet, die sich von den nationalistischen Schwedendemokraten tolerieren lässt. In den Umfragen liegen nun die Sozialdemokraten stabil vorne mit 30 Prozent plus, gefolgt von den Schwedendemokraten mit gut 20 und den Moderaten mit knapp 20 Prozent. Blicke es so, hätte die sozialdemokratische Oppositionsführerin Magdalena Andersson wohl die Wahl zwischen einer großen Koalition mit den Moderaten oder einem Mitte-Links-Bündnis mit Grünen und Zentrumspar-tei.

Dänemark und Grönland unter Druck

Bis spätestens Ende Oktober muss in Dänemark ein neues Folketing gewählt werden: Dem Parlament in Kopenhagen gehören 179 Abgeordnete an, darunter je zwei von den Färöer-Inseln und Grönland als autonome Bestandteile des Königreichs. Die amtierende Ministerpräsidentin Mette Frederiksen von den Sozialdemokraten registriert seit 2022 in einem Bündnis mit der sozialliberalen Venstre-Partei und den konservativ-liberalen Moderaten. Lange Zeit galt ihr Spagat zwischen Grenzen setzender Einwanderungspolitik und linker Sozialpolitik als ein mögliches Erfolgsrezept für dar-bende sozialdemokratische Parteien. In den Umfragen liegt Frederiksens Partei zwar nach wie vor mit rund 20 Prozent vorn, auf Erfolgskurs sind aber auch die linksgrüne „Socialistisk Folkeparti“ sowie die mit libertären Tönen punktende Liberale Allianz. Zehn Parteien könnten nach heutigem Stand den Sprung über die Zwei-Prozent-Hürde schaffen. Wer auch immer dann den Schlüssel für den Premier-Amtssitz im Kopenhagener Schloss Christiansborg in der Hand hat: Sie oder er dürfte weiter unter dem massiven Druck von US-Präsi-



US-Präsident Donald Trump im Kapitol nach seiner Wiederwahl im März 2025. Bei den anstehenden Zwischenwahlen für den Kongress im November sind die für ihn bequemen republikanischen Mehrheiten in Senat und Abgeordnetenhaus alles andere als gewiss.

© picture-alliance/dpa/CNP/AdMedia



In Ungarn will bei den Parlamentswahlen im April der dezidiert proeuropäische Oppositionspolitiker Peter Magyar dem seit 2010 ununterbrochen regierenden Premier Viktor Orbán das Feld streitig machen. Umfragen sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

© picture-alliance/dpa/Anadolu/Robert Nemeti

dent Donald Trump stehen. Dieser hat gerade erst wieder den Gebietsanspruch der USA auf Grönland untermauert – was Dänemark und Europäer scharf zurückweisen. „Wenn die USA beschließen, ein anderes Nato-Land anzugreifen, ist alles vorbei“, sagte Ministerpräsidentin Frederiksen.

Ungewisse Zukunft für Premier Netanjahu in Israel

Israel wählt bis spätestens 27. Oktober ein neues Parlament mit 120 Abgeordneten – und stimmt damit auch über die Ausrichtung des Landes nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 ab. Der derzeitige israelische Premierminister, Benjamin Netanjahu, will erneut bei der Wahl antreten. Mit fortschreitender Kriegsdauer und rund um die Frage der Freilassung der von der Hamas entführten Geiseln war der Chef der konservativen „Likud“-Partei jedoch massiv in die Kritik geraten. Seit Jahren setzt er auf eine Zusammenar-

beit mit rechten, ultraorthodoxen und antiliberalen Parteien. Umfragen sehen seine Partei jedoch aktuell vor der zweitplatzierten Partei des Oppositionskandidaten und ehemaligen Ministerpräsidenten Naftali Bennett. Die Debatte um die politische Zukunft Israels dreht sich auch um Grundsatzfragen: Sicherheitspolitik, der Umgang mit Gaza und dem Westjordanland, die Rolle ultra-orthodoxer Parteien und die Stabilität der Demokratie. Große Tragweite dürften im November 2026 die Zwischenwahlen (Midterms) in den USA haben: Nach dem „Super Tuesday“-Wahltag im November 2024 triumphierte nicht nur Donald Trump mit dem Wiedereinzug ins Weiße Haus, seine Republikaner sicherten sich auch die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses. Im Herbst gewählt werden das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel der Sitze des Senats. Gelänge es den Demokraten in beiden Kammern, die Mehrheit zu erobern, würde dies die Spielräume für Trumps Präsi-

denschaft erheblich einschränken. Im Zusammenspiel mit dem Alter des Amtsinhabers und der laut US-Verfassung nicht mehr möglichen erneuten Kandidatur hätte Trump dann wohl mit dem Etikett einer „lame-duck“-Präsidenschaft zu kämpfen.

Schwingt das Pendel in den USA zurück zu den Demokraten?

Dürfte, würde, wäre, hätte: Was sich wohl die meisten Staats- und Regierungschefs in Europa wünschen – eine Abkehr von Trumps erratischer, disruptiver Politik und eine Bekräftigung des transatlantischen Bündnisses – könnte sich als Wunschdenken entpuppen. Das gilt nach Meinung mancher Beobachter der US-Politik selbst dann, wenn das Pendel von Trumps „America first“ beginnend mit den Midterms wieder zu den Demokraten zurückschwingen würde. In einer Reihe von Nachwahlen für einzelne Senats- und Abgeordnetensitze hatten

die Demokraten in den vergangenen Monaten zwar leicht Oberwasser. Andererseits steht die Partei in der Kritik, nach der Niederlage 2024 noch nicht zu neuer Geschlossen- und Entschlossenheit gefunden zu haben. In einem Punkt dürfte sich auch 2026 ein Satz von Bill Clintons Präsidentschaftskampagne aus dem Jahr 1992 wahlentscheidend bewahrheiten: „It’s the economy, stupid.“ Viele Amerikaner beklagen steigende Lebenshaltungskosten durch Inflation und die Zollpolitik ihres Präsidenten. Beim Thema „affordability“ („Erschwinglichkeit“) muss Trump bis zu den Zwischenwahlen liefern, wenn er die für ihn bequemen republikanischen Mehrheiten im Kongress halten möchte. In den Umfragen haben die Demokraten derzeit knapp die Nase vorn. Weitere Wahlstationen in Europa: In Portugal sind die Bürgerinnen und Bürger Mitte Januar zur Präsidentschaftswahl aufgerufen. Amtsinhaber Marcelo Rebelo de Sousa kann verfassungsgemäß nicht mehr antreten. Bulgarien, das soeben den Euro eingeführt hat, dürfte nach dem Rücktritt der Regierung im Dezember wahrscheinlich vor der Wahl einer neuen Nationalversammlung stehen – es wäre die siebte Abstimmung seit 2021.

In Armenien steht eine entscheidende Weichenstellung an

In Lettland bestimmen die Wähler spätestens im Oktober über ein neues Parlament und damit über die Zukunft der seit 2023 regierenden Premierministerin Evika Siliņa und ihrer liberal-konservativen Partei „Vienotība“. In Slowenien stellt sich das seit 2022 regierende Bündnis von Ministerpräsident Robert Golob aus Sozialliberalen, Sozialdemokraten und Linken der Wahl. In Bosnien und Herzegowina stehen Anfang Oktober das Staatspräsidium, das föderale Repräsentantenhaus, die beiden Entitätsparlamente und die Versammlungen der zehn Kantone in der Föderation zur Wahl. Vor einer entscheidenden Weichenstellung stehen im Juni die Wählerinnen und Wähler in Armenien. Nach der Militäroffensive Aserbaidschans gegen die abtrünnige Republik Arzach im Gebiet Berg-Karabach und der Flucht von mehr als 100.000 bisher dort lebenden Armeniern im Jahr 2023 ringt Armenien um seine Identität und seine Perspektiven. Premierminister Nikol Paschinjan und seine Partei „Zivilvertrag“ versuchen nach einem Friedensschluss mit Aserbaidschan im Jahr 2025 mit einem pragmatischen Kurs das Land von russischer Abhängigkeit und aus der jahrzehntelangen verbitterten Feindschaft mit Aserbaidschan zu lösen, stoßen damit aber innenpolitisch auf erhebliche Widerstände, teils auch in der einflussreichen armenischen Diaspora.

200 Millionen Wahlberechtigte in Brasilien und Kolumbien

In Südamerika stehen Wahlen in den einwohnerreichsten Ländern an: Knapp 200 Millionen Wahlberechtigte können ihre Stimme abgeben. In Brasilien will sich der linke Amtsinhaber Luiz Inácio Lula da Silva im Oktober ein viertes Mal um das Präsidentenamt bewerben. Prominenter Herausforderer ist Flavio Bolsonaro, rechtsgerichteter Senator und ältester Sohn des wegen eines Putschversuchs im Jahr 2023 verurteilten Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro. In Kolumbien kann der linke Präsident Gustavo Petro im Mai laut Verfassung nicht mehr antreten. Überschattet wird der Wahlkampf um seine Nachfolge von einem tödlichen Attentat auf den rechten Petro-Kritiker Miguel Uribe Turbay im Sommer 2025. Beherrschendes Thema ist die öffentliche Sicherheit, die sich in Petros Amtszeit verschlechtert hat.

Alexander Heinrich ■



Kulturhauptstadt in der Slowakei

# Kunst unter Druck

Trenčín in der Slowakei ist in diesem Jahr Kulturhauptstadt Europas. Sie teilt sich den von der EU vergebenen Titel mit dem finnischen Oulo. Für die kleine westslowakische Stadt eine große Chance: Mit ihrer lebendigen Kulturszene soll sie zum Aushängeschild für die Slowakei werden. Gleichzeitig bringt die nationalistische Regierung unter Premier Robert Fico mit ihrer Kahlschlagpolitik in Kultur und Medien Zehntausende gegen sich auf

Auf den Keller ist Juraj Benda besonders stolz. Von der Eingangshalle des prachtvoll renovierten Kulturzentrums Hviezda geht es eine breite Treppe hinunter, und schon steht Benda zwischen Werkbänken voller 3D-Drucker und Fräsen. Hinter ihm steht ein professionelles Filmstudio, und er schaut auf all die Apparate und strahlt: „Mein Traum ist es, einen Platz zu schaffen, an dem Modedesigner, Architekten, Filmemacher ihre Ideen ausprobieren können“, sagt er. „Sie sollen die Chance haben, hier in Trenčín zu bleiben.“

Kulturhauptstadtjahr soll den sozialen Zusammenhalt stärken

Strukturwandel durch Kultur – das ist eines der Leitmotive, wenn das westslowakische Trenčín 2026 – nach der feierlichen Eröffnung vom 13. bis 15. Februar – zur europäischen Kulturhauptstadt wird. Das Kulturzentrum Hviezda ist eines der Aushängeschilder der Stadt: ein funktionalistischer Paradebau, der erst kürzlich saniert wieder eröffnet wurde – und jetzt mit Café, Ausstellungsräumen, zwei großen Theatersälen und eben der Werkstatt zu einem Magneten werden soll. „Wir haben hier schon jetzt in

Spitzenzeiten 70 Veranstaltungen im Monat“, sagt dessen Leiter Juraj Benda. Mit seinem Angebot richtet sich das Kulturzentrum vor allem an die Bürgerinnen und Bürger von Trenčín, und damit passt es gut zu den Zielen, die viele in der Slowakei mit dem Kulturhauptstadtjahr verbinden: Es soll Zusammenhalt entstehen, vielleicht sogar so etwas wie eine Aufbruchstimmung. Das kulturelle Großereignis fällt in der Slowakei in eine politisch aufgeheizte Zeit. Unter dem linkspopulistischen Premierminister Robert Fico, der zusammen mit Nationalisten regiert, ist die Slowakei auf Konfrontationskurs mit der EU und der Nato gegangen. Doch die gleichzeitige Hinwendung zu Moskau ist im Land denkbar umstritten: Seit Monaten gehen Tausende regelmäßig zu Protesten auf die Straße, zuletzt kamen in Bratislava Ende November mehr als 50.000 Demonstranten zusammen. Im Fokus der Kritiker steht ausgerechnet auch die Kulturpolitik. Unter der nationalistischen Ministerin Martina Šimkovičová wurden in beinahe allen staatlichen Institutionen die Leitung aus politischen Gründen entlassen und die finanzielle Unterstützung für Kulturprojekte im ganzen Land zusammengestrichen (siehe Interview rechts), auch in

Trenčín. Ein Projekt mit internationaler Strahlkraft wie das Kulturhauptstadtprogramm anzutasten, hat sich die Regierung hingegen zurückgehalten – das meiste Geld dafür kommt ohnehin aus Brüssel. „Die Nervosität, das Misstrauen und der fehlende soziale Zusammenhalt sind an einem kritischen Punkt“, urteilt Stanislav Krajčí, der Direktor der Kulturhauptstadt-Gesellschaft. Sein Team will dagegenhalten, und Trenčín ist dafür ein symbolträchtiger Ort: In der 55.000-Einwohner-Stadt befindet sich einer der größten Standorte der slowakischen Armee. „Die Kultur ist eine wichtige Munition“, sagt Krajčí. „Demokratische Werte oder

auch die Europäische Union sind ohne Kultur undenkbar.“ Im Kulturhauptstadtjahr soll deshalb nicht die Hochkultur dominieren; die Kultur soll zum Mittel werden, um das Leben, um den Austausch in der Stadt zu befördern. „Wir arbeiten auch auf den Straßen – ein Festival für die Stadt, so nennen wir das.“ Der öffentliche Raum von Trenčín soll zur Bühne werden, die jeden dazu einlädt, mitzumachen. Mit Stadtviertel-Festen, mit Kleinkunst und jeder Menge Aktionen speziell für die Einwohner wird dieses „Community-Building“, wie es offiziell heißt, eine der tragenden Säulen des Programms sein. Trenčín ist eine idyllische Stadt: In der Altstadt herrscht im Sommer beinahe mediterrane Atmosphäre, vor fast jedem Haus stehen im Zentrum die Tische von Straßencafés. In der Mitte des ovalen Hauptplatzes mit seinen barocken und Renaissance-Gebäuden erhebt sich

die Mariensäule und hoch darüber thront majestätisch die mittelalterliche Burg auf einem Berg, zu der ein steiler, schmaler Weg hinaufführt. Aus dem Jahr 179 nach Christus stammt das älteste Zeugnis der

Kreative bringen neues Leben in alte Fabrikhallen

Lange Jahre war Trenčín eine Modestadt: Eine der großen Textilfirmen der Slowakei hatte hier ihren Sitz; inzwischen ist sie geschlossen. Und wer ein paar Kilometer herausfährt aus der Stadt, kommt in den Nachbarort Partizánske. Dort baute der tschechische Schuh-Fabrikant Jan Antonín Bata in den 1930er-Jahren eine gewaltige Fabrikanlage, eine Niederlassung seiner Firma mit Sitz in Zlín, das über die tschechische Grenze 100 Kilometer entfernt ist. Er setz-

te auf strenge Standardisierung: Schachbrettgleich entstanden durchnummerierte Fabrikhallen, ringum ließ Bata eine neue Stadt entstehen mit Kirche und kleinen, praktischen Häusern für die Angestellten. Das Industrieareal ist längst verwaist. „Ist das nicht herrlich hier“, ruft Katarina Jančíková, die mitten in einer der leeren Fabrikhallen steht. Fensterscheiben fehlen, zugig ist es, die Jahrzehnte des Leerstands haben Spuren hinterlassen. Jančíková hat das nicht abgeschreckt. Die junge Frau hat mit ihrer Bürgerinitiative die Halle kurzerhand gekauft. „Das war unser langjähriger Traum, wir wollten damit diese Räume retten“, sagt sie. Die leere Fabrikhalle wird damit zu einem Sinnbild für den Strukturwandel: Statt der Industriearbeiter setzt die Kreativen hier arbeiten. „Wir wollen, dass das Gebäude lebt. Es ist jetzt schon schön, wir müssen dafür nicht auf die Renovierung warten“, erzählt sie. Am anderen Ende von Partizánske hat Katarina Jančíková mit ihren Mitstreitern auch eines der Bata-Wohnhäuser übernommen, die der Schuhpatron für seine Arbeiter erbauen ließ, und es zum Museum umgebaut. Große Pläne hat sie auch für die Fabrikhalle: Ateliers sollen einziehen, Ausstellungsräume, ein Veranstaltungsraum. „Wir machen das alles mit dem Hintergedanken, junge Leute zum Hierbleiben zu inspirieren“, sagt Katarina Jančíková. Bislang ziehen viele nach ihrem Schulabschluss weg – Bratislava ist nicht weit, Wien gut erreichbar und auch zu größeren



Wir machen das alles mit dem Hintergedanken, junge Leute zum Hierbleiben zu inspirieren.

KATARINA JANČÍKOVÁ



© Kilian Kirchgeßner





Neue Fußgängerzone, renovierte Museen, bunte Fassaden: Trenčín mit seiner Altstadt und mittelalterlichen Burg will attraktiver werden für Touristen wie Einheimische. Gerade in ländlichen Regionen der Slowakei ist die Abwanderung groß. © Kilian Kirchgeßner

tschechischen Städten wie Brunn ist es nur ein Katzensprung. Und wer einmal weg ist, das haben sie hier in der Slowakei immer wieder festgestellt, der kommt so schnell nicht mehr zurück.

#### Slowakei leidet seit Jahren unter Abwanderung junger Menschen

Tatsächlich ist die Abwanderung eines der großen Probleme des Landes. Viele locken die besser ausgestatteten Hochschulen im Ausland, nicht wenige kehren ihrer Heimat auch wegen der politischen Situation den Rücken. Während es in der Hauptstadt Bratislava noch eine liberale Szene gibt, in der sich viele jüngere Slowakinnen und Slowaken gut aufgehoben fühlen, bluten vor allem die ländlichen Regionen des Landes regelrecht aus. Das ist eine Entwicklung gegen die sich auch Juraj Benda, der Chef des Kulturzentrums Hviezda in Trenčín, mit Werkstatt und Filmstudio stemmt. Wenn junge Leute hier ihr Unternehmen gründen können, so sein Kalkül, wenn sie hier im Keller ihre Prototypen mit modernsten Maschinen bauen können, dann bleiben sie in Trenčín oder kommen sogar von anderswo hierher. Was wie ein Wunschtraum klingt, hat in der Slowakei bereits funktioniert: Als im Jahr 2013 Košice als erste Stadt des Landes zur europäischen Kulturhauptstadt wurde, läutete das tatsächlich eine Trendwende ein. Die Stadt ganz im Osten an der ukrainischen Grenze ist lebendiger, attraktiver und auch wirtschaftsstärker geworden. Welche Kraft der Titel der Kulturhauptstadt

entfaltet, lässt sich in Trenčín schon jetzt mitten in der Altstadt besichtigen. Dort erhebt sich die Synagoge, die 1913 mit ihrer riesigen Kuppel und den farbenprächtigen Wandmalereien erbaut wurde – „als Symbol für die selbstbewusste jüdische Gemeinde hier vor Ort“, wie es Tomáš Michalik nennt, der stellvertretende Direktor des Stadtmuseums in Trenčín. Nach den Verheerungen und Zerstörungen des 20. Jahrhunderts – erst durch die Faschisten, dann durch die Kommunisten – wurde die Synagoge nun aufwendig renoviert. Die kräftigen Farben unter der Kuppel und an den Wänden strahlen wieder, das Gebäude dient nun gleichermaßen als Veranstaltungsraum für

Konzerte und Ausstellungen und zum Gebet. Denn auch die jüdische Gemeinde ist nach langen Jahren des Stillstands wieder neu gegründet worden, derzeit zählt sie 60 Mitglieder. Und vor allem: Sie wächst – durch Geburten ebenso wie Trenčiner Familien, die während der kommunistischen Jahre ihre jüdischen Wurzeln aus Angst vor Repressionen versteckten. Von einem „kleinen Wunder“ sprechen die Tren-



Die restaurierte Synagoge wurde kurz vor Beginn des Kulturhauptstadtjahres am 9. November als Gebetshaus und Veranstaltungsort wiedereröffnet. © Kilian Kirchgeßner

činer Juden angesichts der unverhofften Renaissance ihrer Gemeinde. Diese Aufbruchstimmung soll im Kulturhauptstadtjahr die ganze Stadt erfassen, hoffen sie in Trenčín.

Kilian Kirchgeßner

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Tschechien und der Slowakei.

#### Interview mit Michal Hvorecky

## »Was die Ministerin anrichtet, ist brutal«

Der slowakische Schriftsteller verurteilt die autoritäre Kulturpolitik der Fico-Regierung als zerstörerisch

**Herr Hvorecky, als die slowakische Regierung vor 2023 ins Amt kam, befürchteten viele einen kulturellen Kahlschlag. War das übertrieben?**

Leider nein. Es ist brutal, was die nationalistische Kulturministerin Martina Šimkovičová seither angeordnet hat. Die öffentlich-rechtlichen Sender wurden zu Medien der staatlichen Propaganda umgebaut. Die Änderungen sind jetzt schon sichtbar.

#### Inwiefern?

Es gibt zum Beispiel im öffentlich-rechtlichen STVR-Fernsehen kaum noch Debatten mit kritischen Gegenstimmen. Premierminister Robert Fico darf in der Primetime lange Monologe halten. Der bekannte Journalist Michal Havran, der mit seiner Talkshow wichtige gesellschaftliche und kulturelle Fragen am späten Abend aufgriff, wurde entlassen, zahlreiche andere Redakteurinnen und Redakteure auch – oder sie gingen selbst aus Protest.

**Wurden Kultureinrichtungen in ähnlicher Weise zum Opfer staatlicher Eingriffe?**

Ja, besonders gravierend ist, dass die transparente Finanzierung der Kultur eingestellt wurde. Der unabhängige Kunst-Förderfonds, über den Theaterhäuser, regionale Kulturträger, literarische Verlage und Ausstellungshäuser unterstützt und Stipendien gezahlt werden, wird jetzt politisch kontrolliert und zensiert. Zudem wurde die Führungsriege der wichtigen Kultureinrichtungen des Landes gegen Getreue der Kulturministerin ausgetauscht. So sind den Einrichtungen internationale Netzwerke und reputierte Fachleute verloren gegangen.

**Betreffen die Abberufungen nur die großen Institutionen in der Hauptstadt Bratislava?**

Hier ging es los, etwa bei der Direktorin der Nationalgalerie und dem Direktor des Nationaltheaters. Inzwischen kam es aber in allen Regionen zu Abberufungen. Eines der jüngsten Opfer war Alžbeta Lukáčová, die Chefdramaturgin der Oper in Banská Bystrica, die ihr Haus zu einer Institution von überregionaler Bedeutung entwickelt hat. Sie war vor Ort eine prominente Stimme der Proteste gegen die Regierung – und wurde jetzt ohne Begründung gefeuert.

**Seit Monaten gehen die Menschen dagegen auf die Straße...**

... aber der Fokus der Demonstrationen hat sich verändert: Am Anfang der Protestwelle ging es vor allem um die Kulturpolitik. Inzwischen steht die russlandfreundliche Außenpolitik im Mittelpunkt. Und es geht um die jüngsten Korruptions-Skandale, um die Zweckentfremdung von EU-Geldern. Im November gingen allein in Bratislava 50.000 Menschen auf die Straße.

**Kulturministerin Šimkovičová will eine „nationale slowakische Kultur.“ Baut sie die Institutionen in diese Richtung um?**

Viele warten darauf, dass sie eine Strategie für konservative oder nationalistische Kultur vorstellt. Davon hört man aber kaum etwas. Im Moment geht es offenbar nur um die Zerstörung von transparenten demokratischen Strukturen, die über Jahrzehnte gewachsen sind und sehr gut funktionierten. Dass stattdessen etwas Neues entsteht – mit welchem Schwerpunkt auch

immer –, das ist nicht zu sehen. Dafür hatte die Ministerin aber zum Beispiel ein Depot für sämtliche Kunstsammlungen in der Slowakei geplant, das mitten im Niemandsland im Osten des Landes hinter Košice für mehrere Millionen Euro gebaut werden sollte und von Fachleuten als unsinniges Projekt bezeichnet wurde. Als herauskam, dass die Grundstücke dafür einem Parteifreund der Kulturministerin gehören, der sie zum Zehnfachen des Marktwertes verkaufen wollte, war das Projekt erstmal gestorben.

**Was bewirken die fortgesetzten Angriffe in der Kulturszene?**

Die Frustration ist gewaltig. Alle haben gehofft, dass die Massenproteste gegen die radikale Ministerin zu ihrem politischen Ende führen, aber das hat nicht funktioniert. Die Drei-Parteien-Koalition von Fico hat nur eine hauchdünne Mehrheit. Wenn er die Ministerin eines Koalitionspartners abberufen würde, könnte dies das Ende der Regierung bedeuten. Die Kulturministerin ist dadurch quasi unantastbar. Es ist aber noch eine andere Reaktion unter Kulturschaffenden zu beobachten.



Michal Hvorecky

© picture-alliance/F. May

#### Nämlich?

Eine große Solidarität. Die Angriffe schweißen die Kulturszene zusammen. Und es findet eine Ausweichbewegung statt: Während die staatlichen Einrichtungen gegängelt werden, blühen Institutionen unter regionaler oder städtischer Trägerschaft auf. Die Stadt Bratislava etwa hat ein etwas höheres Kulturbudget für das kommende Jahr verabschiedet. Das kann zwar den entstandenen Schaden bei weitem nicht ausgleichen – aber es sind Zeichen, die Mut machen.

**Keine einfache Ausgangslage für eine slowakische Kulturhauptstadt. Was erwarten Sie von Trenčín 2026?**

Für Trenčín ist das Projekt eine riesige Chance. Ob die renovierte Synagoge oder die neue Fußgängerzone – schon jetzt hat die Kulturhauptstadt bleibende Spuren hinterlassen. Trenčín hat viel Potenzial. Nur eine Stunde Zugfahrt von Bratislava entfernt, hat die Stadt eine starke Tradition der Kreativwirtschaft und der Modeindustrie. Das renommierte Musikfestival Pohoda findet seit 30 Jahren dort statt. Hoffentlich macht die rechte Kulturpolitik das nicht kaputt.

Das Gespräch führte Kilian Kirchgeßner. ■

Michal Hvorecky ist einer der bekanntesten Autoren in der Slowakei. Er gehört zu den schärfsten Kritikern der aktuellen slowakischen Kulturpolitik.



500 Jahre Deutscher Bauernkrieg

Ein Meilenstein der Freiheitsgeschichte

Der Aufstand der Bauern im Jahr 1525 hinterließ tiefe Spuren in der politischen und sozialen Entwicklung Deutschlands

Gerade ist ein Jubiläumsjahr zu Ende gegangen, das in der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet wurde. In einer Zeit multipler Krisen stoßen Geschichten über eine längst vergangene und gewalttätige Epoche auf wenig Interesse. Gleichwohl zählt der Bauernkrieg vor 500 Jahren zu den prägenden Ereignissen der deutschen Geschichte. Zu Recht würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Aufstand der Bauern, aber auch von Städtern und Bergleuten, gegen die Feudalherrschaft von Adel und Klerus als „Meilenstein der deutschen Freiheitsgeschichte“. Die Massenerhebung von 1525, die sich über weite Teile Süd- und Mitteldeutschlands ausbreitete, legte erste Grundsteine für jene Menschenrechte, die rund 400 Jahre später in der UN-Menschenrechtscharta von 1948 festgeschrieben wurden. Bis zur Französischen Revolution 1789 sollte es in Europa keinen vergleichbaren Aufstand mehr geben. Die Bewertung der Ereignisse erfolgte allerdings zunächst durch die am Ende siegreiche Obrigkeit. Dass das epochale Ereignis nach seiner blutigen Niederschlagung nur als „Bauernkrieg“ in die Geschichte eingegangen sei, werde seiner Bedeutung nicht gerecht, betonte Bundespräsident Steinmeier anlässlich des zentralen Festakts „500 Jahre Zwölf Artikel“ am 15. März 2025 in Memmingen. Es sei wichtig, heute „die gesamtdeutsche Geschichte der Freiheit“ zu erzählen, auf die „wir wirklich stolz sein können und stolz sein sollten“.

Die Bedeutung der »Zwölf Artikel« für die Entwicklung Europas

Der Bauernaufstand hinterließ tiefe Spuren in der politischen und sozialen Entwicklung Europas. Vor 500 Jahren erhoben 50 Vertreter ober-schwäbischer Bauern in Memmingen mit den „Zwölf Artikeln“ grundlegende politische, soziale und wirtschaftliche Forderungen, darunter das Verbot der Leibeigenschaft, das Recht auf Selbstbestimmung, für Gerechtigkeit und Menschenrechte. Jahrhunderte später fanden sie Eingang in die christliche Soziallehre und die Soziale Marktwirtschaft. Eng verbunden mit der Geschichte des Bauernkrieges ist zudem die Reformation in Deutschland. Vor allem der Streit, der zwischen deren gemäßigten und den radikalen Vertretern, insbesondere zwischen Martin Luther und dem jungen Thomas Müntzer, ausgetragen wurde, stand immer wieder im Fokus der Historiker. Friedrich Engels und später die Ideologen der DDR machten aus Müntzer den ersten deutschen Revolutionär. Historiker wie der renommierte Bauernkriegs-Experte Peter Blickle interessierten sich vor allem für die „verfassunggebende Bauernversammlung“ in Memmingen von 1525. Andere Historiker bezeichnen sie als deutsches „Bauernparlament“, das die „Zwölf Artikel“ verabschiedet hatte. Vor 25 Jahren ordnete sie der damalige Bundespräsident Johannes Rau gar als „Monument der deutschen Freiheitsgeschichte“ ein. Arti-



Im Bildsaal des Panorama-Museums Bad Frankenhausen (Thüringen) schauen sich Besucher das Monumentalgemälde »Frühbürgerliche Revolution in Deutschland« des Malers und Grafikers Werner Tübke (1929-2004) an. Das 14 mal 123 Meter große Bauernkriegspanorama zählt zu den größten Tafelbildern der Welt.

© picture-alliance/ZB/Waltraud Grubitzsch

kel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sei ein fernes Echo dieser Artikel. Neben Ausstellungen in einigen wenigen regionalen Museen erinnerten vor allem die deutschen Verlage an das 500-jährige Jubiläum des Bauernkrieges. Sie würdigten dieses Ereignis mit einer Vielzahl überaus lesenswerter Bücher.

Verhandlungsbereite Bauern und die Rolle ihrer Frauen

Die Gerda-Henkel-Preisträgerin Lyndal Roper gehört zu den besten Kennern der Reformation. Neben ihrer gelungenen Biografie über Martin Luther legte sie mit ihrem Buch „Für die Freiheit“ ein neues Standardwerk über den Bauernkrieg von 1525 vor. Zu Beginn des Buches stellt sie einfache Fragen: Wie war es, während des Bauernkrieges zu leben? Was bedeutete es für einen Bauer, wenn er seinen Acker und sein Dorf verließ, sich einem der aufständischen Bauernhaufen anschloss und seine Existenz aufs Spiel setzte? Die damalige gesellschaftliche Ordnung habe nicht auf Treuebanden beruht, sondern auf Ausbeutung, betont Roper. Zudem zeigt die Historikerin auf, dass sich die aufständischen Bauern zumeist

erstaunlich gewaltfrei verhielten und auf Verhandlungen setzten, obwohl sie massiv bedrängt wurden: „Sie demütigten ihre Herren, töteten sie aber nicht.“ Die Rache ihrer Herren konnte dies jedoch nicht mildern. Die Historiker zählen rund 100.000 Tote. Roper entschlüsselt den Bauernkrieg als eine Massenbewegung, indem sie die einfachen Menschen in den Mittelpunkt ihres gut lesbaren Buches rückt. Sie schildert die Ziele, Leidenschaften und Träume, die die Bewegung antrieben, regional jedoch sehr divergierten. Die programmatischen Schriften ihrer Anführer, insbesondere ihre politischen Ziele, unterscheiden sich in den einzelnen Landesteilen. Durchgängig wichtig hingegen war jedoch die Rolle des „Weibervolkes“ während „der Revolution des gemeinen Mannes“. Schließlich wäre der Aufstand kaum möglich gewesen, hätten die Frauen die Höfe nicht weiter bewirtschaftet. Weniger überzeugend sind hingegen Ropers Versuche, den Aufständischen auch ökologische Motive zuzuschreiben. Eine überaus prächtige, allgemein verständlich geschriebene Enzyklopädie der „wilden Handlung“ veröffentlichte Gerd Schwerhoff, Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an

der TU Dresden. Seinen „Zunft“-Kollegen wird es schwerlich gelingen, diese quellenreiche und detaillierte Studie zu übertreffen. Die chronologisch aufgebaute Darstellung schildert aus unterschiedlichen Perspektiven die Ereignisse vor und während des Bauernaufstandes, inspiriert durch die Reformation und niedergeschlagen durch die Herrschenden – nicht zuletzt mit der tatkräftigen Unterstützung Martin Luthers, der zur Niederschlagung des Aufstands aufgerufen hatte. Besonders bedenkenswert sind Schwerhoffs Überlegungen zu den Folgen und zur Einordnung des Bauernkrieges, den er nicht als Revolution begreift.

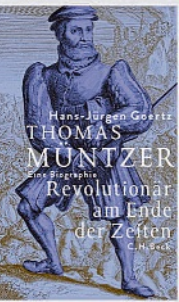
Luther und Müntzer im Widerstreit über die aufständischen Bauern

Luther forderte ebenso wie der Reformator Philipp Melanchthon den Gehorsam der Bauern gegenüber der Obrigkeit. Dem widersprach Thomas Müntzer, so dass seine Rolle insbesondere während der Ost-West Konfrontation ideologisch interpretiert wurde. In die Geschichte ging er unter anderem ein als Apokalyptiker, Außenseiter der Reformation, Redner der Revolution, Sozial-Revolutionär, Mystiker, Terrorist, Knecht Gottes,

Prophet, Fanatiker, Aufrührer, Bilderstürmer oder Teufel aus Altstadt. Er selbst nannte sich „Thomas Müntzer, der für die Wahrheit in der Welt kämpft“. Der Historiker Hans-Jürgen Goertz begleitet Müntzer in seiner empfehlenswerten Biografie durch dessen kurzes und dramatisches Leben. Müntzers auf Deutsch gehaltenen Predigten zogen bis zu 2.000 Bauern in ihren Bann. Goertz interpretiert ausführlich seine Schriften und gibt so einen Einblick, wie sich die Reformation vor allem in den unteren Gesellschaftsschichten entwickelte.

Der Buchdruck machte den Aufstand zum Medienereignis

Der Bauernkrieg konnte sich nicht zuletzt wegen der Revolutionierung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg so schnell ausbreiten. Bekannt sind allein etwa 25.000 gedruckte Exemplare der „Zwölf Artikel“. Wer sich für diese publizistische Dimension des Aufstands interessiert, dem sei das Buch „Der Bauernkrieg als Medienereignis“ von Thomas Kaufmann ans Herz gelegt. Der Bauernkrieg „wurde mit verbalen, visuellen und typographischen Waffen geführt und operierte mit Bildern und Erwartungen des Bauern, die als kulturelle Ressource verfügbar waren“, schreibt der Professor für Kirchengeschichte an der Universität Göttingen. Kaufmann beleuchtet den komplexen Mechanismus der Verbindungen und Interaktionen zwischen bäuerlichen und städtischen Aufständischen, die Beteiligung Lese- und Schreibkundiger, der Drucker und Buchführer sowie die Teilnahme des niederen Adels und des Klerus. Insgesamt analysiert er rund 250 Drucke, die den Kern der Bauernkriegspublizistik ausmachen und stellt fest, dass die berühmten „Zwölf Artikel“ und die sogenannte „Memminger Bundesordnung“ das Initialereignis des Aufstands waren. Ohne die rasante Verbreitung dieser Texte und die Reaktionen darauf wäre es nicht zum Aufstand gekommen: „Der Bauernkrieg gab es, weil er medial initiiert und inszeniert wurde.“ Christian Pantle, Chefredakteur des Magazins „G/Geschichte“, bietet dem Leser mit seinem Buch über den „großen Volksaufstand“ eine meinungsstarke Einordnung des Geschehens. In den „Zwölf Artikeln“ der Bauern sieht er ein „Kommunistisches Manifest 1525“ und den Entwurf einer Verfassung von menschenrechtlicher Kraft, wie sie bis 1848 in deutschen Ländern nicht mehr verfasst werden sollte. Die Versammlung der Bauernschaft in Memmingen begreift er als ein erstes deutsches Volksparlament. Aus heutiger Sicht überlagert der 30-jährige Krieg (1618 bis 1648) mit mehreren Millionen Tote die Erinnerung an den Bauernkrieg. Umso wichtiger ist seine Berücksichtigung in der deutschen Verfassungsgeschichte: Pantle stellt zu Recht eine Verbindung her vom Bauernparlament in Memmingen über die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 bis zur Weimarer Verfassung von 1919 und zum Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949. Aschot Manutscharjan ■



Hans-Jürgen Goertz: Thomas Müntzer. Revolutionär am Ende der Zeiten. C.H. Beck, München 2025; 352 S., 29,90 €



Thomas Kaufmann: Der Bauernkrieg. Ein Medienereignis. Herder, Freiburg 2024; 544 S., 35,00 €



Christian Pantle: Der Bauernkrieg. Deutschlands großer Volksaufstand. Propyläen, Berlin 2024; 335 S., 22,00 €



Lyndal Roper: Für die Freiheit. Der Bauernkrieg 1525. S. Fischer, Frankfurt/M. 2024; 672 S., 36,00 €



Gerd Schwerhoff: Der Bauernkrieg. Geschichte einer wilden Handlung. C.H. Beck, München 2025; 720 S., 34,00 €



Die westdeutsche Gesellschaft der 50er und 60er Jahre

Als die Bäuche »rund und runder« wurden

Harald Jähner legt mit »Wunderland« die junge Bundesrepublik und die Wirtschaftswunderjahre zur Tiefenanalyse auf die Couch

Sie heißen Monika, Hans-Peter, Sabine oder Jürgen und gehen bald in Rente oder sind es schon: Viel wird über die Generation der sogenannten „Boomer“ gesagt und geschrieben, selten aber rücken die Jahre in den Blick, in denen sie geboren wurde und aufwuchs. Der Journalist und mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnete Sachbuchautor Harald Jähner, der Vorname verrät es, auch er ist ein „Boomer“, hat mit seinem Buch „Wunderland“ ein packendes Sittenbild der Gründerzeit der Bundesrepublik zwischen 1955 bis 1967 vorgelegt. Die „Kinderjahre“ der Republik stehen bei Jähner für den rasanten Wandel von einer Nachkriegsgesellschaft der Konformität und des Mangels zu einer Gesellschaft des Überflusses und der Nivellierung zwischen unten und oben: Die „Wirtschaftswunder“-Jahre, so die These, waren der Aufschwung eines Landes „auf der Suche nach sich selbst“, ein Land im Kaufrausch und des scheinbar unbeschwerten Wohlstandszuwachses, mit Waschzwang und autogerechten Städten, der Neigung zum hemmungslosen Abschlagen von Stuckfassaden und einem geradezu pathologischen Arbeitseifer, der nicht nur der Philosophin Hannah Arendt verdächtig vorkam.

Als „selbst-stressierendes, permanent nach vorne stürzendes Sorgensystem“ hat der Philosoph Peter Sloterdijk diese Welt einmal beschrieben. Jähner liefert mit feuilletonistischem Blick eine Beschreibung von Reklamekampagnen, Design, Mode, Schlagertexten, Wohninterieurs und Versandhauskatalogen, Film-Vaterfiguren und Mütterbildern. Es ist ein regelrechter Röntgenblick: Diese Oberflächen haben häufig ein beunruhigendes Innenleben.

In den Wohnstuben übernahm der Fernseher die Regie

Mit der Formsprache des Kanzlerbungalows in Bonn und des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe präsentiert die Architektur eine „geläuterte Nation“, „gelassen, transparent, nüchtern, zeitlos angenehm“ – und offenbarte zugleich einen „Bescheidenheitskomplex“, eine zur Schau gestellte Musterknabenhaftigkeit. Jähner

Ein Land im Kaufrausch und des scheinbar unbeschwerten Wohlstandszuwachses: Persil-Reklame im Jahr 1956. »Persilschein« wurden die Entlastungszeugnisse bei Entnazifizierungsverfahren der Alliierten genannt.

© picture alliance/dpa/ Fotoreport Henkel



blickt in die Wohnstuben, in denen der „Fernseher die Regie übernahm“. Das Gerät brachte beunruhigende Nachrichtenbilder ins heimische Idyll und wurde mit Häkeldecken bestückt oder bei Nichtgebrauch in verschließbaren Holztruhen versteckt. In dem Land, in dem die „Bäuche rund und runder“ wurden (Wolfgang Neuss), nimmt Jähner viel Unausgesprochenes, Unausgestandenes wahr: In den Monaten, als in Frankfurt die Auschwitzprozesse verhandelt wurden, „wurde Cassius Clay Boxweltmeister. Die Peking Oper gastierte in Deutschland, die Stiftung Warentest wurde gegründet, Siv Malmkvist Schlager ‚Liebeskummer lohnt sich nicht‘ führte die Hitparade an, und die Wirtschaftsinstitute sahen erneut optimistisch in die Zukunft (...). Dazwischen immer wieder Gaskammern, Krematorien. Leichenberge. Es

gab keine Routinen, damit fertigzuwerden. Auschwitz machte fassungslos.“ Jähner ist ein aufmerksamer Beobachter, der mit ausgeprägtem Sinn für kulturgeschichtlich originelle Quellen seinen Stoff arrangiert. Dazu gehört wie in seinen Büchern „Wolfszeit“ über die Nachkriegszeit und „Höhenrausch“ über die Weimarer Republik auch hier wieder eine exzellent kuratierte Bildauswahl. „Erzählendes Sachbuch“ hat der Literaturwissenschaftler Erhard Schütz solche Bücher benannt: Werke, die sich literarischer Erzähltechniken bedienen, dabei aber streng bei den Fakten bleiben – und gerade deshalb so fesselnd sind. Bei Jähner scheint das etwa in umwerfenden miniaturhaften Beschreibungen des rostbraun unter einer Qualmglocke pfeifenden Ruhr-

gebiets auf, dem Herzen des Wirtschaftswunders („Einmal geschnäuzt – Brikett in der Hand“, betitelte der WDR damals einen Beitrag). Oder in einem treffend skizzierten Porträt der „Halbstarken“, die mit ihren Mopeds herumknattern, lieber „Soldatensender“ als Intellektuellen-Hörstücke im Südwestfunk hören, schief an den Straßenecken herumlungern. „Sie hielten ihre Zigaretten mit der Glut nach innen in der Hand und zogen daran, als saugten sie den ganzen Ernst des Lebens auf einmal in ihren knöchernen Leib.“ Wenn die Väter nicht brüllten, dann schwiegen sie. „Ihr mit eurem Hitler“ hieß die Antwort auf „Ihr mit eurem Elvis“. Jähners „Wunderland“ legt die Gründerjahre der Republik zur Tiefenanalyse auf die Couch und liefert damit einen klugen Beitrag zur Gegenwart: Alte Ge-

wissheiten sind ins Rutschen gekommen. Eine irgendwie überschaubare, sich klein machen dürfende Bundesrepublik gibt es nicht mehr, Parteien wie die AfD haben aus der Sehnsucht nach ihr ein politisches Geschäft gemacht. „Wunderland“ zeigt eindrucksvoll, wie doppelbödig diese vermeintlich heile alte Welt gewesen ist. Alexander Heinrich ■



Harald Jähner: Wunderland. Die Gründerzeit der Bundesrepublik 1955-1967. Rowohlt Berlin, Berlin 2025; 480 S., 32,00 €

KURZ REZENSIIERT

Die Schattenseiten des Milliardengeschäfts mit unserem Müll

Ob Handy, Drucker oder Waschmaschine – einmal defekt, ist der Ersatz schnell bestellt und geliefert. Das Altgerät entsorgt oftmals der Händler. Doch wo und wie genau, das interessiert die meisten Verbraucher kaum. Dabei zeigt allein ein Blick in die Statistik, dass da etwas nicht stimmt: Seit Jahren sinkt in Deutschland die Menge des gesammelten Elektroschrotts, während die Zahl der verkauften Neugeräte steigt. Wo bleibt der Rest? Alexander Clapp untersuchte das genauer. Zwei Jahre lang folgte der Journalist den Spuren des Abfalls der westlichen Zivilisation – Giftmüll, Elektroschrott und Plastik – über fünf Kontinente hinweg. Das Ergebnis seiner Recherchen ist keine leichte Lektüre. Clapps Buch „Der Krieg um unseren Müll“ beleuchtet die Schattenseiten des internationalen Handels mit Müll, einem Milliardengeschäft, an dem die Hochfinanz wie das Organisierte Verbrechen Interesse zeigen. Müllhandel, das belegt das Buch, ist kein neues Phänomen, aber eines mit nach wie vor verheerenden



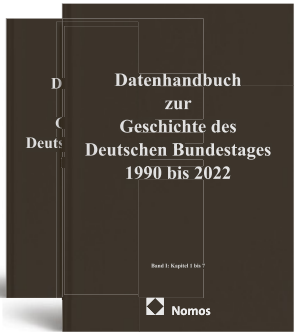
Alexander Clapp: Der Krieg um unseren Müll. Abgründe eines globalen Milliardengeschäfts. S. Fischer, Frankfurt/M. 2025; 400 S., 26,00 €

Folgen für Umwelt und Gesundheit. Seit Jahrzehnten exportieren reiche Länder Abfall in arme Länder im globalen Süden – oder, wie im Fall der Bundesrepublik, nach Osten. Nach dem Motto „Dreck gegen Devisen“, schaffte sie in den 1970er und 1980er Jahren Westberlins Müll zum kleinen Preis in die DDR. War es zunächst Giftmüll, von dem sie sich viele westliche Staaten auf ähnliche Weise entledigten, kamen später Plastik und Elektrogeräte hinzu. Das Basler Abkommen von 1989 beschränkt zwar als erstes internationales Regelwerk dieser Art

die Ausfuhr von Giftmüll in Entwicklungsländer. Doch Plastik und Elektroschrott werden bis heute dorthin aus vielen Ländern ganz legal zum Recycling transportiert. Was die giftigen Zusätze des sich meterhoch auftürmenden Plastiks auf der indonesischen Insel Java Wasser und Nahrung belasten, wie Arbeiter etwa im ghanaischen Elektroschrott-Slum Agbogbloshie oder in der Abwrackwerft im türkischen Aliaga tagtäglich Gesundheit und Leben riskieren, weil sie beim Zerlegen von Maschinen und Schiffen Schwermetallen und giftigen Gasen schutzlos ausgesetzt sind. Was dagegen tun? Clapp fordert eine Debatte darüber, was wir eigentlich wegwerfen. Vieles davon enthalte Gift- und Schadstoffe, die „viele Aspekte des ‚Recyclings‘ als das enthüllen, was es ist“, so Clapp: „die Fortsetzung des Giftmüllhandels“, der doch schon als überwunden galt. Sandra Schmid ■

Anzeige

Die deutsche Parlamentsgeschichte erstmals vollständig aufbereitet



Michael F. Feldkamp  
Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2022  
Band I: Kapitel 1 bis 7  
Band II: Kapitel 8 bis 26  
2 Teilbände 2025,  
2.392 S., geb., 30,- €  
ISBN 978-3-7560-3626-4  
E-Book 978-3-7489-5557-3

Das zweibändige Standardwerk enthält alles Wissenswerte über die Geschichte, Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages im Zeitraum von 1990 bis 2022. Tabellarische Übersichten, Chroniken, Statistiken, Grafiken, Namenslisten und Literaturverzeichnisse werden in einzigartiger Vollständigkeit präsentiert.

Auch verfügbar auf [inlibra.com](https://www.inlibra.com)

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)





ORTSTERMIN: BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN VERLEIHT PREIS

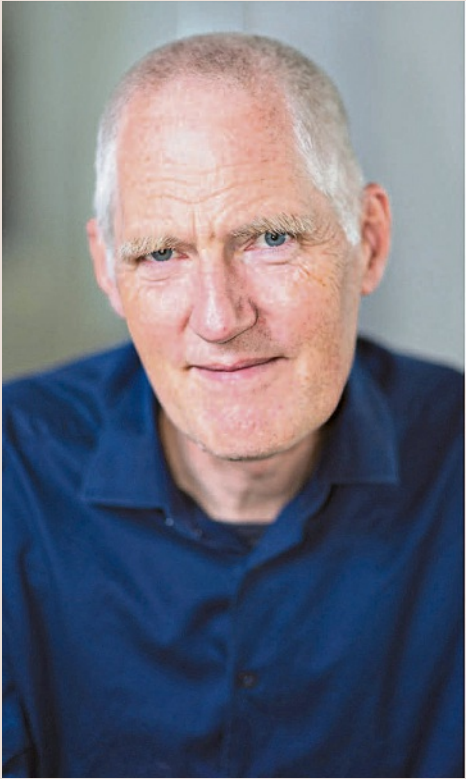
Auszeichnung für Doku über AfD-Aussteiger

Für seine Dokumentation »Wir waren in der AfD« hat der Journalist Jan N. Lorenzen den Medienpreis des Deutschen Bundestages erhalten

Warum tritt jemand in die AfD ein, engagiert sich in der 2013 gegründeten Partei und beschließt nach einiger Zeit, wieder auszutreten? Dieser Frage ist der Autor und Regisseur Jan N. Lorenzen in einem 90-minütigen Film nachgegangen, den die ARD am 18. Januar 2024 erstmals ausgestrahlt hat. Fünf jüngere ehemalige Parteimitglieder und der frühere Parteivorsitzende Jörg Meuthen berichten darin von ihren Erlebnissen in der Partei und den Beweggründen, sie wieder zu verlassen. Für die Dokumentation »Wir waren in der AfD – Aussteiger berichten« hat Bundestagspräsidentin Julia Klöckner dem Journalisten den Medienpreis Parlament 2025 des Deutschen Bundestages verliehen. Es ist nicht der erste Preis, den Lorenzen für die Dokumentation erhalten hat; Lorenzen erhielt dafür bereits den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis, den Bayerischen Fernsehpreis »Blauer Panther« sowie den Siebenpfeiffer-Preis. Für den verhinderten Preisträger nahm Olaf Jacobs, der Produzent des Beitrags, die Urkunde des mit 5.000 Euro dotierten Preises entgegen. »Wir haben versucht, einen Prozess der Radikalisierung zu erzählen. Es war ein mühsamer Weg«, erinnerte sich Jacobs im Gespräch mit Katharina Hamberger vom Deutschlandfunk, Mitglied der neunköpfigen unabhängigen Jury des Medienpreises.

Jury würdigt »herausragende Rechercheleistung«

»Stern«-Chefredakteurin Miriam Hollstein, ebenfalls Jurymitglied, würdigte die »herausragende Rechercheleistung« Lorenzens. In intensiven Gesprächen gelinge es ihm, die Gründe für die Ein- und Austritte offenzule-



Bundestagspräsidentin Julia Klöckner mit den Nominierten für den Medienpreis Parlament 2025: links Nicolas Richter (Süddeutsche Zeitung), rechts Andrea Maurer und Christiane Hübscher (beide ZDF); vorne Olaf Jacobs, der die Urkunde stellvertretend für den Preisgewinner Jan N. Lorenzen (Bild links) entgegennahm.



© MDR/Markus Stein (L) / DBT/Inga Haar (r)

gen, sodass ein eindrucksvolles Bild vom Innenleben der Partei entstehe. Und für Jurymitglied Eckart Lohse, Leiter der Parlamentsredaktion der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, lässt der Beitrag sehr gut erkennen, »dass die AfD nicht als von Anfang an rechtsextremes Ungeheuer über die deutsche Parteienlandschaft gekommen ist, sondern wie sie sich zunehmend radikalisiert und genau damit Erfolg hat«. Insgesamt haben 75 Personen 48 Beiträge eingereicht, die im Jahr 2024 in Tages- oder Wochenzeitungen und

in Online-Medien erschienen sind oder in Rundfunk oder Fernsehen ausgestrahlt wurden. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner sagte, Berichte über die politischen Ränder seien aus journalistischer Sicht spannend und demokratisch notwendig. Sie warb aber zugleich dafür, auch der politischen Mitte wieder mehr Raum zu geben. Ohne die Fähigkeit zum Kompromiss bleibe die Demokratie stehen. »Wer versteht, wie parlamentarische Abläufe sind, ist weniger anfällig für Misstrauen – und eher bereit, inhaltliche Differenzen

als notwendigen Teil des demokratischen Geschäfts zu akzeptieren«, sagte Klöckner. Sie wünsche sich daher mehr Parlamentsjournalismus in seiner ganzen Breite.

Auch Beiträge über den Bürgerrat und das BSW waren nominiert

Für den Preis nominiert waren darüber hinaus zwei weitere Beiträge. »Herr Schreiber lernt Politik« ist ein dreiseitiges Feature über den Bürgerrat »Ernährung im Wandel« überschrieben, den Boris Herrmann und

Nicolas Richter am 20./21. Januar 2024 in der »Süddeutschen Zeitung« veröffentlicht hatten. Darin zeichnen sie anhand der Eindrücke eines der beteiligten Bürger, des Berliner Rentners René Schreiber, die Arbeit des 2023 vom Bundestag eingesetzten Bürgerrates nach. Der »stilistisch hervorragende Text«, so Jurymitglied Micky Beisenherz, Moderator und Podcaster, »veranschaulicht am Beispiel eines einfachen Bürgers, wie Politik funktioniert. Es ist der Blick unter die Motorhaube, und am allerbesten, er macht Lust auf Politik in Zeiten, wo sich immer mehr Leute abwenden«. Der dritte nominierte Beitrag mit dem Titel »Inside Bündnis Wagenknecht« dokumentiert die Entstehungsgeschichte und die Anfänge der Partei »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) in den Jahren 2023 und 2024. Die fünfteilige Serie der Autorinnen Christiane Hübscher und Andrea Maurer wurde am 9. Oktober 2024 auf ZDFinfo ausgestrahlt und ist seither im Streaming-Portal des ZDF zu sehen. Sie zeigt die frühen Planungen hinter verschlossenen Türen, den Bruch mit der Partei Die Linke, den Aufbau des BSW, interne Konflikte und erste Wahlerfolge. Die Aufnahmen der Autorinnen »sind nah, intim, persönlich und gleichzeitig mit der gebotenen journalistischen Sorgfalt zusammengetragen, ohne jegliche eigene Wertung, Bewertung. Die überlassen sie dem Zuschauer«, urteilt Jurymitglied und Welt TV-Chefreporter Steffen Schwarzkopf. Der seit 1993 vergebene Medienpreis würdigt herausragende journalistische Beiträge, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen. Volker Müller ■

VOR 25 JAHREN

Erster Versuch für ein Verbot der NPD

**30.1.2001: NPD-Verbotsverfahren beantragt** Kann eine als rechtsextremistisch eingestufte Partei verboten werden? Was seit Jahren mit Blick auf die AfD diskutiert wird, war in Deutschland schon früher Thema. Am 30. Januar 2001 beantragte die rot-grüne Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wegen Verfassungswidrigkeit zu verbieten. Bundestag und Bundesrat folgten mit eigenen Verbotsanträgen. Damit waren alle Verfassungsorgane, die laut Grundgesetz die Möglichkeit haben, ein Parteiverbot zu beantragen, an dem Verfahren gegen die NPD beteiligt. Ausgangspunkt waren mehrere rassistische Taten sowie ein Rohrbombenanschlag auf jüdische Migranten und ein Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf im Jahr 2000 – auch wenn eine Beteiligung der NPD an den Anschlägen nie festgestellt wurde. Am 9. November 2000 demonstrierten 200.000 Menschen in Berlin gegen Rechtsextremismus. »Wir wollen heute ein Zeichen setzen, ein Zeichen für uns selber und ein Zeichen für unser Land, ein Zeichen aber auch für all unsere Nachbarn und Freunde in der Welt, die sich wie wir Sorgen machen über Hass und Gewalt gegen Fremde und Schwache«, erklärte dabei Bundespräsident Johannes Rau. »Wir haben die Schwache voll von diesen hirntoten Zombies. Wir wollen keinen einzigen Neonazi mehr auf deutschem Boden sehen«, schimpfte der Sänger Udo Lindenberg. Treibende Kraft hinter dem folgenden NPD-Verfahren war Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU). Er habe nicht den leisesten Zweifel daran, die Verfassungsfeindlichkeit der NPD und deren aggressiv-kämpferische Haltung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik vor den Karlsruher Richtern nachzuweisen, erklärte er Ende 2000 vor dem Innenausschuss des Bundestages. Doch diese Frage wurde letztlich gar nicht geprüft. Stattdessen gab es einen Skandal: Schon bei der Prüfung des Antrags durch das Bundesverfassungsgericht stellte sich heraus, dass die NPD-Spitze mit Verbindungsleuten des Verfassungsschutzes durchsetzt war. Bei einem Erörterungstermin im Oktober 2002 wollten die Richter klären, wie groß der Einfluss von V-Männern des Verfassungsschutzes in der Partei war. Doch die Antragsteller weigerten sich, Namen von V-Leuten herauszugeben. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) betonte, der Verfassungsschutz habe die NPD nicht über seine Mitarbeiter »fremdgesteuert«. Am Ende konnte nicht festgestellt werden, welche Aktionen der NPD von den Verfassungsschutzämtern mitinitiiert worden waren. Das bedeutete



Die Bundesregierung hatte zahlreiche Belege für ein Parteiverbot gesammelt. Das Gericht sah die Quellen dafür jedoch kritisch.

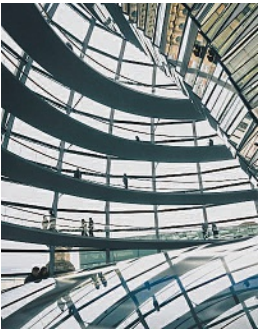
© picture alliance / ZB | Paul Glaser

das Aus für das Verbotsverfahren, das sich vor allem auf Zitate stützte, die überwiegend enttarnten V-Personen zugeschrieben wurden. Drei der acht Richter erklärten, sie sähen in der Verstrickung von V-Männern ein »nicht behebbares Verfahrenshindernis« – und stimmten dagegen, das Verfahren fortzusetzen. Da für ein Parteiverbot eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig ist, reichte das, um das Verfahren zu kippen. 2017 scheiterte ein zweites NPD-Verbotsverfahren. Die Partei sei zwar verfassungsfeindlich, habe aber nicht das Potential, ihre Ziele zu erreichen, so die Richter. 2023 benannte sich die NPD in »Die Heimat« um. Vor knapp zwei Jahren urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die inzwischen am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit rangierende Partei aufgrund ihrer Verfassungsfeindlichkeit für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist. Benjamin Stahl ■

AUSBLICK ...

So geht es weiter

Gedenkrednerin in der Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am Mittwoch, 28. Januar, wird die Holocaust-Überlebende Tova Friedman sein. Sie wurde 1938 in Gdingen/Gdynia nahe Danzig in Polen geboren. Gemeinsam mit ihrem Enkel, Aron Goodman, widmet sie sich der Erinnerungsarbeit auch mit ihrem TikTok-Kanal, auf dem sie über den Holocaust informiert und sich Fragen von jungen Menschen aus aller Welt stellt. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) gibt am Donnerstag eine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2026 ab, danach soll auf Verlangen der AfD-Fraktion über eine »sichere Rechtsgrundlage« für Zurückweisungen an der Grenze debattiert werden. Die Grünen wollen die »transatlantischen Beziehungen neu denken« und haben dazu einen Antrag vorgelegt, der ebenfalls am Donnerstag debattiert wird. Am Freitag steht eine Vereinbarte Debatte über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf der Tagesordnung. Anlass ist der 7. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von Aachen, der den historischen Élysée-Vertrag von 1963 weiterentwickeln sollte. In der Regierungsbefragung am Mittwoch stellen sich Außenminister Johann Wadephul (CDU) und Landwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) den Fragen der Abgeordneten. fb ■



© DBT / Xander Heil

Live und in der Mediathek

Die Gedenkveranstaltung beginnt am Mittwoch um 12.30 Uhr, sie wird unter anderem von Phoenix live übertragen. Wie auch die nächsten Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 28 bis 30. Januar 2026, am Mittwoch ab 14 Uhr und am Donnerstag und am Freitag ab 9 Uhr. Alles gibt es auch auf [www.bundestag.de/mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek) live und kommentiert sowie zum Nachsehen und Nachlesen. Die nächste Ausgabe erscheint am 31. Januar 2026. Zusätzlich informieren wir Sie jederzeit online auf [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de).



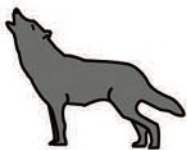
**leicht  
erklärt!**

# Schutz vom Wolf

## Regeln für die Jagd



### Worum geht es?



In Deutschland leben wieder Wölfe.  
Lange gab es hier keine Wölfe mehr.  
Jetzt kommen sie zurück.  
Wölfe sind Wild-Tiere.  
Sie gehören zur Natur.  
In Deutschland gibt es Regeln für den Wolf.  
Genauer:  
Es gibt Regeln, wann er getötet werden darf.  
Lange Zeit waren die Regeln sehr streng.

Man durfte Wölfe fast gar nicht töten.  
Die Regeln für die Wolf-Jagd sollen jetzt geändert werden.  
Darüber sprechen auch die Politiker im Bundes-Tag.



Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was ist die Geschichte von Wölfen in Deutschland?
- Welche Regeln gibt es für die Jagd?
- Was soll sich daran ändern?
- Welche Meinungen gibt es dazu?



**Geschichte von Wölfen  
in Deutschland**

Früher lebten Wölfe in ganz Deutschland.

Sie waren in Wäldern, auf Feldern und in den Bergen zu finden.

Menschen hatten oft Angst vor den Wölfen.

Sie jagten die Wölfe und töteten viele von ihnen.

So verschwanden die Wölfe aus Deutschland.

Lange gab es dann bei uns keine wilden Wölfe mehr.

Erst vor ein paar Jahren kamen wieder Wölfe aus anderen Ländern zu uns.

Heute leben wieder etwa 200 Rudel in Deutschland.

Das sind geschätzt etwa 2000 Wölfe.

Ein Rudel ist eine Gruppe von Wölfen, die zusammenleben.

Rudel helfen den Wölfen zu überleben.

Die Rückkehr der Wölfe ist ein Erfolg für die Natur.

Sie zeigt, dass die Natur sich erholen kann.

Doch auch jetzt haben wieder viele Menschen Angst vor den Wölfen.

**Wie leben Wölfe?**

Wolfs-Rudel haben feste Gebiete.

Das Fach-Wort dafür ist Revier.

Ein Revier ist ein Gebiet, in dem die Wölfe leben und jagen.

Die Größe vom Revier hängt von der Anzahl der Beute ab.

Wenn es viel zu fressen gibt, dann sind die Reviere klein.

Wenn es nur wenig zu fressen gibt, können die Reviere aber sehr groß sein.

Wölfe jagen vor allem Rehe, Wild-Schweine oder kleine Tiere.

Sie fressen selten Haus-Tiere, wenn sie genug wilde Tiere finden.



Wölfe sind sehr sozial.

Sie helfen sich gegenseitig beim Jagen.

Sie passen auf die Jungen auf.

Wölfe markieren ihr eigenes Revier mit Duft-Stoffen.

So wissen andere Wölfe, wo sie leben.

Sie können sehr weit laufen.

Manchmal legen sie viele Kilometer am Tag zurück.

Wölfe schlafen tags-über viel.

Sie sind meistens vom Abend bis zum frühen Morgen unterwegs.

**Welche Regeln gibt es für die Jagd?**

Wölfe sind wichtig für die Natur.

Sie fressen Tiere, die sich sonst zu stark vermehren.

Sie helfen, das Gleich-Gewicht in der Natur zu halten.

Wenn ein Tier fehlt, kann das die Natur stören.

Deshalb sollen Wölfe in Deutschland bisher nicht getötet werden.

Es gibt aber Ausnahmen:

Wenn ein Wolf gefährlich wird und oft Tiere von den Menschen tötet, dann darf er getötet werden.



**Was soll sich jetzt ändern?**

Es gibt ein Gesetz, in dem steht: So dürfen Tiere gejagt werden.

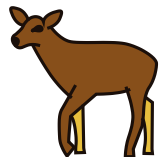
Das ist das Fach-Wort dafür: Bundes-Jagd-Gesetz

Darin steht etwas zu vielen Wild-Tieren. Zum Beispiel zu Rehen, Wild-Schweinen und Hasen.

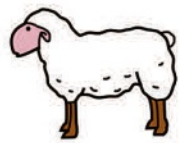
Jetzt soll der Wolf in das Gesetz aufgenommen werden.

Das heißt:

Die strengen Regeln sollen etwas gelockert werden.







Man darf leichter einzelne Wölfe töten.  
Besonders Wölfe, die Weide-Tiere fressen.  
Weide-Tiere sind zum Beispiel Schafe,  
Ziegen und Kühe.  
Sie leben auf Wiesen und gehören den  
Menschen.  
Wenn Wölfe diese Tiere fressen, dann  
entsteht ein Schaden für die Besitzer.  
Aber auch wenn ein Rudel sehr groß wird,  
dürfen Wölfe getötet werden.

**Warum sollen sich die Regeln  
ändern?**

Der Schutz der Natur und der Weide-Tiere  
soll ausgeglichen sein.  
Menschen, die Schafe oder Ziegen haben,  
sollen besser geschützt werden.  
Wenn ein Wolf immer wieder Weide-Tiere  
frisst, dann soll er leichter getötet werden  
können.  
Die Politiker von der Regierung sagen:  
Es geht nicht darum, alle Wölfe zu töten.  
Es geht nur um einzelne Tiere, die  
Probleme machen.  
So können Mensch und Natur besser  
zusammenleben.  
In 5 Jahren soll dann geschaut werden:  
Sind die neuen Regeln eine gute  
Entscheidung?



**Das sagen Tier- und Naturschützer  
zu den Plänen**



Tier- und Naturschützer sind dagegen.  
Sie sagen:  
Die alten Regeln reichen aus.  
Wenn ein Wolf gefährlich wird, darf er  
schon jetzt getötet werden.  
Diese Regel gilt für einzelne Tiere, die  
Probleme machen.  
Zum Beispiel ein Wolf, der immer wieder  
Schafe frisst.

Naturschützer sagen:  
Wenn Wölfe leichter getötet werden  
können, sinkt der Schutz.  
Dann sterben vielleicht auch Wölfe, die gar  
keine Probleme machen.  
Das kann die Natur stören.

**Streit über den Wolf in der Politik**

Der Wolf ist ein Thema in der Politik.  
Viele Menschen diskutieren darüber.  
Einige sagen:  
Wir müssen die Weide-Tiere schützen.  
Andere sagen:  
Wir müssen die Wölfe schützen.  
Die Politik sucht einen Weg, der für alle in  
Ordnung ist.  
Das Gesetz soll helfen, beide Seiten zu  
beachten.  
Es geht um Regeln für Wölfe, die Probleme  
machen.  
Die meisten Wölfe sollen geschützt  
bleiben.



**Warum der Schutz vom Wolf  
wichtig bleibt**

Wölfe sind noch selten.  
Sie brauchen Platz und Schutz, um zu  
überleben.  
Wenn zu viele Wölfe getötet werden, sinkt  
ihre Zahl.  
Dann fehlt ein wichtiger Teil der Natur.  
Der Schutz der Wölfe bleibt also wichtig.  
Die Regeln sollen helfen, dass Mensch und  
Tier zusammenleben.  
Trotzdem gibt es viele, die sagen:  
Wir wollen keine wilden Wölfe in  
Deutschland.  
Viele haben Angst vor ihnen.  
Denn Wölfe sind wilde Tiere.  
Doch normale und gesunde Wölfe tun  
dem Menschen nichts.





Aber sie können die Tiere von den Menschen fressen.  
Und das gefällt den Menschen nicht, denen diese Tiere gehören.



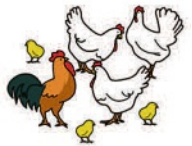
**Kurz zusammengefasst**

In Deutschland gibt es wieder Wölfe.  
Lange Zeit lebten hier keine Wölfe mehr.  
Jetzt kommen sie langsam zurück.  
Wölfe sind Wild-Tiere und ein Teil der Natur.  
Früher gab es Wölfe überall in Deutschland.  
Menschen hatten Angst vor ihnen.  
Sie jagten viele Wölfe und töteten sie.  
Deshalb sind die Tiere verschwunden.



Vor einigen Jahren kamen einzelne Wölfe aus anderen Ländern zurück.  
Heute gibt es auch bei uns wieder viele Rudel.  
Ein Rudel ist eine Gruppe von Wölfen, die zusammenleben.  
Die Rückkehr der Wölfe zeigt, dass sich die Natur erholen kann.  
Viele Menschen haben trotzdem Angst vor Wölfen.

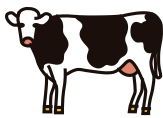
Wölfe leben in festen Gebieten, die Revier heißen.  
In einem Revier jagen und leben die Wölfe.  
Die Größe hängt davon ab, wie viel Nahrung es gibt.



Wölfe fressen Rehe, Wild-Schweine oder kleinere Tiere.  
Haus-Tiere greifen sie nur selten an.  
Wölfe leben in Gruppen und helfen sich gegenseitig.

Wölfe sind wichtig für die Natur.  
Sie fressen Tiere, die sich sonst zu stark vermehren.  
So bleibt das Gleich-Gewicht in der Natur erhalten.  
Eigentlich dürfen Wölfe nicht getötet werden.  
Ausnahmen gibt es, wenn ein Wolf immer wieder Weide-Tiere frisst.

Jetzt soll der Wolf ins Bundes-Jagd-Gesetz aufgenommen werden.  
Darüber wurde auch im Bundes-Tag gesprochen.  
Die Regeln sollen etwas lockerer werden.  
Einzelne Wölfe, die Weide-Tiere fressen, dürfen dann leichter getötet werden.  
Weide-Tiere sind zum Beispiel Schafe, Ziegen oder Kühe.  
Die Politiker von der Regierung sagen: Es geht nicht darum, alle Wölfe zu töten.  
Es geht nur um Tiere, die Probleme machen.



Viele Tier- und Natur-Schützer sind trotzdem dagegen.  
Sie sagen: Die alten Regeln genügen.  
Ein Wolf, der gefährlich ist, darf schon jetzt getötet werden.  
Lockerungen könnten den Schutz der Wölfe verringern.  
Dann sterben auch Wölfe, die keine Probleme machen.  
Die meisten Wölfe bleiben aber geschützt.  
Normale Wölfe tun Menschen nichts, können aber Weide-Tiere fressen.  
Die Regeln sollen helfen, dass Mensch und Tier gut zusammenleben.

**Impressum**

Dieser Text wurde geschrieben vom NachrichtenWerk der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch  
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)  
Kontakt: Alexander Gies, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)  
  
Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Christian Strunz, Vicotria Tucker

Titelbild: © picture alliance / imageBROKER / alimdi / Arterra. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.  
  
Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 4-5/2026  
Die nächste Ausgabe erscheint am 31. Januar 2026.